

ROTFUCHS

ZEITUNG DER GRUPPE BERLIN-NORDOST DER DEUTSCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI

Die gemeinsame Farbe

Als ich am 28. Februar 1972 nach Kalifornien flog, um als ND-Sonderkorrespondent vom Schauprozeß gegen die auf Leben und Tod angeklagte afroamerikanische Philosophiedozentin Angela Davis zu berichten, sollten mir dramatische Monate bevorstehen. Ich begegnete großartigen Menschen, dem Anderen Amerika. Tapfer kämpfte das Team der Verteidiger, um die wegen Mordes, Menschenraubs und Verschwörung schuldlos Angeklagte, die am Ende von den 12 Geschworenen freigesprochen wurde, dem staatlichen Terror zu entreißen. Besonderes Geschick entwickelten die Anwälte bei der sich über Wochen hinziehenden Auswahl der Jury-Mitglieder. Anklage wie Verteidigung konnten eine bestimmte Anzahl der unter den registrierten Wählern ausgelosten Kandidaten ablehnen. Eines Tages erschien eine junge Mormonen-Missionarin zur Befragung im Gerichtssaal. Leo Branton, der brillianteste unter den Davis-Anwälten, nahm sie ins Kreuzverhör. Ob es zutrefte, daß Schwarze bei den Mormonen keine Priester werden könnten, fragte er, um die Befangenheit der Geschworenenkandidatin nachzuweisen. Sie bejahte das. „Warum ist das so?“, hakte Branton nach. „Weil schwarze Menschen die Abkommen von Kains sind – ihre Hautfarbe ist das Kainsmal.“ „Aber ich könnte doch bei Ihnen Priester werden?“, erkundigte sich der hellhäutige Verteidiger. Die Mormonen gingen in die Falle. „Sie natürlich, Mister Branton?“, erwiderte die Frau. „Aber ich bin black“, schlug Branton zu. „Meine Großmutter war eine Schwarze.“ Lächelnd fügte er hinzu: „Sehen Sie, wir kommen in allen Farben vor.“ In seinem Schlußplädoyer, bei dem er den Freispruch der Angeklagten forderte, sagte Branton dann, mit der Verteidigung seiner „schwarzen Schwester Angela“ stehe er für den Sinn und Inhalt seines Lebens ein. Es war eine der bewegendsten Szenen dieses Prozesses, der wie der Fall von Sacco und Vanzetti in die Geschichte eingegangen ist.

Warum erzähle ich die kleine Episode? Wohl deshalb, weil auch auf uns Rote Brantons Wort zutrifft: Wir kommen ebenfalls in vielen Schattierungen daher, gehören verschiedenen oder gar keinen Parteien an, haben voneinander abweichende Erfahrungen, mannigfaltige Tätigkeiten, ein unterschiedliches Wissen. Doch gemeinsam verteidigen wir unsere Ideale. Wir sind nicht zu beirren und nicht zu bestechen, kriechen nicht zu Kreuzen und halten der proletarischen Sache gerade auch in schweren und schlechten Zeiten, im Augenblick der Niederlage, unverbrüchlich die Treue. Ich meine uns Kommunisten und revolutionäre Sozialisten in Deutschland, im Osten wie im Westen. Wir sind durch das Fegefeuer der Konterrevolution gegangen und haben dennoch

die Fahne nicht gesenkt. Unsere Stärke ist der gemeinsame Nenner, der unsere Einheit, unsere Schwäche, daß wir die Versprengtheit, die allein unseren Feinden in die Hände spielt, noch nicht zu überwinden vermögen. Dabei wissen wir doch: Nur die Einheit versetzt Berge, befähigt uns, aus Trüppchen und Trüppchen wieder eine Armee politischer Kämpfer zu formieren. Eine solche Armee aber – eine große und festgefügte kommunistische Avantgarde, die sich auf den Marxismus-Leninismus stützt – wird in Deutschland mehr denn je gebraucht. Jedoch: Sie läßt sich nicht aus dem Boden stampfen. Derzeit geht es darum, dafür zu sorgen, daß die kleine Flamme nicht ausgeht. Dennoch sind wir davon überzeugt: Es gibt bei uns Hunderttausende frühere DDR-Bürger und auch im Westen nicht wenige, die durch die Schule sozialistischer Erziehung gegangen sind und dem, was sie gelernt haben, bis heute nicht abschwören. Sie wollen und müssen wir unablässig aufspüren und zusammenführen. Für dieses Ziel steht auch der „Rotfuchs“. Er dient nicht den Profilierungsinteressen einer einzelnen DKP-Gruppe, die ihn mit Engagement und Herzblut herausgibt, sondern liefert Monat für Monat den Beweis: Es ist möglich, über Parteigrenzen hinweg und weit in den Bereich der heute ungebundenen Genossen hinein linkes Potential zu vereinen.

Wenn ich von der über die Aktionseinheit hinausgehenden Notwendigkeit einer noch festeren Kampfgemeinschaft spreche – der Zusammenschluß in größerem Rahmen muß reifen und braucht seine Zeit –, dann habe ich vor allem auch die Einheit der eigenen Partei im Auge. Sie sollte sich auf die großen gemeinsamen Ziele konzentrieren und alles zurückweisen, was dem Zusammenhalt der Reihen der DKP schadet und uns auf Nebenschauplätze ablenkt; was sinnlose Kraft kostet und Energie vergeudet, die für den Kampf gegen den Klassenfeind dringend gebraucht wird. Das Formieren der einen gegen die anderen, das Zirkulieren von Stellungnahmen, die nichts erklären, das Fordern von Schrumpfungprozessen bei bewährten Periodika der Partei nach dem Motto „XYZ hat sich sofort in einen Säugling zurückzuverwandeln“, obwohl er schon recht erwachsen ist, sollte sofort beendet werden. Die Zeiten des Dekretierens, Administrierens und Disziplinierens, des Weisheits- und Wahrheitsmonopols oder des Unfehlbarkeitsdogmas, die viele von uns noch in schlechter Erinnerung haben, dürfen sich nicht wiederholen.

Auch bei uns geht es um den gemeinsamen Nenner, der die Stärke und Kraft der Partei ausmacht. Seien wir uns einig: Wir kommen in einer Vielfalt von Farben vor, haben aber einen Grundton: Rot!

Klaus Steiniger



Die gemeinsame Farbe	S. 1
Es geht um die Einheit der Partei	S. 2
Damit Nichts in Nichts zerfällt	S. 3
Ein zweiter Brief aus Kiel	S. 4
Die Unbelehrbarkeit der Standhaften	S. 5
Zeugenaufgebot in Kompaniestärke	S. 5
Die Wettermacher	S. 6
Bengsch und Abt zu Krupp und Krause	S. 6
Über Deutsch-Ost“afrika“	S. 7
Absturz in den Keller	S. 8
Porentiefe Moral	S. 9
Wiedergutmachtungsschwindel	S. 9
Die Grenzen der Vielfalt	S. 10
Zum Kern des Preußen-Rummels	S. 11
Friedrich Engels zur Volkskriegstaktik	S. 12
Unvergessen	S. 13
Gorbatschow - das Idol	S. 14
Der scheue Kostunica und der schöne Djindjic	S. 15
Fuwa im Interview	S. 16
Mit Schmerz und Wut	S. 17
Über coole Kids und Teens mit Peachskin	S. 18
Krankenhaus Moabit in Gefahr	S. 18
Am Rande bemerkt	S. 19
Leserbriefe	S. 20
Termine & Anzeigen	S. 24

Aus dem Offenen Brief des DKP-Gruppenvorstands Nordost zur UZ-Erklärung

Es geht um die Einheit der Partei

An die Mitglieder des Parteivorstandes bzw. der Bezirks- und Landesvorstände der Deutschen Kommunistischen Partei

Liebe Genossinnen und Genossen,

in Sorge um die Einheit und Aktionsfähigkeit unserer Partei wenden wir uns mit der Bitte an Euch, Schaden abzuwenden und nicht zuzulassen, daß die DKP vom Weg der Verwirklichung der Beschlüsse des 15. Parteitages auf andere Schauplätze abgedrängt wird. Wir hatten für den 10. Februar 2001 die 1. zentrale Leserversammlung unserer Gruppenzeitung „RotFuchs“ nach Berlin einberufen. Genosse Wolfgang Teuber, der als zweiter Diskussionsredner das Wort erhielt, verlas eine Stellungnahme der UZ-Redaktion zum „1. bundesweiten Treffen der „RotFuchs“-Leser/innen“. Allein diese Formulierung impliziert den Gedanken, bei den Einberufen und Versammelten handle es sich um Fraktionäre, die sich bundesweit zusammentäten, um gegen die Politik der Partei zu konspirieren. Die Teilnehmer kamen indes aus Verbundenheit mit einer Zeitung, die seit ihrer ersten Nummer für die DKP geworben und Ehre eingelegt hat; die dort, wo die UZ in den 10 Jahren nach der Konterrevolution leider nur wenig Boden gewinnen können, das bestehende Vakuum füllte. Der „RotFuchs“ – heute ein Bedürfnis für Tausende Mitglieder linker Parteien und parteilose Kommunisten und Sozialisten im Osten, aber auch nicht wenige Bezieher im Westen, hat sich inzwischen zu einem völlig neuen Periodikum in der Presselandschaft der DKP und Deutschlands entwickelt, das in kein bürokratisches Schema paßt. Mit dem Versuch, eine ganz normale Leserversammlung in das „erste bundesweite Treffen“ umzudeuten, das „ein Schritt zur Formierung einer innerparteilichen Opposition gegen die demokratisch erarbeiteten Positionen und Beschlüsse der Gesamtpartei“ sei, was „in der Logik des dreijährigen Wirkens des „RotFuchs““ liege, wurde der Auftakt zu einem Unterfangen gegeben, das der DKP – vor allem im Osten – einen schweren Schlag versetzen kann.

Im UZ-Papier, das inzwischen in Teilen der Partei im Westen verbreitet worden ist, wird festgestellt, der „RotFuchs“ verstehe sich nicht „als normale Zeitung einer DKP-Wohngebietsgruppe“. Er vertrete „ein Zeitungskonzept, das mit Tradition und Selbstverständnis der Zeitungsarbeit der DKP“ breche. Wir stellen die Frage: Was ist in den Augen der Verfasser eigentlich eine „normale Gruppenzeitung“? Heißt das, sie dürfe nicht über den eigenen Tellerrand hinaus blicken? Gibt es nicht Dutzende hervorragende kleine Periodika wie „Die Spindel“ (Nordhorn), „Die Lupe“ (Limburg-Weilburg), den „Roten Stern“ (Ebersberg), das

„Gießener Echo“, den „Roten Brandenburger“ und den „Thüringen Report“, um nur einige zu nennen, die sich nicht nur auf „Lokales“ beschränken, sondern aktiv „große Politik“ machen? Was heißt denn „Zeitungskonzept der DKP“? Sollte sich nicht jede kommunistische Zeitung an der Leninschen „Iskra“ orientieren und nach dem Maß des ihr Möglichen kollektiver Agitator, Propagandist und Organisator sein? Brauchten wir nicht in Deutschland gerade heute statt des einen „RotFuchs“ ein ganzes Dutzend Zeitungen dieser Art und unter dem Dach der DKP? Müssen wir uns knebelnde Beschränkungen auferlegen?

Wir bringen seit drei Jahren die Ideologie des Marxismus-Leninismus an immer mehr Menschen heran. Doch statt das vom RF für die Partei geleistete als nützliche Parteiarbeit anzuerkennen, sie sachlich und nüchtern zu bewerten, hält man uns irgendein unter ganz anderen Bedingungen erarbeitetes „Handbuch“ für die Zeitungsarbeit der DKP vor. Dem „RotFuchs“ wird vorgeworfen, er werbe nicht für die UZ. Tatsächlich haben wir das aber lange Zeit getan und die Veröffentlichung von Annoncen erst dann beendet, als wir feststellen mußten, daß die UZ eine Linie des völligen Totschweigens unserer immerhin mit 24 Seiten erscheinenden Monatszeitschrift verfolgte. In drei Jahren ist dort kein einziger Beitrag über oder von uns erschienen. Was den UZ-Verkauf bei der diesjährigen Liebknecht-Luxemburg-Ehrung betrifft, so haben fünf Genossen der Gruppe Nordost, darunter drei „RotFuchs“-Redakteure, während der Demo und am zentralen Stand der Partei in Friedrichsfelde stundenlang die UZ verkauft.

Der Wahrheit widerspricht auch die Behauptung, der „RotFuchs“ greife „gewählte Funktionäre der Partei, die beschlossene Politik und die zentrale Parteizeitung frontal an“. Das ist überhaupt nicht der Fall! Wir machen lediglich von unserem Recht auf Kritik Gebrauch, wobei wir ohne Ansehen der Person kritisieren, wie es das Statut von uns fordert. Zu den Hauptlehren aus Schwächen der DDR und der SED gehört für uns

nämlich die Erkenntnis, niemals mehr zu schweigen, wenn wir auf Fehler und Mängel stoßen. Im übrigen setzen wir uns nicht für die Stärkung der DKP auf beliebiger Grundlage ein, sondern tragen zur Festigung der Partei auf marxistisch-leninistischer Basis bei. Deshalb wenden wir uns offen gegen Anflüge und Anfänge von Revisionismus, wo immer wir sie wahrzunehmen meinen. Das trifft ganz besonders auf die aus unserer Sicht problema-

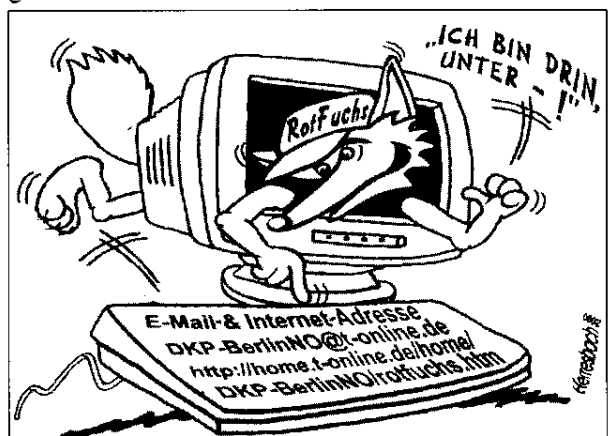
tischen „Sozialismus-Vorstellungen“ zu. Verschwiegen wird in der UZ-Erklärung, die den „RotFuchs“ als „flächendeckendes, gegen die Publikationen des Parteivorstandes agierendes Theorie- und Informationsblatt“ bezeichnet, daß es um ideologische Differenzen geht.

Als chabrasschneiderisch betrachten wir die Absicht, den „RotFuchs“ und die Gruppe Nordost mit Ultralinken wie Trotzlisten und Maoisten oder Eurokommunisten vom Schlage der Gehrcke-Leute in einen Sack zu stecken. Auch die Auseinandersetzungen der damaligen Mehrheit des Parteivorstandes mit Kommunisten in Nordbayern (1993), durch die der Partei viele wertvolle Genossinnen und Genossen verloren gingen und die DKP in dieser Region zusammenschumpfte, werden bemüht, um den „RotFuchs“ zu diskreditieren.

Als unzulässig empfinden wir den Appell des „UZ-Papiers“ an DKP-Mitglieder unter den „RotFuchs“-Lesern: „Laßt Euch nicht von der Partei wegorientieren! Laßt Euch kein Zerrbild der DKP vormalen.“ Die damit verbundene Absicht, unsere Leser in eine Konfrontation mit dem „RotFuchs“ hineinzutreiben, ist auf Sand gebaut. Wir antworten darauf: Laßt Euch kein Zerrbild vom „RotFuchs“ und der DKP-Gruppe Berlin Nordost – einem Kollektiv standhafter und erprobter Kommunisten – vormalen! Nicht ohne Grund haben die zahlreichen Teilnehmer der „RotFuchs“-Leserversammlung solche Aufforderungen der Vertreter der UZ einhellig zurückgewiesen. Denn sie beschädigen das Ansehen und die Einheit unserer Partei.

Wir halten uns weiterhin an das, was auf der Leserkonferenz des RF im Referat des Genossen Klaus Steiniger gesagt wurde: „Wir werden von uns aus alles tun, um normale, parteimäßige, kooperative, auf gegenseitiger Achtung beruhende und der Sache förderliche Beziehungen zur UZ – der zentralen Zeitung der DKP – anzustreben.“

Wir sind und bleiben eine aktive, verlässliche und wirksame Grundorganisation der Partei.



Ist die „Hefe“ aus dem Osten ein gesamtdeutsches Treibmittel?

Damit Nichts in Nichts zerfällt

Am 21. Oktober 1878 trat das „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“ (das sogenannte Sozialistengesetz) in Kraft. Zum ersten Mal in der Geschichte der Arbeiterbewegung wurde eine revolutionäre Partei außerhalb des Rechts gestellt. Es war ein Ausnahmegesetz zur Unterdrückung des Proletariats, seiner Vorhut und der Gewerkschaften.

Mitte 1875 war in Gotha – bei aller notwendigen Einschränkung sei das gesagt – die revolutionäre Arbeitervereinigung der „Lassalleaner“ (seit 1863) und der „Eisenacher“ (seit 1869) hergestellt worden. Die „Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands“ wirkte nun im gesamten Deutschen Reich. Marx hatte bekanntlich den Programmtext kritisiert. Aber es war keine „vernichtende“ Kritik. Er hielt das Dokument für durchaus diskussionswürdig. Viel schlimmer wäre gewesen, er hätte das ganze Vorhaben mit Nichtachtung behandelt.

Immerhin ging es in der – viele Marxsche Hinweise nicht berücksichtigenden – beschlossenen Fassung von Gotha um ein revolutionäres Programm, dessen Hauptforderung lautete: „Die Befreiung der Arbeit erfordert die Verwandlung der Arbeitsmittel in Gemeingut der Gesellschaft und die genossenschaftliche Regelung der Gesamtarbeit mit gemeinnütziger Verwendung und gerechter Verteilung des Arbeitsertrages.“ Man vergleiche damit Programme heutiger Bewegungen, die sich sozialdemokratisch oder sozialistisch nennen.

Das reale Anwachsen der Arbeiterbewegung auf dem sozialökonomischen Hintergrund eines ab 1871 einsetzenden beispiellosen Kraftgewinns der deutschen Ausbeuterklassen – auch unter Einsatz der fünf Milliarden Goldmark, die Frankreich als Kriegskontribution zu zahlen hatte – war vom damaligen Kanzler Bismarck gründlich zur Kenntnis genommen worden. Am 9. Oktober 1878 erklärte er im Reichstag: Um das öffentliche Vertrauen „zu heben, glaube ich, daß es notwendig ist für den Staat, die Macht der Agitatoren zu brechen. Es ist ja heutzutage die Stellung eines sozialistischen Agitators ein ausgebildeter Gewerkszweig wie jeder andere ...“! Allein 1 350 Druckschriften wurden bis 1890 verboten, 900 Sozialdemokraten aus ihren Wohnorten verbannt und ca. 1 000 Jahre Freiheitsstrafe verhängt. Das war ein politischer Schlag, wie er in dieser Schärfe nie zuvor einer im nationalen Rahmen organisierten Arbeiterpartei widerfahren war. Wie sollte man darauf reagieren?

Schon am 16. 9. 1878 hatte August Bebel im Reichstag festgestellt: „Kurz, meine Herren, die Regierungen mögen machen was sie wollen, sie können uns doch nicht ernsthaft an den Kragen ... Wissen Sie, was Sie mit dem Gesetz aus der Sozialdemokratie machen? Sie treiben die Sozialdemokraten ähnlich wie die ersten Christen durch Ihre Verfolgung, die Sie ihr zuteil werden lassen, zum

äußersten Eifer. Die Arbeiter werden ... in Werkstätten, in Fabriken, in der Familie und im Bierhaus, auf der Eisenbahn, sonntags auf Spaziergängen und an vielen anderen Orten ... zusammenkommen. Jeder wird seine zwei, drei, vielleicht auch zehn und zwölf Broschüren in der Tasche mitnehmen. ... Und diese Tätigkeit lahmzulegen, wird Ihnen ganz unmöglich sein.“

Marx saß damals an Forschungen zur Fortführung seiner Kritik der bürgerlichen Politischen Ökonomie. In einem Exzerptheft, das er zwischen dem 6. und dem 20. 12. 1878 führte, notierte er sich die Erkenntnis des römischen Philosophen Lucretius Carus (gest. im Jahre 55 v. u. Z.), die dieser in seinem großen Lehrgedicht „Über die Natur der Dinge“ formuliert hatte: „So unterwiege ich dich denn, daß nichts aus dem Nichts sich entwickelt, aber Geschaffenes niemals in Nichts auch sich auflöst.“ Eine nachdenkenswertes Notiz.

Auf andere Weise drückte Wilhelm Bracke, der treue Kampfgefährte von Marx und Engels aus Braunschweig, eine ähnliche Position aus, als er am 27. 10. 1879 – auch angesichts der innerparteilichen Auseinandersetzungen darüber, wie die Partei unter den Bedingungen der Illegalität weiter zu entwickeln sei – an Marx schrieb: „Was wäre nach allem, das jetzt zum Vorschein kommt, die Bewegung ohne das ‚Manifest‘ und das ‚Kapital‘?! Aber das steckt in den Massen, und den Klassenkampf kann keine Macht der Welt mehr bannen.“

Wenn einerseits die philosophische Erkenntnis „Nichts kann in Nichts vergehen“ auf alle Erscheinungen in Natur, Menschheit und Denkvorgängen in bestimmtem Maße zutrifft, so gilt doch andererseits spezieller für die Gesellschaft, woran Marx 1867 im Vorwort zum „Kapital“ erinnerte: Die von ihm erforschten und dargestellten Gesetze der gesellschaftlichen Entwicklung haben Tendenzcharakter, d. h. sie werden als mögliche Prozesse nur unter bestimmten objektiven und subjektiven Bedingungen wirklich. (MEW 23/12)

Engels schrieb 1886: Im Unterschied zur übrigen Natur sind „in der Geschichte der Gesellschaft ... die Handelnden lauter mit Bewußtsein begabte, mit Überlegung oder Leidenschaft handelnde, auf bestimmte Zwecke hinarbeitende Menschen; nichts geschieht ohne bewußte Absicht, ohne gewolltes Ziel. Aber dieser Unterschied, so wichtig er für die geschichtliche Untersuchung namentlich einzelner Epochen und Begebenheiten ist, kann nichts ändern an der Tatsache, daß der Lauf der Geschichte durch innere allgemeine Gesetze beherrscht wird ... es kommt nur darauf an, diese Gesetze zu entdecken. ... Alles, was die Menschen in Bewegung setzt, muß durch ihren Kopf hindurch; aber welche Gestalt es in diesem Kopf annimmt, hängt sehr von den Umständen ab.“ (MEW 21/296 f.)

Begeben wir uns nun ins 20. Jahrhundert. In

gewisser Weise erlangte die Arbeiterbewegung – vor allem unter Lenins Orientierung und Führung – objektiv eine noch größere geschichtliche Bedeutung als im 19. Jahrhundert. Hatten Marx und Engels den theoretischen, den wissenschaftlichen Beweis dafür erbracht, daß die sozialistische Gesellschaftsform historisch möglich und notwendig ist, so lieferten die russischen Bolschewiki den praktischen Beweis dafür. Das ist keine Kleinigkeit; bekanntlich hat es bisher nicht gerade häufig die Schaffung sozialistischer Gesellschaften gegeben. Die erste von ihnen entwickelte dann so viele schöpferische, produktive Kräfte, daß sie die überkommene eigene Rückständigkeit überwand, entscheidend zum Sieg über den Faschismus beitrug und sich bis Mitte der 70er Jahre so stärkte, daß die nationale Befreiungsbewegung, die Arbeiterbewegung in den kapitalistischen Ländern und weitere sozialistische Gesellschaften auf dem Erdball davon zehren konnten. War das etwa nichts?

Auf deutschem Boden hat es in Gestalt der Deutschen Demokratischen Republik jahrzehntelang eine sozialistische Gesellschaft gegeben, die in einem relativ kurzen Zeitraum auf konterrevolutionärem Wege in einen ökonomisch und daher auch politisch mächtigeren kapitalistischen Staat eingegliedert wurde. Das hat es bisher so noch nicht gegeben. Millionen durch den Sozialismus geprägte, gebildete oder zumindest beeinflusste frühere DDR-Bürger wurden über Nacht zu Bürgern der BRD. Sollte diese „Hefe“ aus dem Osten nicht auch im gesamtdeutschen „Teig“ ein revolutionäres Treibmittel sein? Bietet die Niederlage nicht eine Chance, wenn sie politisch kluge Menschen zumindest erkennen würden? Ist es eine „verklärende“ Art, Geschichte zu betrachten, wenn man daran erinnert und Vorschläge für praktische Schritte macht?

Es geht keineswegs um nostalgisches Gedenken, sondern um wissenschaftliche Analyse, unter welchen Bedingungen wir eine tatsächliche Stärkung erreicht und wann wir Keime, Elemente und Faktoren der Schwächung und Aushebelung des Sozialismus zugelassen haben. Diese Mühe kann man sich allerdings sparen, wenn man meint, die antifaschistisch-demokratische und die sozialistische Ordnung von SBZ und DDR zwischen 1945 und 1990 seien ohne nennenswerten Einfluß auf die damalige BRD gewesen.

Wenn wir Geschichte auch nicht aus freien Stücken „betreiben“ können, wie wir es gerade wollen, sondern nur unter konkreten objektiven Bedingungen, so ist es andererseits auch eine Tatsache, daß in der gesellschaftlichen Entwicklung nur dann Nichts in Nichts zerfällt, wenn genügend progressive soziale und politische Kräfte – mit Wissen, Vernunft und Tatkraft ausgerüstet – organisiert und vereint in Aktion treten.

Eike Kopf

Als Clara Zetkin die Leitung der „Gleichheit“ entzogen wurde

Ein zweiter Brief aus Kiel

Würde Clara Zetkin heute noch leben, so fühlte sie sich vermutlich zur DKP-Gruppe Nordost hingezogen, dachte ich mit Begeisterung beim Lesen der überarbeiteten „11 Forderungen“ der DKP für Ostdeutschland. Denn so wie einst sie einen entschiedenen Kampf gegen diejenigen führte, die die alte SPD vom Boden des Marxismus abdrängen und zu einer zahmen Oppositionspartei machen wollten, verteidigt diese Gruppe den Leninismus und – nicht ohne kritische Reflexion – die DDR als „größte Errungenschaft in der Geschichte der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung“.

Clara Zetkin kämpfte leidenschaftlich gegen das Vordringen des Opportunismus in der sozialdemokratischen Bewegung. Sie unterstützte über die Grenzen Deutschlands hinaus die Klassenkämpfe in anderen Ländern, insbesondere die sozialistische Oktoberrevolution. In der Militär- und Kolonialfrage stellte sie sich an Lenins Seite und forderte eine konsequent marxistische Haltung gegenüber dem imperialistischen Krieg ein. Sie war eine kompromißlose Kämpferin gegen das Kapital und seine schlimmste Ausgeburt – den Faschismus.

Als ein wirkungsvolles Mittel, für die Befreiung der proletarischen Frauen zu kämpfen und ihre kriegsgegnerische Haltung zum Ausdruck zu bringen, nutzte Clara Zetkin die „Gleichheit“. 1892 übernahm sie die Redaktion der verkümmerten sozialdemokratischen Frauenzeitung und schuf aus ihr ein mächtiges Organ mit internationalem Ruf. Unter diesen Umständen war es nicht nur ein Schlag gegen sie persönlich, als ihr der Parteivorstand im Mai 1917 die Leitung des Blattes entzog. Dieser Beschluß bedeutete auch eine Schwächung der antiimperialistischen und sozialistischen Friedensbewegung. Nach Ansicht der Vorsitzenden stimmte die redaktionelle Position Clara Zetkins nicht mit deren Auffassungen überein. Das kommt mir angesichts der heutigen Attacken auf den „RotFuchs“ in den Kopf.

Als Zeitung der DKP Berlin Nordost ist der RF in wenigen Jahren zu einem unersetzlichen, in linken Kreisen einflussreichen und überzeugenden Sprachrohr zur Darstellung der besonderen Bedingungen in Ostdeutschland und zu einer wiedergewonnenen ideologischen Orientierung für die dort lebenden Kommunistinnen und Kommunisten geworden. Doch auch für mich als westdeutsche und unorganisierte Linke besitzt diese Zeitung eine besondere Anziehungskraft. Denn noch nie konnte ich so direkt an den unerschöpflichen Erfahrungen derjenigen teilhaben, die ihr ganzes Wissen und Können im Kampf um die Macht und für den Aufbau eines sozialisti-

schen Staates eingesetzt haben. Damit hat die DKP-Gruppe Nordost zu einer besonderen Stärkung der Partei im niedergeschlagenen Ostdeutschland und über seine Grenzen hinaus beigetragen. Ähnliches vermochte die DKP im Westen bis heute nicht zu erreichen. Und niemand sollte sagen, das wäre nur eine Folge des wütenden BRD-Antikommunismus; der herrscht seit zehn Jahren auch „drüben“.

Um so mehr befremdet mich die Stellungnahme der UZ-Redaktion auf der ersten Konferenz von Leserinnen und Lesern des „RotFuchs“ und deren konkurrierende und feindselige Haltung gegenüber den politischen Positionen und Aktivitäten der RF-Redaktion. Warum betrachtet man diese nicht als Bereicherung für die Arbeit der DKP? Da wird behauptet, der „RotFuchs“ vertrete „ein Zeitungskonzept, das mit Tradition und Selbstverständnis der Zeitungsbearbeitung der DKP bricht“. Das hört sich doch an wie die Stellungnahme des Vorstandes der sozialdemokratischen Partei vor über 80 Jahren, als man Clara Zetkin aus der Leitung der „Gleichheit“ verdrängte!

Oft genug haben Funktionäre der DKP zum Gewinn vermeintlich wichtigerer Bündnispartner politisch bewegte Menschen vor den Kopf gestoßen. So erinnere ich mich noch an eine breite antimilitärische Bündnisdiskussion zum NATO-Krieg in Bosnien, in der ein DKP-Vertreter darauf beharrte, der Beitrag einer Frauengruppe müsse vor Veröffentlichung dem Bündnisplenum zur „Genehmigung“ vorgelegt werden. Wenn schon dieser Engstirnige zu wissen meinte, was Frauen wirklich wollen, verwundert es nicht, wenn jetzt auch die UZ-Redaktion äußert, was gut für alle Leserinnen und Leser des „RotFuchs“ zu sein hat. Die Empfehlung ist simpel: „Abonnieren und lest die UZ ... Macht euch ein eigenes Bild von der DKP und ihren Positionen!“ Ich habe mich längst entschieden: Ich lese den „RotFuchs“, weil ich die UZ lese.

Doch nun zurück zu Clara Zetkin und dem, was wirklich von historischer Bedeutung ist. 1920 trat sie an die Spitze der internationalen sozialistischen Frauenbewegung, die sie im Geiste des Marxismus-Leninismus zu einem großen Machtfaktor der revolutionären Arbeiterbewegung ausbaute, was den Kämpfen der Frauen in Deutschland einen starken Impuls verlieh.

Die durch Clara Zetkin erhobenen revolutionären Frauenrechtsforderungen fanden in der DDR ihren geschichtlichen Widerhall in den Grundrechten. Diese gesellschaftlichen Errungenschaften übten noch in den 80er Jahren, über die „ideologische Mauer“ hinweg, selbst auf uns Frauen im Westen ihre Anziehungskraft aus und berührten trotz aller antikommunistischen

Einflüsse auch die feministische Bewegung. Eine Freundin, die als alleinerziehende Mutter nur mit großen Anstrengungen ihr Studium bewältigte, sagte damals zu mir: „Wäre ich doch in der DDR geboren ...!“ Mit der Zerschlagung des sozialistischen Staates DDR siegte der Imperialismus auch über die bereits erkämpften Frauenrechte, wodurch die Frauenbewegung in ganz Deutschland einen schweren Rückschlag erlitt. Denn das, was dort wütend zertrümmert wurde, soll niemals mehr irgendwo Realität werden.

Besonders das Recht auf eine eigenständige Existenzsicherung durch Erwerbstätigkeit wurde den Frauen nach der Annexion geraubt. Die Folge war, daß – nach offiziellen Zahlen – von über 92 % erwerbstätigen Frauen zwei Jahre später nur noch knapp die Hälfte Arbeit hatte. Viele alleinerziehende Mütter, besonders in Ostdeutschland, leben heute wieder wie zur Zeit Clara Zetkins in echter Armut und Hoffnungslosigkeit.

In der historischen Tradition – ausgehend vom dialektischen Wechselverhältnis zwischen Frauenbefreiung und sozialistischer Revolution und auf der Grundlage der aktuellen Lebensbedingungen – beinhaltet daher für mich die fünfte der 11 Forderungen eine zukünftige Orientierung für eine neue proletarische Frauenbewegung. Nutzen wir sie als eine historische Chance zur Diskussion und als Auftakt einer politischen Kampagne in Ost und West.

Vielleicht wäre ja der 1. Mai eine Gelegenheit, diese Forderungen lautstark auf die Straße zu tragen!

G. S. – eine überzeugte „RotFuchs“-Leserin aus dem Westen



Grafik:
Arno Fleischer

Antwort auf einen würdelosen Verriß

Die Unbelehrbarkeit der Standhaften

Die Verlage Spotless und Das Neue Berlin haben die Gespräche Luis Corvaláns mit Margot Honecker, „Über das andere Deutschland“ herausgebracht. Im ND gab es einen würdelosen Verriß durch Ex-Parteihochschulprofessor Johnny Norden, der in das Horn der BRD-Pressen stieß: „Sie hat nichts hinzugelemt“. Möge Norden wenigstens einen Bruchteil dessen an Erkenntnissen gewinnen, die aus den „Gesprächen“ herauszulesen sind, über „das andere Deutschland“ – die sozialistische DDR –, Errungenschaften und Fehler unserer Politik und bis heute noch unbeantwortete Fragen!

Die „Gespräche“, geschrieben für chilenische Leser, stellen die DDR, ihre unsäglich schwierigen Entstehungs- und Entwicklungsbedingungen auch jungen Menschen in unserem Lande dar, die sie noch nicht bewußt miterleben konnten; sie zeigen anschaulich, was die DDR war. Margot Honecker kann, wie ich aus eigenem Erleben als früherer 1. Sekretär der SED-Kreisleitung Berlin Prenzlauer Berg weiß, für sich in Anspruch nehmen, die DDR auf wichtigen Gebieten mitgeformt zu haben. In unserem Stadtbezirk war sie an manchen Entscheidungen beteiligt.

Die „Gespräche“ geben uns Anstöße zu weiterem Nachdenken: Was bleibt vor der Geschichte übrig von unserem großen sozialistischen Anlauf, was müssen „unsere Enkel beim nächsten Mal besser ausfechten“? Mitten im Trommelfeuer der Verleumdung der DDR durch ganze Rechte, aber auch durch halbe Linke wird ein realistisches Bild gezeichnet, wie wir uns bemühten, eine neue Gesellschaftsordnung zu schaffen, die für Friedenssicherung und Antifaschismus, für Menschlichkeit und sozialen Wohlstand der „kleinen Leute“ stand; in der die Macht und das Eigentum der Ausbeuterklassen gebrochen waren.

Im Gegensatz zu der Behauptung, sie habe „nichts hinzugelemt“, unterzieht Margot Honecker unsere Wirtschafts-, Kultur- und Informationspolitik, das Bildungswesen und die Verwirklichung der sozialistischen Demokratie in der DDR einer kritischen Betrachtung, ohne dabei die objektiven Umstände, unter denen wir zu handeln hatten, außer Betracht zu lassen. Oft bricht der Gedankengang im Gespräch da ab, wo weitere Fragen entstehen: Was hätten wir anders machen müssen, als der Produktivitätsabstand zu Westdeutschland wuchs, statt sich zu verringern; als wir erkennen mußten, daß der RGW in der althergebrachten Weise den Ansprüchen der wissenschaftlich-technischen Revolution nicht gerecht wurde; als unsere Sozialpolitik mit ihren viel zu hohen Subventionen die Akkumulationsrate weiter sinken ließ; als wir sahen, wie Perestrojka und Glasnost die Sowjetunion ruinierten, aber zugleich bis in unsere Partei hinein Illusionen wuchsen über die Möglichkeit, sich der imperialistischen BRD friedlich anzunähern? Wie hätten wir auf das Ausbleiben und die Verteuerung der Rohstofflieferungen aus der UdSSR reagieren müssen? Haben wir nicht die Möglichkeiten des Monopolkapitals unterschätzt und uns mit der „Unumkehrbarkeit des Sozialismus“ selbst etwas vorgemacht?

Die Tatsachen geben darauf eine harte Antwort. So sehr das Wort Erich Honeckers auch zutrifft, daß Sozialismus und Kapitalismus miteinander unvereinbar sind wie Feuer und Wasser, so schmerzlich ist es, wie sich das heute in der Wiedereingliederung Ostdeutschlands in das imperialistische System beweist. Margot Honecker führt dazu Fakten aus der Gegenwart der „neuen Bundesländer“ an und entlarvt die Lüge vom „westdeutschen Finanztransfer in den Osten“, nachdem das gesamte DDR- Vermögen den BRD-Banken und Konzernen in die Hände gefallen ist.

Mit Zorn und Empörung vergegenwärtigt man sich noch einmal die Verfolgung des aufrechten Antifaschisten und standhaften Kommunisten Erich Honecker, an dem unsere Feinde niedrigste Rachegefühle ausließen und falsche Freunde Verrat übten. Zugleich atmet die Schilderung dieser letzten Periode den Geist der internationalen Solidarität, die von chilenischen Genossen ausging, die in der DDR die Bruderhilfe des sozialistischen Staates erfahren hatten.

Margot Honecker drückt die Hoffnung aus, daß in umfassenderen Untersuchungen die Erfahrungen unseres Aufbaus analysiert werden. Sie beobachtet, wie die Länder, die weiter den Sozialismus errichten, Schlußfolgerungen aus unserer Niederlage ziehen. Eine davon hebt sie besonders hervor: Man darf die Rolle der marxistisch-leninistischen Partei niemals preisgeben.

Also doch unbelehrbar? „Ich bin tatsächlich nicht zu belehren, wenn man mir beibringen will, daß es keine Gefahr von rechts gibt, und auch nicht, wenn ich akzeptieren soll, daß eine Gesellschaft mit Arbeitslosen, Obdachlosen, Hoffnungslosen zu preisen und der Sozialismus zu verdammten ist“, sagt sie. (S. 68)

Im Anhang des Buches finden wir Dokumente aus Erich Honeckers Korrespondenz in der Zeit von Oktober 89 bis Dezember 92, darunter den erstmals im „RotFuchs“ veröffentlichten Brief an die DKP-Genossen Werner Cieslak und Heinz Junge, auch seine Erklärung vor Gericht. Die „Gespräche“ sind ein lesenswertes Buch, dem man in unserem Lande Verbreitung wünscht.

Ernst Heinz



Margot Feist, später Honecker, gratuliert Wilhelm Pieck zu seiner Wahl als erster Präsident der Deutschen Demokratischen Republik

Zum dritten Band der Buchreihe „Spurensicherung“ Zeugenaufgebot in Kompaniestärke

Ossis kriegen offenbar kaum das Maul auf. Das mußte jedenfalls denken, wer rund um den 10. Jahrestag der deutschen „Einheit“ Zeitung las, Radio hörte oder in die Röhre schaute. Der Berliner Theologieprofessor Richard Schröder (einst SPD-Fraktionsvorsitzender in der letzten Volkskammer) wußte auch, an wem das lag: an den Ostdeutschen selbst. „Im Großen und Ganzen überlassen sie, wie es scheint, die Deutungshoheit dem Westen“, meinte er unmittelbar vor dem „Jubiläum“. Doch da sagte schon der Streiter für die alte Kirche Abraham a Santa Clara alias Johann Ulrich Megerle (1644–1709): „Der Schein betriegt, die Wahrheit siegt.“

Die Wahrheit heißt hier: Ein unabhängiges Autorenkollektiv hat sich fast in Kompaniestärke daran gemacht, Episoden, Erlebnisse und Ereignisse sowie persönliche Entscheidungen aus 40 Jahren DDR aufzuschreiben und als Spuren einer versunkenen Zeit für die Nachwelt zu sichern. Heraus kam ein Cocktail, der mitunter auf der Zunge brennt, manchmal aber auch das Herz hüpfen läßt.

Würden bereits die zuvor erschienenen zwei Bände von Augenzeugenberichten zur Entstehungsgeschichte und zum beinahe sehr frühen Ende der DDR am 17. Juni 1953 getragen, so schilderten diesmal 76 Autoren ihren Alltag zwischen Saßnitz und Sonneberg, zwischen Elbe, Oder und Neiße. Titel: „Spurensicherung III. Leben in der DDR“.

Diese völlig unspektakuläre Aufmachung verzichtet bewußt auf Effekthascherei. Die Verfasser und Herausgeber wollen keine Deutungsmacht, noch nicht einmal einen Anspruch darauf anmelden. Aber Gehör und Kenntnisnahme für wahrhaftige Geschichten – das sollte ihnen doch zugestehen sein. Immerhin bündelten sie Erfahrungen aus unterschiedlichsten DDR-Milieus – von der EKO-Hochofenbühne bis zu den märkischen Kartoffeläckern, von der Studierstube eines evangelischen Geschichtsprofessors bis zum Sandkasten eines ehemaligen NVA-Offiziers, vom „Schlachtfeld Küche“ der DDR-Hausfrau bis zum rollenden Solidaritätsstudio des Hörfunksenders „Stimme der DDR“.

„Es verwundert kaum“, heißt es in einer Studie des Gesellschaftswissenschaftlichen Forums Berlin, „wenn die persönliche Bilanz von Leben in der DDR nicht so ausfällt, wie es die Meinungsführer in Medien und Politik suggerieren. Der Rückblick ist trotz kritischer Grundposition kein Blick zurück im Zorn.“ Und die Berliner Sozialforscher meinten damit alle früheren DDR-Bürger. Das neue Buch hatten sie noch nicht einmal gesehen und seinen Tenor dennoch haargenau getroffen. Aber staunen würden sie vielleicht doch ein wenig, wenn sie läsen, wie ein ehemaliger Klassenprimus aus Veltens auf drastische Weise beschreibt, warum er nicht bei seiner ersten Reise im Westen geblieben ist. Geld- und Karrierechancen hatten ihm nämlich nicht so viel bedeutet wie die Möglichkeit, im Zweifel seinem Chef – höflich ausgedrückt – den Vogel zeigen zu können.

Torsten Preufing

Spurensicherung III. Leben in der DDR, GNN-Verlag Schkeuditz, 450 Seiten, 30 s/w-Fotos, 29,80 DM, ISBN 3-89819-053-6

Das Buch wird am 24. 3. 2001 um 13.00 Uhr auf der Leipziger Buchmesse, Halle 3, Forum 1 präsentiert.

Als Parteisekretär im VEB Kühlautomat (2)

Die Wettermacher

Die Kollegen, die das Wetter machten, begrüßte ich – nun Parteisekretär im VEB Kühlautomat – als erste. In der mechanischen Werkstatt war Harry der Wettermacher. Etwa so alt wie ich, war er ein typischer Berliner Metallarbeiter. Sehr tüchtig, ausgebufft beim Errechnen seines Lohnes, alle gewerkschaftlichen Rechte kennend und für sich ausnutzend, mit großer Klappe begabt, nicht ablehnend, aber auch mißtrauisch und immer auf der Hut. Harry trug stets einen ganzseitigen Artikel des ND-Chefredakteurs Rudolf Herrnstadt über die „Kollegen Tschau und Brumme“ in der Tasche, in dem die Rechte der Gewerkschaftsvertrauensleute detailliert geschildert wurden. Der Artikel war notwendig geworden, damit man diese in den Betrieben ernstnahm, aber auch ein bißchen so gehalten, daß man ihn gegen den Werkdirektor auslegen konnte, was der Natur der Sache entsprach. Es gab nun einmal Widersprüche zwischen den Interessen der Arbeiterklasse als Ganzes, also den gesellschaftlichen Interessen, die der Werkdirektor zu wahren hatte, den Interessen von Teilen der Klasse, den Betriebsbelegschaften, sowie den Interessen der einzelnen Arbeiter. Letztere verfocht Harry, immer mit der schon mürrchen, zerfallenden ND-Seite herumfuchtelnd. Aber er hatte auch seinen Facharbeiterstolz. Wenn ich mich besorgt an ihn wandte, weil ein Liefertermin in Gefahr war, da irgendein kompliziertes Teil nicht rechtzeitig fertig wurde, schimpfte er gewaltig auf die dämlichen Ingenieure, die ihr Geld umsonst bekämen, und nahm sich der Sache an. Später, als es um die Normerhöhung ging, bewies mir Harry unwiderlegbar, daß die Normen überhaupt zu hoch und kaum zu schaffen wären. Da sagte ich ihm, daß ein angelegener Bohrer, ein Genosse, bereit sei, seine Norm zu erhöhen. Das wurmte Harry, und nun bewies er,

welche Reserven noch vorhanden waren. So erreichten wir die Normerhöhung in der Mechanischen ohne Konflikte.

Im Werkzeugbau ging ich immer zuerst zu Max Trosin. Er war schon über 60, ein Köhner. Wie es ihm zukam und wie es bei Werkzeugmachern üblich ist, hatte er den besten Arbeitsplatz gleich vor dem Fenster. Max baute in Handarbeit nach Skizzen des Technischen Direktors die kompliziertesten Teile und Werkzeuge. Der TD hatte einen neuen Kompressor entwickelt, einen Sternkompressor, bei dem die Zylinder nicht in Reihe aufrecht standen wie bei den gebräuchlichen Kompressoren, sondern axial um eine kurze Welle angeordnet waren. So einen Verdichter konnte man nicht bauen, dafür fehlten die Meßwerkzeuge, hatte der Meister der mechanischen Werkstatt erklärt. Der erste Versuch ging auch schief. Der Kompressor drehte sich nicht. Genosse Max Trosin übernahm nun die Verpflichtung, zum 1. Mai 1953 einen Sternkompressor zu bauen. Er störte den Meister, weil er andauernd kam, die Dreher, Fräser, Bohrer von ihren Maschinen wegschubste und jedes Teil selbst herstellte. Dann schaffte Maxe die Teile in die Schweißerei. Der Meister war willens, ihm zu helfen, aber Max sagte: „Weg, du Pfuscher, da laß ich doch niemanden ran!“ Tiefbeleidigt zog der Meister ab. Maxens Kompressor kam am 26. April auf den Prüfstand und lief und lief und lief. Trosin wurde der erste Aktivist des VEB Kühlautomat. Der zweite war der Maler Walter Milda. Seine Zunft war vor allem dafür da, die fertig montierten Anlagen anzustreichen. Aber die Maler renovierten auch die während des Krieges völlig heruntergekommenen Räume des Betriebes. Sie waren unzufrieden mit der Norm. So viele Quadratmeter am Tage seien nicht zu schaffen! Walter Milda

lachte. „Nicht zu schaffen? Arbeiten muß man!“ Er erreichte das Vierfache der Norm. Die anderen Maler knurrten. Der schnelle Milda interessierte sich nicht für Politik, war nur schwer zu bewegen gewesen, in die Gewerkschaft einzutreten. Er gehörte zu jenen nicht seltenen Arbeitern, die einfach ackern müssen, egal, mit welchem Ziel, zu welchem Zweck. Walter Milda war einverstanden, die Norm seiner Leistung anzunähern. Der dritte Aktivist wurde Paul Krüger. Er war schon über fünfzig, stammte aus Ostpreußen, war Tischler auf einem Gut gewesen. Paul sprach nicht, höchstens ja, nein, Morjen, Mahlzeit. Wenn ich zu ihm kam, hörte er keine Sekunde auf zu hobeln, blickte nicht hoch, antwortete nicht: weiß man denn, was dabei herauskommt, wenn man sich mit der Obrigkeit einläßt, egal, ob Gutsherr, Inspektor, Werkdirektor oder Parteisekretär! Paul Krüger war noch ein Knecht. Als ihm der BGL-Vorsitzende unter dem Beifall der Kollegen die Aktivistenadel ansteckte und den Umschlag mit der Prämie überreichte, zog er die Mütze und machte eine Verbeugung. Dann sprach er: „Ich dank auch schön recht vielen!“

Die Gelegenheit ließ ich mir nicht entgehen. Ich sagte, daß nicht Paul Krüger uns, sondern, daß wir ihm zu danken hätten. Solche Arbeiter wie er, wie Walter Milda und Max Trosin seien es, die am meisten dafür täten, daß wir endlich die Trümmer hinter uns lassen könnten, um die Grundlagen des Sozialismus zu schaffen, wie es die 2. Parteikonferenz beschlossen habe.

Jahre später, als ich mal wieder in den Betrieb kam, besuchte ich auch Paul Krüger. Er legte den Hobel hin, setzte die Brille ab und musterte mich: „Bist Du nicht der Florath? Bist jetzt beim Neuen Deutschland? Ich lese das immer, was Du da schreibst, ist ganz interessant.“ Ich fühlte mich geschmeichelt.

Walter Florath

(Der Beitrag „Die Eiskalten und das Ermüllbäumchen“, dessen zweite Folge wir hier veröffentlichen, wurde dem Buch „Spurensicherung, Zeitzeugen zum 17. Juni 1953“, GNN-Verlag 1999 entnommen.)

Aus dem Leben unserer Gruppe

Bensch und Abt zu Krupp und Krause

Wiederum konnten wir zu Beginn der Versammlung am 27. Februar einen neuen Mitstreiter in die Partei aufnehmen: Michael, 30, gelernter Verkäufer, aufgewachsen in Bayern, war über das Internet und die „RotFuchs“-Homepage auf die DKP aufmerksam geworden und hatte uns schon bei einer vorangegangenen Veranstaltung kennengelernt. „Ich finde es sehr wichtig, daß sich der ‚RotFuchs‘ die Aufgabe stellt, der Geschichtsverfälschung entgegenzuwirken.“ Beifall und Blumen begleiteten seinen Schritt in unsere Reihen.

Dann stellte Gerhard Bensch, übrigens der „Zwillingsbruder“ von Terenz Abt, die beide mit Annabella verheiratet sind, – Schriftsteller, Szenarist und Satiriker, am meisten bekannt geworden als Autor des Fernsehfilms „Krupp und Krause“ – anhand einiger Episoden neuere Arbeiten vor. So las er aus dem spritzig-tiefsinnigen Bändchen „Prünzke & Protz“. Das Ergebnis: Die mitgebrachten Bücher von Bensch und Abt waren im Nu verkauft, ja, manche Wünsche konnten nicht mehr erfüllt werden. Schmunzelnd meinte der Gast, da müßten wir uns an seine jeweiligen Verlage wenden: dort werde man nicht minder erfreut sein, wenn sich Interessenten für die Bücher meldeten.

Natürlich ging es im Gespräch vor allem um „Krupp und Krause“, einen „der ganz großen DDR-Filme“, wie ein Genosse sagte. „Was erklärt eigentlich den

umwerfenden Erfolg, den dieses Werk damals hatte?“, wurde gefragt. „Die Zeit muß stimmen, die Aufsehen auslöst. Der Film fiel in eine Phase, in der es mit der DDR absolut aufwärts ging. Gerade in den 60er Jahren hatten wir eine Reihe von unübersehbaren Erfolgen. Bei vielen Menschen war ein gewachsenes Selbstbewußtsein zu beobachten. ‚Krupp und Krause‘ traf auf die Bereitschaft des Publikums zum Zuhören.“ Später hätten sich die Fernsehgewohnheiten, auch unter dem Einfluß der westlichen Revueprogramme, geändert. „Da vermochte Adlershof nicht mithalten. So etwas kann der Kapitalismus besser, schon, weil es sehr viel Geld kostet.“ Eine Genossin ergänzte: „Der Versuch, westlich geprägten Geschmack zu bedienen, ist uns nicht gut bekommen.“ Im übrigen könne sie Gerhard Bensch nur bedingt recht geben. Wenn heute DDR-Filme im Fernsehen gezeigt würden, spüre man in der Regel den riesigen Unterschied im Gehalt. „In der gegenwärtigen Fernsehlandschaft wird dieser Unterschied sogar noch deutlicher als früher“, kommentierte unser Gast.

„Das Beste wäre natürlich, ‚Krupp und Krause‘ mal wieder aufzuführen“, meinte der Szenarist und Drehbuchautor des Films. Tatsächlich sei im ORB-Fernsehen etwa 1993 diese Idee entstanden und es hätten sogar einvernehmliche Absprachen stattgefunden. Im Frühherbst beginnend sollte jeweils wöchentlich

eine der Folgen gesendet werden, sodaß der letzte Teil, wie er beim Nachrechnen festgestellt habe, ausgerechnet auf den 7. Oktober gefallen wäre. „Da sind ja ein paar ganz Schlaue am Werk, habe ich mir damals gedacht.“ Aber die Programmgestalter hätten dann offenbar auch einen Kalender mit dem Ergebnis zur Hand genommen, daß die Wiederaufführung unter Vorwänden telefonisch abgesagt wurde.

Auf die heutigen Chancen für linke Fernsehproduktionen angesprochen, äußerte sich Bensch, von Abt sekundiert, mit Skepsis. Kürzlich sei im ZDF der bemerkenswerte Film „Die rote Glut“ gelaufen, der soziale Konflikte thematisiert. Doch bilde so etwas eine rare Ausnahme. Das ereigne sich bestenfalls einmal im Jahr. Zurückhaltend antwortete Gerhard Bensch auch auf die Frage nach seinen weiteren Plänen. Seit längerem trüge er sich mit dem Gedanken, die Arbeit an einer Autobiographie oder Memoiren aufzunehmen. Doch esse nicht leicht, zu einem Entschluß zu kommen. Er hätte, beginnend mit seiner journalistischen Tätigkeit an der „Berliner Zeitung“ – damals noch unter Leitung so erfahrener Leute wie Rudolf Herrnstadt, Gerhard Kegel und Georg Stibi – viele interessante Persönlichkeiten kennengelernt, denen er unterschiedliche Erinnerungen bewahre. „Wenn man das alles aufschreibt, muß man sehr darauf achten, daß man nicht die falsche Richtung bedient.“

Mir tat es gut, an diesem Abend einem Schriftsteller begegnet zu sein, dem politische Verantwortung wichtiger ist als literarischer Ruhm.

Frank Mühlefeldt

Warum der Begriff „Buschzulage“ für BRD-Leihbeamte zutrifft

Über Deutsch-Ost„afrika“

Die Vorsitzende eines Sozialgerichts erklärte mir 1992 die Einhaltung des Gleichheitsgebotes im BRD-Grundgesetz folgendermaßen: „Nehmen wir die Lehrer. Sie alle werden bei der Rentenberechnung gleichbehandelt – im Osten, und gleichbehandelt – im Westen.“ Das war nicht neu, erschreckend war nur die Selbstverständlichkeit der Darlegung einer „gültigen Wahrheit“, die nicht mehr bewiesen werden mußte. Gleichbehandlung nur im jeweiligen Landesteil. Die „Vereinigung“ zweier Staaten hat hier die Form einer kolonialen Eroberung angenommen. Auf einem Staatsterritorium gilt zweierlei Recht: Das eine für die Alt-BRD, das andere für ihre Halbkolonie. Erinnert nicht bereits die Unterzeichnung des „Einigungsvertrages“ an die Zeit jener Beutezüge, als Häuptlinge ihre Stämme und Ländereien für Glasperlen und ein Fäßchen Rum verkauft?

Vieles ähnelt tatsächlich den Verhältnissen am Beginn des imperialistischen Zeitalters, als die „Besitzergreifung herrenlosen Landes“ erfolgte, die Lenin 1916 als beendet ansah. (LW 22/259) Vom Standpunkt des Finanzkapitals der BRD und anderer westlicher Mächte handelte es sich bei der DDR, den Staaten Osteuropas und Rußland wieder um „herrenloses Land“. Volkseigentum ist ja nach seiner Vorstellung „ohne Herren“. Sehr schnell entwickelte es daher eine klare politische Strategie, um sich profitable Märkte und billige Arbeitskräfte zu erschließen. Für Rußland galt vor allem die Ergatterung lukrativer Rohstoffe.

Vier Hauptfelder klassischer Kolonialpolitik des deutschen Imperialismus sind erkennbar: Erstens handelt es sich um das Aufzwingen der BRD-Gesellschaftsstruktur bei gleichzeitiger Dekretierung von Sonderrecht. Schlagartig wurde das Grundgesetz eingeführt, wobei man dessen wichtigste Bestimmungen wie Gleichstellung, Rückwirkungsverbot, Schutz der Würde des Menschen usw. für den Osten außer Kraft setzte. Das alte BGB der Bourgeoisie erlangte wieder Rechtskraft, aber die Eigentumsrechte der Ostdeutschen wurden weitgehend annulliert. Die heilige Kuh des Kapitalismus – die parlamentarische Demokratie – führte man mit dem Wahlbetrug vom März 1990 ein. Politische Kampfbegriffe wie „Unrechtsstaat DDR“ dienten zur Entfesselung einer maßlosen Strafverfolgung. Völkerrechtliche Hoheitsakte des Subjekts DDR wurden plötzlich zu Delikten erklärt. Man verkündete die Unabhängigkeit der Richter und führte sie zugleich ad absurdum. Die Kirchen erhielten Sonderrechte zur ideologischen Manipulation – beispielsweise in den Streitkräften – und zur Geldeintreibung. Die meisten Spitzenpositionen in Staat und Gesellschaft

wurden „Leihbeamten“ mit „Buschzulage“ – wie einst den Aufsehern der Hereros und Buschmänner – übertragen, die eigenständige Intelligenzschicht ins Abseits gestellt. Eine aus dem Westen importierte Herrschaftselite kam in die „Terra incognita“ und zwang ein ganzes Volk in Fremdbestimmung.

Zweitens erfolgte die Einführung des als „freie Marktwirtschaft“ verkleideten kapitalistischen Profitsystems. Mittels DM und Treuhand wurde die eigenständige Wirtschaft im Osten schlagartig zerstört. Den gesamten inländischen Markt unterwarf man den Banken und Handelsketten. Ganze Heerscharen von Bankern, Steuerberatern, Investoren und anderen Glücksrittern fielen über die frühere DDR in Goldgräbermanier her, rissen sich die besten Immobilien unter den Nagel und plünderten die „armen Schwestern und Brüder“ aus. Was ist der umfassende Diebstahl fast aller in 45 Jahren von den DDR-Bürgern geschaffenen Werte durch die „Befreier“ anderes als Kolonialnahme?

Nach dem Beispiel der Hitlerschen „Treuhandanstalten“ in Polen, im Baltikum und in der Ukraine haben die Deutsche Bank, die Dresdener Bank und die Commerzbank sämtliche Sparguthaben der DDR-Bürger an sich gerissen. Den Coup des Jahrhunderts landete die Allianz mit der Übernahme von 30 Millionen Versicherungskontrakten durch Einverleibung der Staatlichen Versicherung der DDR. Charakteristisch für das aufgezwungene Wirtschaftssystem ist die vollständige Abhängigkeit des Ostens von den westdeutschen Banken und Konzernen. Die „Förderung“ kleiner und mittlerer Betriebe bedeutet in Wirklichkeit höhere Zinsen und weit höhere Sicherheiten für Kredite als in Westdeutschland. Handwerksbetriebe und Hersteller von Konsumartikeln dürfen in der Regel nur an westdeutsche Handelsketten liefern. Auf diese Weise ist gesichert, daß der Löwenanteil des Profits aus Ostdeutschland in den Westen abfließt. Die berüchtigte „Entwicklungshilfe“ für die Dritte Welt heißt bei uns „Solidarpakt“. Das Ziel ist identisch: Ausbau der Infrastruktur, damit das Kapital die günstigsten Verwertungsbedingungen findet. Diese Steuermittel fließen direkt in die Koffer der Banken und großen Firmen im Westen zurück. Natürlich bereichern sich auch die östlichen Kompradoren.

Drittes Merkmal ist ein brutaler Kulturimperialismus, der die sittlichen Werte der DDR-Bevölkerung mißachtet. Ihr in der Welt beispielhaftes Bildungssystem wurde durch das alte Schulwesen mit reaktionären Inhalten rücksichtslos ersetzt. Universitätsprofessoren zweiter und dritter Gar-

natur aus dem Westen verkünden jetzt von Kathedern, auf die sie daheim kaum gelangt wären, ihre abgestandenen Weisheiten. Schriftsteller wurden zu Unpersonen erklärt, ihre Werke in einem Umfang aus den Bibliotheken entfernt, der die Bücherverbrennung der Nazis noch in den Schattensetzen stellt. Künstler, die sich dem westlichen Kulturbetrieb nicht unterworfen haben, bleiben oft genug verunglimpft oder werden totgeschwiegen. Den „Eingeborenen“ wurde durch westdeutsche Superverlage Trivialliteratur, Gewaltverherrlichung und Nazinostalgie aufgezwungen – natürlich im Namen der Freiheit. Verlage und Zeitungen sind von den großen BRD-Medienkonzernen gleichgeschaltet worden, westdeutsche Rundfunk- und Fernsehsender überschwemmen das Land mit „deutscher Leitkultur“. Der Rückgriff auf die Sprache des Dritten Reiches, die einst Klemperer geißelte, wird immer offenkundiger.

Viertens wird alles getan, um jedem früheren Bürger der DDR täglich zu beweisen, daß er ein Mensch zweiter Klasse ist. Dabei stehen materielle Restriktionen im Vordergrund. Löhne und Gehälter, Renten und andere Bezüge betragen 70 bis 80 % des im Westen gezahlten – das bringt eine Menge Extraprofit. Der Ostseestrand – einst Urlaubsparadies der DDR-Werkstätigen – ist zum Luxusresort der Bourgeoisie geworden; die Sieger demonstrieren ihre parasitäre Lebensweise, die Einheimischen dürfen deren Betten machen. Der folgenschwerste Umbruch ist die systematische Zerstörung antifaschistischer Gedankenguts und antifaschistischer Haltungen. Mit jeder Entfernung des Namens eines Antifaschisten aus dem Straßenbild werden die Träger der Naziideologie zu neuen menschenfeindlichen Taten ermuntert. Der Rückgriff auf die „Reserve“ rechtsradikaler Terroristen ist in Ostdeutschland offensichtlich dringender, weil die Unzufriedenheit wächst und die Wahrheit sich durchzusetzen beginnt.

Es gibt natürlich auch Abweichungen von der klassischen Kolonialherrschaft. So werden die Spielregeln der formalen Demokratie vorerst eingehalten. Und: Ein großer Teil irreführender und verblendeter Bürger der DDR begab sich 1990 selbst in die Zwangsjacke. Der sozialistische deutsche Staat fiel ohne jeden Widerstand in die Hände der Eroberer. Dafür gibt es äußere und innere Gründe. Der bemerkenswerteste Unterschied: Das annektierte Besitztum befindet sich innerhalb der BRD-Staatsgrenzen. Dennoch erscheint die These, Ostdeutschland sei eine Halbkolonie, durchaus berechtigt. Die hier angeführten Kriterien bestätigen es.

Norbert Pauligk

Wie die DDR-Energiewirtschaft geplündert und zerstört wurde

Absturz in den Keller

Hoyerswerda war zu Beginn der 50er Jahre eine kleine Ackerbürgerstadt mit knapp 7 500 Einwohnern, bis 1960 wuchs ihre Bevölkerung auf über 20 000 an, 1989 betrug sie fast 70 000. Hinter dieser Entwicklung verbarg sich der atemberaubende Ausbau des Braunkohlebergbaus und der Energiewirtschaft der DDR. „Ich bin Bergmann – wer ist mehr?“, hieß damals die Losung, mit der Arbeiter, Ingenieure und Wissenschaftler aus dem ganzen Land in die Lausitz gerufen wurden. Und viele Bauleute und Künstler, Ärzte und Metallarbeiter empfanden es als ganz persönliche Herausforderung, bei diesem einmaligen Aufbauwerk mitzutun. Das kann man noch heute in dem Roman „Franziska Linkerhand“ von Brigitte Reimann nachlesen. Alle, die es schon vergessen oder nie kennengelernt haben, sollten es tun. Obwohl es manche damals für recht problematisch hielten, findet man in diesem Buch viele originäre Bilder vom Leben jener Zeit in der DDR. In den Jahren ihres Bestehens hatte sich Hoyerswerda mit pulsierendem Leben erfüllt, bildete es – neben Cottbus – das zweite bedeutende urbane Zentrum der Region, das seinen Einwohnern ein vielseitiges kulturelles Leben bot.

Heute beträgt die Einwohnerzahl der Stadt noch 49 000. Der Arbeitslosenanteil unter den Verbliebenen liegt bei 20 %. 3 000 Wohnungen stehen leer oder sind bereits „niedergelegt“. Ähnlich ist die Situation an den anderen Standorten der DDR-Energiewirtschaft. In Lübbenau z. B. – einst gemeinsam mit dem nahegelegenen Vetschau Heimat von zwei Kraftwerken mit zusammen 22 % der installierten Kraftwerksleistung der DDR – gibt es noch eine „Kraftwerkstraße“. Sie führt ins Nichts oder, wie es vornehm heißt, zu einer „Industriebrache“. Auch dort haben sich zahlreiche vor allem junge und hochqualifizierte Einwohner der Massenauswanderung gen Westen angeschlossen und der Arbeitslosenanteil betrug im Januar 23,4 %. Die Bewohner der Region sind wieder – wie zu Kaisers Zeiten – auf die kargen Einnahmen aus Gurkenanbau und „sanftem Tourismus“ angewiesen. Insgesamt ging die Beschäftigtenzahl der Energiewirtschaft von 228 000 in der DDR auf 55 000 (zuzüglich etwa 9 000 in der Rekultivierung) 1999 zurück. Bei der anhaltend hohen Massenarbeitslosigkeit im Kohlerevier – in Spremberg 23,9 % oder in Senftenberg 24,5 % – mutet es schon wie Hohn an, wenn Kanzler Schröder auf einer Betriebsversammlung am 15. Dezember in Jänschwalde erklärte, daß alle ostdeutschen Braunkohle- und Energiestandorte erhalten bleiben müßten. Offenbar meinte er nur die übriggebliebenen. Daran ändert auch nichts, wenn er kurz zuvor in Lippendorf (Leipziger Revier) den Startschuß für ein neues Energieobjekt gab („Eines der weltweit modernsten Braunkohle-großkraftwerke“ jubelte „Neues Deutschland“). Aber, um was es eigentlich geht, ist doch die völlige Konzeptionslosigkeit der Regierenden bei der Schaffung von Ausgleichs-arbeitsplätzen für die Hunderttausende, die

vorher auf die Straße geworfen wurden. Natürlich mußte auch die DDR Tagebaue, Brückfabriken, ja sogar ihren ganzen Steinkohlebergbau stilllegen. Mit wie viel Achtung vor dem einzelnen Menschenschicksal dabei verfahren wurde, läßt sich in Walter Floraths Beitrag (RF 34) „Was aus den sächsischen Bergleuten wurde“ nachlesen.

Für die Entwicklung der Energiewirtschaft mußte die DDR einen beträchtlichen Teil ihrer ohnehin nicht gerade üppigen Akkumulationskraft einsetzen und sich dabei in erster Linie auf den einzig verfügbaren einheimischen Rohstoff, die ballastreiche Braunkohle, stützen. Ausgelöst wurde diese Entwicklung zunächst durch die 1947 handstreichartig erfolgte Drosselung der Steinkohlelieferungen aus Westdeutschland um 75 %, die damit noch unter unserer spärlichen Eigenförderung im Zwickau-Ölsnitzer Revier lagen. Klassenkampf pur. Was folgte, war eine beispiellose Aufholjagd, vor allem bei der Braunkohleförderung und bei der Schaffung eines eigenen Energiemaschinenbaus (der 1936 zu 95 % im Westen beherrschet war). Schon 1950 konnte der Vorkriegsstand (101 Mio t) um 37 Mio t übertroffen werden, und 1988 waren es schließlich 310 Mio t. Nahezu in aller Welt löste diese Entwicklung Respekt aus, und es nimmt nicht wunder, daß die bei uns entwickelten und gebauten Tagebaueinrichtungen und Anlagen für die Braunkohleveredelung zahlreiche ausländische Abnehmer fanden. Die Technologie für die Herstellung von hüttenfähigem Koks aus Braunkohle war und blieb Weltspitzenleistung.

Innerhalb von nur zehn Jahren ist die Braunkohleförderung um 80 %, d. h. auf 65 Mio t dezimiert worden und liegt damit noch unter dem Stand von 1946. Während sie in Westdeutschland konstant etwa 100 Mio t beträgt. Der mit Abstand größte Teil unserer Braunkohleproduktion wurde für die Erzeugung von Elektroenergie benötigt. 1960 waren es rund 90 %, während im Westen fast 50 % des Stroms erheblich billiger auf der Basis von Steinkohle erzeugt werden konnten. Die installierte Kraftwerksleistung verzehnfachte sich im Zeitraum von 1946 bis 1988. Inzwischen ist es üblich, diese Entwicklung durch groteske Tatsachenverdrehungen als eine der vielen „Untaten“ der SED zu verleumden. Gewiß, die Tagebaunachfolge-„landschaften“ sind alles andere als ein schöner Anblick. Aber die Rekultivierung ist wahrhaftig keine Erfindung der jetzt herrschenden Kohle- und Strombarone. Der Knappensee und der Senftenberger See wurden als Erholungslandschaften durch den DDR-Bergbau geschaffen. Und der Verminderung des Ausstoßes von Kohlendioxid als dem gefährlichsten Treibhausgas durch Abriß der „Dreckschleudern“ aus DDR-Zeiten steht eine Stagnation in Westdeutschland gegenüber.

Schon in den 60er Jahren war klar, daß dem Ausbau der Braunkohleförderung technische

und ökonomische Grenzen gesetzt waren, weil die Massen der Deckgebirge den Zugang zu den Kohleflözen immer schwieriger machen würden. Damit stand als einzige Alternative die Schaffung von Kraftwerken zur Erzeugung von Kernenergie auf der Tagesordnung. In der Nähe von Greifswald wurde das erste große KKW mit insgesamt 1760 Megawatt installierter Leistung errichtet. Es beschäftigte etwa 7 000 Wissenschaftler, Ingenieure und Arbeiter. Damit erreichte der Kernenergieanteil an der Stromerzeugung der DDR 10 % (Alt-BRD: 30 %!). Eine gleich große zweite Baustufe befand sich 1989 bereits in Realisierung. Außerdem waren die Vorarbeiten für ein weiteres Kernkraftwerk bei Stendal in vollem Gange. Diese wurden abgebrochen. Die Sofort- und Totalstilllegung von Greifswald bleibt bis heute ein einmaliger Vorgang. Auf dem Demontagestandort gibt es nur noch etwa 1200 Beschäftigte.

Der Niedergang der DDR-Energiewirtschaft begann noch vor der formellen Annexion, als den drei großen Energiekonzernen RWE, Preußen-Elektra und Bayern-Werke im August 1990 von der „Treuhand“ die Mehrheitsanteile am zentralen Energieverbundnetz zugeschanzt wurden. Zu ihrer „Erblass“ gehörten weiterhin die 1962 begonnene Verbindung mit den Netzen Polens, der CSSR, Ungarns und später auch mit dem westlichen Teil der UdSSR, die seit 1963 in Betrieb befindliche Erdölleitung „Freundschaft“, die 1973 eingeweihte Transiterdgasleitung sowie der DDR-Anteil an der Gasleitung Orenburg-Westgrenze UdSSR. Schließlich „übernahmen“ die Großkonzerne sämtliche nationalen Gas- und Produktenleitungen der DDR und stiegen in die traditionellen Verträge zur Erdöl- und Erdgaslieferung der UdSSR an die DDR ein. Ob eines solchen zusammengegrabten „Erbes“ könnte man schon ins Grübeln kommen. Überdies vermochten die westlichen Energieriesen ihre eigenen Überkapazitäten gut ins „Geschäft“ zu bringen. Die Zukunft wird zeigen, ob und wie weit es dem Monopolkapital gelingt, mit seiner Kolonialisierungspolitik auch den berechtigten Stolz der Berg- und Energiearbeiter auf die eigene Leistung und deren Klassenidentität aus der Erinnerung zu tilgen.

Günter Langhammer

Der Autor erlitt kurz nach dem Verfassen dieses Beitrags während einer Parteiveranstaltung einen Schlaganfall, an dessen Folgen er am 7. März 2001 verstarb. Wir bewahren dem treuen Kommunisten, der in der Staatlichen Plankommission der DDR auf dem Energiesektor an hervorragender Stelle tätig war, ein ehrendes Andenken und übermitteln seinen Angehörigen unser Mitgefühl.
Die Redaktion

Zu Gabi Zimmers „völligem Bruch mit dem SED-Erbe“

Porentiefe Moral

Wer durch die Umstände zum Erben wird, der kann die Annahme der Hinterlassenschaft ausschlagen. Wenn sie aus Schulden besteht, die man sich verständlicherweise nicht aufladen möchte. Oder wenn man Skrupel hat, durch eine Erbschaft Eigentümer von etwas zu werden, was sich der Erblasser auf moralisch anrühige Weise beschafft haben könnte.

Was einem Menschen erlaubt ist, darf eine Partei ebenfalls. Also auch die – von ihren „demokratischen“ Konkurrenten so bezeichnete – „SED-Nachfolgepartei“. Die PDS.

Deren Vorsitzende, Gabriele Zimmer, ließ unlängst tatsächlich verlauten, ihre Partei gedenke sich des Erbes zu entledigen. Und zwar völlig. Diese mit dem angestrebten neuen Parteiprogramm verbundene Absicht machte das ND publik. Es stellte seinen Bericht unter die Schlagzeile „Zimmer: Mit SED-Erbe völlig brechen“. Um sich als „Menschenrechts- und Freiheitspartei“ zu profilieren, werde sich die PDS durch diesen Akt der Tugendhaftigkeit von den Erbsünden ihrer Vorgängerin porentief reinigen. Gäbe es ein Guinness-Buch, das Rekorde an politischer Moral verzeichnet, hätte Genossin Zimmer ihren Eintrag sicher.

Beifall jedenfalls bekam sie schon. Von einem ND-Leserbriefschreiber. Der „begrüßte wärmstens“ das hehre Vorhaben, sich durch radikalen Verzicht jeglichem Verdacht zu entziehen, Nutznießer einer Erbsünde zu sein oder bleiben zu wollen. Auf alles aus der SED-Hinterlassenschaft, so der Rat jenes Mannes, solle man jedoch nicht verzichten. Dem Lehrbeispiel folgend, das ein früher Mächtiger lieferte, der nach seinen Politbürojahren nur noch den grünen Rechtsabbiegepfad als erhaltenswertes Erbe aus der durch Leute seines Schlages ruinierten DDR bezeichnete, empfahl der Beifallspender: Die Anrede „Genossin/Genosse“ sowie das vertrauliche „Du“ solle im Umgang der Parteimitglieder untereinander beibehalten werden. Mehr aber auch nicht.

Nach so gänzlicher Entsagung jedoch dürfte weder seiner Parteivorsitzenden noch dem Vorstand insgesamt der Sinn stehen. Was nämlich die materielle Seite des SED-Erbes angeht, ist man vermutlich fest entschlossen, davon auch künftig keineswegs zu lassen. Dieser Teil der übernommenen Erbmasse besteht bekanntlich nur aus jenen Resten einstigen SED-Besitzes, denen von der sogenannten Unabhängigen Kom-

mission zur Überprüfung der Parteivermögen das bundesamtliche Gütesiegel „rechtsstaatlichen Erwerbs“ zuerkannt wurde. Das bekamen ausschließlich Immobilien, deren Eigentümerin einst die Kommunistische Partei Deutschlands war. Und so erfreut sich nun die PDS-Führung mit dem Karl-Liebknecht-Haus in Berlins Mitte eines traditionsreichen Gebäudes, an dessen mit dem Namen Thälmann verbundener „kommunistischer Vorgeschichte“ keiner der führenden „Reformer“ Anstoß nimmt. Und von dem (wie von anderen solchen Erbstücken) man sich nicht zu trennen gedenkt, obwohl man zu den Erblassern – KPD wie SED – betont auf Distanz geht. Denn wie Genossin Zimmer auf dem Cottbusser Parteitag erneut beteuerte: „Die PDS ist keine kommunistische Partei ...“ und „... so soll es auch bleiben.“ Völliger Bruch mit dem SED-Erbe?

Gewiß doch. Aber man sollte auch hier nicht übertreiben und das Kind mit dem Bade ausschütten. Denn Moral, selbst porentiefe, ist zwar eine schöne Sache, sofern man sie sich leisten kann. Aber viel schöner noch sind die Immobilien der Kommunisten.

Wolfgang Clausner

Der Shoa-Überlebende Fritz Teppich stellt richtig:

„Wiedergutmachtungsschwindel“

„Wiedergutmachtungsschwindel“. Mit diesem irreführenden neuen Begriff („Der Spiegel“ zum Buch des US-Autors Finkelstein, 12. Februar 2001, S. 223) wird den bundesrepublikanischen Nachkriegsverfälschungen zu Lasten der Nazi-verfolgten eine weitere Verwirrvokabel hinzugefügt.

Um was geht es? Ermordete lassen sich nicht wiedererwecken, also war und bleibt „Wiedergutmachtung“ nur gut zur Ablenkung. Erforderlich gewesen wäre auch in der Bundesrepublik in erster Linie politische Wiedergutmachtung, das heißt sofortige Ausgrenzung der Ex-Diener des Dritten Reiches aus wichtigen Positionen von Staat und Gesellschaft, Beseitigung des Nazismus und Militarismus mit ihren Wurzeln. Angesichts der jähren Wende im Jahre 1946 – von der Kriegsallianz mit Moskau zum Nachkriegskampf gegen Moskau – kam das für den Westen nicht in Frage.

Die Westmächte benötigten für ihren auf Konfrontation gegen die Sowjetunion gerichteten Kurs ein Potential mit entsprechenden militärischen und politischen Erfahrungen. Deshalb ihr Rückgriff auf die

soeben besiegten Antagonisten, aktive Parteigänger des Dritten Reiches. Kernpunkt der Nazi-Reintegration war dann der Artikel 131 des Grundgesetzes. Damit mußte die Hauptforderung der überlebenden Nazi-verfolgten, vor allem auch der Juden, nämlich die Verhinderung des Wiederaufstiegs der Schuldigen von Gestern, für alle Zukunft ausmanövriert werden. Doch was an ihre Stelle setzen?

Aus auch im Westen verbreiteter christlich-antijudaistischer Sicht glaubte man, Juden könnten mit Geld ruhigestellt werden. Daraus ergab sich der Rückgriff auf finanzielle Entschädigungen, die unter dem vernebelnden Begriff „Wiedergutmachtung“ je nach Position und Einfluß differenziert verteilt wurden. Die Rechnung ging auf, und insofern haben die vielen erschöpft und ausgezehrt Zurückgebliebenen – ungewollt selbstverständlich – zur Neuformierung der Rechten bis Rechtsextremen in der Bundesrepublik beigetragen. Es sind geistige Nachkommen der Faschisten von einst, die heute sengend und anders Aussehende krankenhausreif schlagend oder gar trampelnd durch dieses Land ziehen.

Noch etwas muß angemerkt werden, soll

das Ausmaß des Wiedergutmachtungsschwindels verdeutlicht werden: Die „Wiedergutmachtung“ erfolgte im krassen Widerspruch zum Prinzip der Gleichbehandlung entsprechend dem Erlittenen. Sinti und Roma, die zu Zehntausenden auf die gleiche Weise dahingerafft worden waren wie die Juden, blieben in der Regel jahrzehntelang von der sogenannten Wiedergutmachtung ausgeschlossen. Unentschädigt blieben zugleich jene Hunderttausende, die unter Slawenausrottung hatten leiden müssen. Auch deutsche Antifaschisten, die ihrer Gesinnung aus der Widerstandszeit treu geblieben waren, wurden nicht berücksichtigt. Für sie alle galt die „Wiedergutmachtung“ nicht.

Schließlich und nicht zuletzt wurden die Gelder nach Klassenzugehörigkeit vergeben. War jemand Arbeiter gewesen, erhielt er wenig. Einstige Unternehmer oder Angehörige freier Berufe wurden mit höheren Beamten gleichgestellt und entsprechend bedacht. Keine Gleichheit vor dem Gesetz, was das Leid betrifft. Irreführung und Schwindel in Sachen der einstigen Nazi-verfolgten also von Anfang bis Ende. Doch wer kennt die Tatsachen heute noch?

Was unter PDS-Pluralismus nicht zu verstehen ist

Die Grenzen der „Vielfalt“

„Die Stärke unserer Partei besteht in ihrer pluralen Vielfalt.“ Der Satz klang selbstbewusst. Ausgesprochen wurde er von der neuen PDS-Vorsitzenden bei ihrer Einführungsrede auf dem Cottbusser Parteitag. Im innerparteilichen Alltag steht die verheißungsvolle These mit der Praxis allerdings ziemlich auf Kriegsfuß. Was Genossin Zimmer keineswegs unbekannt sein konnte. Denn von dem, was sie als interne Stärke der PDS priors, gilt den reformistischen Wortführern an der Parteispitze so etliches seit geraumer Zeit als politisches Ärgernis ersten Ranges. Auch wenn die neue Nr. 1 bemüht ist, sich im Streit der verschiedenen Flügel nicht zu offenkundig nur an die eine Seite zu binden – „Integrationsstange“ ist sie mitnichten. In Cottbus jedenfalls ließ Gabi Zimmer mit ihren an die Kommunistische Plattform und das Marxistische Forum adressierten Fragen schon erkennen, wer für sie, „innerparteiliche Opposition“ und damit Gegenpart ist. Ihr Verlangen, jene aufmüpfigen Genossen sollten „deutlich“ sagen, welche gesellschaftlichen Vorstellungen sie haben und wie sie sich deren Realisierung vorstellen, täuschte eine naive Ahnungslosigkeit vor, an der die Vorsitzende kaum leiden dürfte. Die Fragen sind von den so Befragten längst und oft beantwortet worden. Das ohne jeden „dogmatischen“ Anspruch, über ein fertiges Patentrezept mit Erfolgsgarantie für den gesellschaftlichen Wandel schon zu verfügen. Aber entschlossen, als Suchende begehare Wege zum Ziel Sozialismus zu finden – und auch zu verfolgen. Zugleich verbunden mit dem – in der politischen Praxis hinreichend bewiesenen – Willen, durch konkrete Taten in der politischen Alltagsarbeit den von Genossin Zimmer eingeforderten Nachweis sozialistischer „Tugenden“ zu erbringen. Ihre Bereitschaft, auch über andere politische Ansätze den innerparteilichen Streit zu akzeptieren, engte die Parteivorsitzende im selben Atemzug gleich wieder ein: Nicht mehr gestritten werden könne darüber, daß sich die PDS zur „sozialistischen Volkspartei“ entwickelt habe – keineswegs nur einer Klasse oder Gruppe mehr verpflichtet, keine Klientel-Partei, nicht bloß in einem sozialen und ideologischen Milieu verankert. Diese Entscheidung sei längst gefallen. Und damit begriffen werde, daß der „Volkspartei“-Anspruch so etwas wie ein Tabu darstelle, an dem nicht gerüttelt werden dürfe, stelle sie die demagogische Frage, ob die Gescholtenen eine „bessere Gesellschaft“ oder eine „andere Partei“ wollten. Als ob Charakter und Zustand einer Partei nicht ganz wesentlich dafür seien, ob und wie die „bessere Gesellschaft“ herbeigeführt werden kann. Es sind nun allerdings keineswegs bloße Formulierungskünste oder -ungeschicklichkeiten, mit denen man es bei alledem zu tun

bekommt. Wenn auch in verklausulierter Form nur, erfolgt hier eine Art „Limitierung“ des in der PDS zulässigen Pluralismus: Wenn er sich als Richtungsstreit äußert, ist er höchst unerwünscht. Gewarnt wurde, wer vom Pfad der Partei-„Erneuerer“ abzuweichen wagt: Zusammen gehöre man nur, „solange wie wir uns miteinander, nicht gegeneinander in dieser Partei bewegen“ (G. Zimmer). Da klang ein Unterton an, den so manche PDS-Genossen „links von der Führung“ als Drohung empfanden. Pluralismus gilt als Element innerparteilicher Stärke und als dem Parteimage günstig, solange und insofern er sich auf das Austragen gegensätzlicher Ansichten darüber beschränkt. WIE am besten voranzukommen sei – und zwar auf dem Wege, den die Parteispitze absteckt. Doch über Charakter und Merkmale einer „modernen sozialistischen Partei“ zu befinden, beanspruchen die sogenannten Reformer als ihr Definitionsmonopol. Ihnen gilt Pluralismus als suspekt, wenn er zum Meinungsstreit über Kernprobleme genutzt wird: WAS die PDS unter demokratischem Sozialismus versteht, WELCHEN grundlegenden gesellschaftlichen Wandel sie anstrebt, WORMIT sie deren Realisierung letztlich erreichen will. Wer – sich auf das Parteistatut berufend – Pluralismus auch zu Grundsatzfragen in Anspruch nimmt, ist den politischen Absichten jener hinderlich, die in der Gesellschaft „ankommen“ wollen – am besten in „Regierungsverantwortung“. Und so wird denn seit langem bereits so etwas wie ein parteiinterner Bürgerkrieg gegen solche „Störenfriede“ wie die Genossen der KPF geführt, denen man es ja zuzuschreiben habe, daß im Establishment immer wieder Zweifel an der „demokratischen Verlässlichkeit“ der PDS geäußert werden und der Verfassungsschutz sie deshalb unter geheimdienstlicher Aufsicht hält.

Man erinnere sich an jenen PDS-Parteitag, bei dem Gysi sein rhetorisches Talent gegen groben Ton vertauschte und auch Bisky seinen konzilianten Neigungen entsagte, um mit ihrem erpresserischen „Die oder wir!“ die Wiederwahl Sahra Wagenknechts in den Parteivorstand zu verhindern. Man vergesse nicht, daß es der als „Vordenker“ des PDS-„Erneuerungsprozesses“ hofierte André Brié war, der seiner Vorliebe für limitierten Pluralismus mit der Forderung Ausdruck verlieh, man müsse den „Gralshütern der reinen Lehre“ das Verbleiben in der Partei unerträglich machen. In das selbe Horn blies Gregor Gysi nicht zum ersten und nicht zum letzten Male, als er im Februar 2000 von seiner Partei forderte, die im Dezember 1989 begonnene Distanzierung von der „dogmatischen Linken“ ohne jedes Schwanken fortzuführen und nun einen „deutlichen Trennstreich“ zu diesen Unerwünschten zu ziehen.

Auch Dieter Klein, ein anderer Theoretiker des rechten PDS-Flügels, plädiert für „kategoriale Abgrenzung gegen ultralinkes Sektierertum“. Mit Häme bedacht werden „Bewahrer linker Gewißheiten“ und „unkritische DDR-Nostalgiker“, die statt „Aufarbeitung“ zu betreiben einen Hang zur „Verklärung“ entwickeln. Freien Lauf läßt man seinem Unmut über angebliche „Linienrichter“ und „engstirnige Ideologen“. Da wird gegen „Bedenkensträger“ und eine ganze „Verhinderungsfraktion“ gewettert. Und wenn dem Bundesgeschäftsführer solch verbales Geschütz nicht stark genug erscheint, greift er auch schon mal zu Etikettierungen wie „fundamental-kommunistische“ und „fundamental-marxistische“ Kräfte, die er einem „orthodox-marxistischen“ Lager zuordnet.

Doch so verschieden auch die Benennungen erscheinen, gemeint sind stets die selben. Jene nämlich, die es – über den auch von ihnen für unerlässlich gehaltenen Tageskampf um ganz konkrete Anliegen der Nichtprivilegierten in diesem Land hinaus – für die Pflicht einer sozialistischen Partei halten, „über soziale Ursachen, Machtverhältnisse und wirtschaftliche Interessen aufzuklären“, sich nicht „von der eigenen Identität zu verabschieden und nicht „den Weg der Versöhnung mit der herrschenden Macht zu gehen“.

Genau diese Forderungen finden sich auch in der Cottbusser Antrittsrede von Gabriele Zimmer! Wenn diejenigen aber, die mit Nachdruck für eben diese Grundsätze eintreten, durch die Parteiführung beharrlich diffamiert werden, erweckt das (mindestens) den Eindruck von Doppelzüngigkeit.

Was bei diesen Kontroversen ebenso auffällt: Ganz im Gegensatz zu den massiven Attacken der „Reformer“ und deren Diskriminierungsvokabular richten innerparteiliche Kontrahenten ihre Polemik gegen politische und ideologische Positionen, die sie für falsch halten, nicht aber gegen Personen. Unverkennbar das Bemühen, persönliche Diskriminierung zu vermeiden. Ausnahme war, wenn sich in der Hitze des Gefechts einige manchmal doch im Ton vergriffen. Dominierend blieb Sachlichkeit.

An Belegen dafür ist kein Mangel. Der Gründungsauftrag, mit dem sich das Marxistische Forum 1995 „In großer Sorge“ an Partei und Öffentlichkeit wandte, zeugt davon ebenso wie die monatlich erscheinenden „Mittelungen der Kommunistischen Plattform“. Bei aller Deutlichkeit, mit der hier Standpunkte artikuliert werden, geschieht das zugleich auf eine Weise, die politischer Kultur gerecht wird. Die Verfechter des „limitierten Pluralismus“ hätten reichlich Grund, davon zu lernen. Und das nicht nur, was die Form des Meinungsstreites betrifft. **Wolfgang Clausner**

Großdeutsche Aspekte einer früheren „Vereinigung“

Zum Kern des Preußen-Rummels

Uns interessiert die Frage, warum die deutsche Bourgeoisie so sehr am Preußentum hängt. Nicht ohne Grund hat sie das „Preußenjahr“ zum Anlaß neuer Huldigungen genommen. Ohne auf Details näher einzugehen, sei so viel gesagt: Preußen spielt im deutschen bürgerlichen Staat die Rolle einer ideologischen Grundlage. Dies gilt von Beginn an, wie schon die innere Spaltung der Deutschen Nationalversammlung 1848 zeigte, und setzt sich über das formelle Ende des deutschen Preußenstaates hinaus – also bis in unsere Zeit – fort. Solange es einen bürgerlichen deutschen Staat gibt, wird er unvermeidlich einen preußischen Bezug wahrnehmen, wird er lediglich einzelne Seiten des Preußentums auswechseln oder die eine gegenüber der anderen bevorzugen, aber nie ohne Preußen sein.

Warum nimmt das deutsche Bürgertum diese Anleihe beim Preußenstaat auf?

Das hängt mit den konkret-historischen Bedingungen zusammen, unter denen die bürgerliche Klasse in deutschen Landen das Licht der Welt erblickte. Deutsches Bürgertum begann, staatlich gesehen, voraussetzungslos, d. h. ein feudalistischer Zentralstaat hatte sich für den deutschen sprachlichen und politischen Raum nicht ergeben – die Gründe seien hier nicht untersucht. Ein Teil der deutschen Bourgeoisie, der vom Geist des Zuspätkommens in der Geschichte getrieben war – was ja die Französische Revolution wie die Napoleonischen Kriege enthüllt hatten –, setzte auf den deutschen feudalistischen Staat, der ihm die besten oder schnelleren Garantien für staatliche Vergrößerung oder eben den Einheitsstaat versprach; das war Preußen.

Preußen hatte im Unterschied zur Habsburger Monarchie die geringeren außenpolitischen Bindungen, also bei der Verfolgung seiner Politik weniger Rücksichten auf andere Staaten zu nehmen. Genauer: Preußen war frei für deutsche Innenpolitik. Was die Bourgeoisie aber zuerst brauchte, war gerade diese. Sie weckte das traditionelle preußische Verlangen nach einem größeren Staat, das fast schon zum Erliegen gekommen war. (Friedrich II. hatte es im Grunde im deutschen Rahmen ausgeschöpft; zu einem größeren Krieg war Preußen nach dem kräfteverzehrenden Siebenjährigen nicht mehr fähig.) Die Bourgeoisie trieb es in jeder nur denkbaren Weise voran und nahm selbst politisch die preußische Form an. Nicht nur diente das deutsche Bürgertum Preußen. Preußen wurde auch bürgerlich instrumentalisiert. Bürgerliches und preußisches Staatsverlangen verschmolzen miteinander. Die Ehe war eine Zweckehe.

Die innere Ausdehnung Preußens in

Deutschland ist der erste territoriale Eroberungszug der deutschen Bourgeoisie: Der nahtlose Übergang von innerer zu äußerer Aggression in der bürgerlich-preußischen Geschichte Deutschlands zwingt dazu, von der Einheit eines Interessengefüges auszugehen und verbietet es, die beiden Zeiträume von 1848 bis 1870 und von 1871 bis 1914 als einen Interessenbruch einander gegenüberzustellen. In der ersten Etappe erlebten die Deutschen eine nationale Bourgeoisie, ein nationales Preußentum; der zweiten Etappe können sie nur mit Abscheu gedenken.

Preußen, das für sich gesehen immer nur Preußen hervorgebracht hätte, hat durch die Verbindung mit der deutschen Bourgeoisie Deutschland hervorgebracht. Es wurde so zum Schein, daß Preußen immer Deutschland und Deutschland immer Preußen war. Wenn wir sagen, Preußen drückt das Staatsverlangen der deutschen Bourgeoisie selbst für eine Zeit aus, da es sie noch gar nicht gab, so meinen wir damit, daß die deutsche Bourgeoisie bis 1848 nicht notwendigerweise aus der inneren gesellschaftlichen Entwicklung Preußens hervorgegangen, sondern erst durch ihr Verlangen nach Staat in die gesellschaftliche Entwicklung Preußens eingegangen ist. Preußen bekam dadurch einen Wert, der ein bourgeoiser Wert war und bleibt. Preußen als Deutschland ist letztlich eine Ideologie für Deutschland – eine Deutsche Ideologie. Sie lebt nicht, weil Preußen formell noch lebt, sondern weil die Bourgeoisie in Deutschland noch lebt. Wir dürfen uns in dieser Frage nicht irremachen lassen. Die verschiedenen Formen der Umbestimmung im Verhältnis zum Preußentum dienen nicht Preußen oder einem preußischen Erbe, sondern dem Kapitalismus in Deutschland und seinem wechselvollen „Schicksal“. Alle Preußen-Debatten sind Kapitalismus-Debatten, sie drücken nicht ein Verhältnis zur Vergangenheit, sondern zur jeweiligen kapitalistischen Gegenwart aus.

Seit 1945 wird in der BRD daran laboriert, ein von der faschistischen Offenbarung „geläutertes“ Preußentum zu „gründen“, quasi ein „nur noch“ friedliches Preußentum. Wenn der Faschismus die falsche, so soll die neue BRD endlich die richtige Auslegung der Ideologie der Deutschen bringen – als hätten wir uns im Kreise gedreht oder seien in die Anfangsgründe der bürgerlich-preußischen deutschen Staatsgründung zurückgekehrt und könnten noch einmal wählen: mit dem wahren Preußentum, den ... dreimal dürfen wir raten ... wahren deutschen Kapitalismus. Unsere Frage aber lautet: Wer sein Verhältnis zu Preußen umbestimmt, muß der nicht auch sein Verhältnis zur deutschen

Bourgeoisie umbestimmen? Ist denn 1914–18 und 1939–45 nur preußisches Scheitern? Das eine lassen, aber das andere nicht tun (Preußen „opfern“, aber die Hände vom Imperialen nicht wegnehmen) – entspricht das nicht genau der Situation, in der sich die Geschichte des heutigen Kapitalismus in Deutschland befindet?

Für die deutsche Arbeiterbewegung, die den bürgerlichen staatlichen Gründungsversuch von 1848 mit einer eigenen revolutionären Parteigründung begleitete, hat sich die Perspektivlosigkeit, die Preußen und das Bürgertum wegen ihrer zerhackten Staatsgeschichte letztlich kennzeichnen, nicht ergeben. Auch als Nation oder eigener Staat gesehen, verfügt die deutsche Arbeiterbewegung über eine selbstgeschaffene, originäre Grundlage, deren Mangel die Dauer, nicht die Form war. Die DDR verkörperte die Trennung der Arbeiter vom Kapital und zugleich die Trennung der Arbeiter vom Preußentum. Hier stimmte endlich, daß ein Verzicht auf Preußen nur einem Verzicht auf seinen Kapitalismus gleichkommen kann.

Hermann Jacobs

„Die parlamentarischen äußeren Formen konnten nicht das wirkliche Wesen des preußisch-deutschen Reiches, seine militärisch-polizeiliche Willkürherrschaft verschleiern. Seit Gründung des deutsch-preußischen Reiches traten Marx und Engels entschieden gegen dieses System auf. Es wurde von ihnen als ein mit parlamentarischen Formen verbrämter, mit feudalem Beisatz vermischter, schon von der Bourgeoisie beeinflusster, bürokratisch gezimmerter, polizeilich gehüteter Militärdespotismus...“ charakterisiert. (Marx: Kritik des Gothaer Programms)

Die heroischen Verteidiger der Pariser Commune der deutschen Bourgeoisie gegenüberstellend schrieb Marx: „Man vergleiche mit diesen Himmelsstürmern von Paris die Himmelsklaven des deutschpreußischen Heiligen Römischen Reiches mit seinen posthumen (aus dem Moder gehobenen) Maskeraden, duftend nach Kaserne, Kirche, Krautjunktum und vor allem Philistertum.“ (Marx, Briefe an Kugelmann)

(Aus der Broschüre „Marx und Engels über das reaktionäre Preußentum“, 1946 erschienen im Moskauer Verlag für fremdsprachige Literatur)

Diskurs über wissenschaftlichen Sozialismus (29)

Friedrich Engels zur Volkskriegstaktik

Volksaufstände, nationale und revolutionär-demokratische Bewegungen in Asien, Afrika und Lateinamerika zählten zu den epochentypischen Erscheinungen innerhalb des Formationswechsels von feudalen und anderen vorkapitalistischen Gesellschaften zum Kapitalismus, wie sie auch in der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus im 20. Jahrhundert dazugehörten und im 21. Jahrhundert weiterhin ein fester Bestandteil der Entwicklung sein werden.

Marx und besonders Engels untersuchten dabei auch die militärischen Aspekte dieser Freiheitsbewegungen. Während der gesamten Kolonialzeit haben die unterworfenen Völker gegen ihre jeweiligen Kolonialmächte rebelliert. Sie haben sich zu keiner Zeit mit der Fremdherrschaft abgefunden. Sie werden es auch in Zukunft nicht tun.

Engels wies in mehreren Zeitaufsätzen nach, daß diese Völker zunächst Waffenkenntnisse sowie Strategie und Taktik von den europäischen Armeen übernahmen. Die Kolonialisten konnten ihre Herrschaft in den von ihnen eroberten Gebieten nicht ohne Eingeborenenarmeen aufrechterhalten; sie lieferten ihnen die Waffentechnik, machten sie mit deren Beherrschung vertraut, instruierten die Unterführer, bildeten die Armeen aus, die sich dann gegen sie wenden sollten. In Indien stellten die Engländer ein Heer von 200 000 Mann auf, rüsteten es aus und ließen es von ihren Offizieren unterweisen, womit sich die britische Kolonialverwaltung das erste allgemeine Widerstandszentrum gegen ihr Regiment selbst geschaffen hatte.

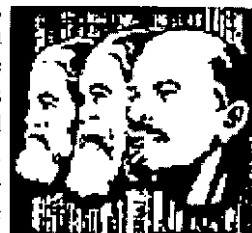
Aber es war keine bloße Übernahme fremder Kriegskunst. Die Völker brachten Originäres mit ein. Eine reine Übertragung des europäischen Militärwesens auf die sehr andersgearteten gesellschaftlichen Bedingungen hätte sich als unmöglich erwiesen. Engels verdeutlichte die Schwierigkeiten der Einführung europäischer Militäertechnik bei asiatischen Völkern. Das war ein langwieriger Prozeß, der auf ernste Hindernisse stieß, die sich vorwiegend aus subjektiven Faktoren ergaben. Es herrschte, wie Engels meinte, auch keine bloße „Nachahmung europäischer Evolutionen“. Asiatische Armeen waren im 19. Jahrhundert schon dazu in der Lage, Elemente „einer wissenschaftlichen Kriegsführung“ zu entwickeln. Als Beispiel dafür führte Engels die Verteidigung Delhi im Großen Volksaufstand (1857/59) durch die Sepoys an. (MEW 12/334)

Gründlich untersuchte er auch die Taktik der revolutionierten Bauernmassen beim

Taiping-Aufstand 1851/64 und verglich deren Kriegsführung mit der der regulären kaiserlichen Truppen der Mandschu-Dynastie gegen die Engländer im 1. Opiumkrieg 1840/42. Während seines Verlaufs blieben die Volksmassen passiv und überließen den Kampf allein den kaiserlichen Soldaten, die von den Briten geschlagen wurden. Anders sah es während des Taiping-Aufstandes aus. Solange den Engländern die aufständischen Truppen in regelloser Schlachtordnung gegenüberstanden, konnten sie leicht mit ihnen fertig werden. „... was aber, wenn die Chinesen einen Volkskrieg gegen sie entfachen...?“, schrieb Engels. Sie nähmen „sogar fanatisch am Kampf gegen die Ausländer“ teil. Engels nannte die Methoden, die die chinesischen Volkskräfte im Krieg gegen die Interventen anwandten: Vergiftung von Brot in der Kolonie Hongkong, Anbordgehen mit versteckten Waffen auf Handelsschiffen und deren Kapern, Umbringen der Besatzungen usw. Auch außerhalb Chinas erhoben sich die „Kulis“ plötzlich in nächtlichen Aufständen. „Zu diesem allgemeinen Aufruhr aller Chinesen gegen alle Ausländer hat die Piratenpolitik der britischen Regierung geführt.“ Engels polemisierte gegen die „Zivilisationskrämer“, die, nachdem sie selbst „Brandbomben auf eine schutzlose Stadt“ geworfen „und dem Mord noch die Vergewaltigung hinzugefügt“ haben, die Methode der chinesischen Aufständischen als „feige, barbarisch und grausam“ bezeichneten; „aber was kümmert das die Chinesen, wenn sie ihnen nur Erfolg bringt. Da die Briten sie als Barbaren behandeln, dürfen sie ihnen auch nicht das Recht absprechen, alle Vorteile ihres Barbarentums auszunutzen.“ Die Verfechter des Kolonialismus sollten nicht vergessen, daß, nach ihrem eigenen Zeugnis, „die Chinesen sich mit den gewöhnlichen Mitteln ihrer Kriegsführung gegen europäische Zerstörungsmittel nicht behaupten können. ... anstatt über die schrecklichen Grausamkeiten der Chinesen zu moralisieren, wie es die ritterliche englische Presse tut, täten wir besser daran, anzuerkennen, daß es sich hier um einen Krieg pro aris et focis (für Haus und Herd) handelt, um einen Volkskrieg zur Erhaltung der chinesischen Nation. ... Und in einem Volkskrieg können die Mittel, die von der aufständischen Nation angewandt werden, weder nach den allgemein anerkannten Regeln der regulären Kriegsführung gewertet werden, noch nach irgendeinem anderen abstrakten Maßstab ...“ (MEW 12/213 f.)

Der Taiping-Aufstand konnte niederge-

schlagen werden, aber Engels sah voraus, daß „die Todesstunde des alten China“ bald schlagen würde. Er sollte mit seiner Prognose recht behalten, trotz ausländischer Militärintervention mit technisch überlegener Waffenausstattung. „... und in nicht allzu ferner Zeit werden wir Zeugen vom Todeskampf des ältesten Kaiserreiches der Welt und vom Anbruch einer neuen Ära für ganz Asien sein.“ (MEW 12/215)



Engels untersuchte auch die Befreiungskämpfe der Mauren gegen die Spanier in Marokko sowie der Araber gegen die Franzosen in Algerien. Die einen wie die anderen brachten den Kolonialtruppen, darunter der zu dieser Zeit gegründeten Fremdenlegion, empfindliche Niederlagen bei, die vom militärischen Können der Reitervölker zeugten. Sie hatten – ohne Artillerie und moderne Waffen – die Guerillataktik bereits zu hoher Kunst und Wirksamkeit entwickelt. Unter dem legendären Abd el Kader wurden die einzelnen Kabylen- und Araberstämme vereinigt. Er führte einen 15jährigen Befreiungskrieg gegen Frankreichs Kolonialarmee (1832–1847), dessen Krönung die Gründung eines arabischen Staates im Westen Algeriens war.

Wenn auch die genannten nationalen Befreiungsbewegungen im 19. Jahrhundert besiegt wurden, erhielten sich jedoch Erinnerungen und Erfahrungen. Die Ursache dieser Bewegungen wirkten und wirken unter imperialistischen Bedingungen weiter; sie brachten sie mit größerer Intensität erneut hervor, wobei sich die nationale Befreiungsbewegung nun mit den proletarisch-revolutionären Kräften der Arbeiterklasse in den Metropolen verband. Lenin erweiterte die Erkenntnisse von Marx und Engels zur Theorie der nationalen und kolonialen Frage unter neuen Bedingungen.

Ulrich Huar

Leseempfehlung:

Friedrich Engels: Persien – China (MEW 12/210–215)

Friedrich Engels zum Krieg gegen die Mauren (MEW 13/548 – 559)

**Diese Zeitung wird durch
Spenden finanziert.**

An den Gräbern von Salvador Allende und Victor Jara

Unvergessen

Fast drei Jahrzehnte nach dem Pinochet-Putsch von 1973 gegen die Regierung Salvador Allendes ist die chilenische Nation in der Beurteilung der Verbrechen, die unter der Militärdiktatur an Tausenden politischen Gegnern verübt wurden, noch immer tief gespalten. Wenn auch gegen Pinochet selbst wenigstens „Hausarrest“ verfügt und einige der Hauptverantwortlichen für die damaligen Bluttaten in Haft genommen wurden, sogar mit einem Prozeß rechnen müssen – in welchem Maße tatsächlich gegen die „Schuldigen“ Gerichtsurteile ergehen werden, die die von ihnen begangenen Verbrechen angemessen ahnden und den überlebenden Opfern, den Angehörigen der Ermordeten und Verschwundenen Genugtuung verschaffen, bleibt abzuwarten.

Das moralische Urteil über das Pinochet-Regime ist längst gefällt und manifestiert sich nicht zuletzt im „Memorial“ – einer würdigen Gedenkstätte auf dem *Cementerío General*, dem zentralen Friedhof der Kapitale Santiago. Ganz in der Nähe des Haupteingangs gelegen – viele Besucher passieren es täglich auf dem Weg zu den Gräbern ihrer Toten – ist eine großflächige Wand aus grauweißem Marmor errichtet worden. Hier sind die Namen von mehr als 3000 Ermordeten und Verschwundenen in schwarzer Schrift verzeichnet. Auf einem freien Feld in der Mitte steht repräsentativ hervorgehoben der Name des Mannes, der mit seiner sozialen Vision Hoffnung verhielt für die Massen der Armen, Ausgebeuteten, Unterdrückten des Landes: S. ALLENDE GOSENS, *Presidente de la República*. In ganz großen Lettern stehen dort die Worte des Dichters Raul Zurita: „All meine Liebe ist hier und ist hier geblieben – sie haftet an den Felsen, den Bergen und dem Meer.“ Am Fuß der Platte befindet sich ein Graben, in dem große Findlinge die Orte symbolisieren, an denen Gemeuchelte in unwegsamem Gebirgen verscharrt wurden, und die felsige Küste des Ozeans, in den sie von Hubschraubern aus geworfen wurden. Hierauf beziehen sich auch die Worte des Dichters. Stufen führen in den Graben hinab und immer wieder erinnern zwischen den Felsbrocken niedergelegte Blumen zu Ehren der Opfer an das Gedenken der Besucher. Vor dem Graben sieht man ein gepflastertes Rondell mit vier aus Stein herausmodellierten Gesichtern von Opfern der Diktatur als stete Mahnung: Niemals vergessen!

Wissend um das, was geschehen ist und geschehen konnte unter den Augen der

Weltöffentlichkeit, verläßt man die Gedenkstätte tief beeindruckt. Mag es Pinochet und den anderen Henkern vielleicht auch gelingen, einer konsequenten juristischen Verfolgung ihrer Untaten letztlich zu entgehen – der heutige Präsident Lagos und dessen Regierung der „*Concertacion*“ suchen verzweifelt nach einem Ausweg, der einerseits den „Schein der Gerechtigkeit“ wahr und andererseits den beschuldigten Militärs nicht wirklich wehtut – mit der Errichtung dieses Mahnmals ist das Urteil der chilenischen Antifaschisten gesprochen und unauslöschlich in die Geschichte der Andenrepublik eingegangen!

Auf dem selben Friedhof befindet sich das repräsentative Grabmal Salvador Allendes. In einem Bereich des Friedhofs, in dem auch andere Präsidenten Chiles ihre letzte Ruhestätte gefunden haben, liegt die Gruft der – reichen – Familie Allende. Über ihr ein Sockel aus rotem Ziegelstein, von dem aus vier dreieckige Säulen aus weißem Marmor in die Höhe streben. Die moderne Gestaltung nimmt das Bedrückende, das monumentalen Bauwerken solcher Art früher oft eigen war. Wenn man zwischen den Säulen steht und in den Himmel schaut, hat man das Gefühl: Dieser Ort will nicht in erster Linie Vergangenheit betauern und an den erlittenen Verlust erinnern, er will Kraft für die Zukunft vermitteln: Nichts war umsonst!

Vom Geist dieses Trotz alledem! getragen erscheinen einem dann auch diese Worte Allendes aus seiner letzten Botschaft an das chilenische Volk, gesprochen im bereits attackierten Regierungssitz *Moneda*: „Werk tätige meines Vaterlandes: Ich habe Vertrauen zu Chile und seiner Sendung. Andere Männer siegen in dieser traurigen und trüben Stunde des Verrats – bleibt überzeugt, daß die große Straße, welche freie Menschen beschreiten, um eine bessere Gesellschaft zu errichten, sich erneut öffnen wird“. Seinen Tod bereits vor Augen, hat Allende mit diesen Worten, die in eine schwarze Marmorplatte gemeißelt sind, für Millionen Chilenen in einem düsteren Moment der Geschichte die Flamme der Hoffnung auf eine bessere, menschenwürdige Zukunft entzündet. Daß viele Besucher das auch so empfinden, bezeugen winzige Sympathie-, Liebes- und Treuebekundungen, die auf die Gitterstäbe der Gruft gekritzelt werden und die die Friedhofsverwaltung immer wieder entfernen läßt. Bei unserem Besuch waren nur zwei kurze Botschaften zu lesen: „Ich gedenke Deiner, Genosse Allende, heute und immer. Renato, 19. 1. 2001“ und „Für

ein freies Lateinamerika. Wir vermissen Sie, Herr Präsident. Tobias, Argentinien“.

Vom Grabmal Allendes führt uns der Weg über den unendlich weitläufigen Friedhof zu der ganz einfachen Beisetzungsstätte Victor Jaras, des Sängers der Revolution. Er befand sich unter den Tausenden Gefangenen im Zentralstadion von Santiago, das in den ersten Tagen des Pinochet-Putsches in ein Konzentrationslager verwandelt worden war, und gehörte zu den frühen Mordopfern. In Chile – wie in anderen katholischen Ländern auch – betten Familien, die kein Geld für eine teure Gruft haben, ihre Toten in gemauerte „Sargfächer“ mit bis zu sechs Etagen übereinander zur letzten Ruhe. So bietet sich dem Betrachter an diesen oft sehr langgestreckten „Totenwänden“ eine unübersehbare Vielzahl von Grabstätten dar. Um die Victor Jaras, der auch so beigesetzt ist, kenntlich zu machen, hat man einen Baum am Wegesrand entrinde und den blanken Stamm rot gefärbt. Unzählige kleine Inschriften von treuen Freunden des revolutionären Repräsentanten der Kulturnation Chile sind auf dem Holz zu lesen. Es steht zu hoffen, daß auch für Victor Jara eines Tages eine würdige Ruhe- und Gedenkstätte geschaffen wird. Nicht weit von seinem Grab ist Miguel Henríquez beigesetzt, der Führer der militanten Linksbewegung MIR, der 1974 im bewaffneten Kampf gefallen ist.

Ganz in der Nähe dieser Gräber bekannter Opfer des Terrors erstreckt sich ein weites, von hohem, trockenem Gras überwachsenes Areal mit kleinen, oft kaum noch erkennbaren Kreuzen. Ab und zu sieht man in der Sonnenhitze verdorrten Blumenschmuck. Es ist die letzte Ruhestätte einer Vielzahl schlichter Menschen, die dem oft wahllosen Morden der Pinochet-Banden ausgeliefert waren. Auch hier möchte man auf eine angemessene Gestaltung des Gräberfeldes hoffen.

Tief bewegt verläßt der Besucher den Friedhof, auf dem so viele Opfer einer blutigen Konterrevolution ruhen. In diesen Monaten sind 130 Jahre vergangen seit der Pariser Commune und der schrecklichen Metzelei, mit der sie am Ende erstickt wurde. Chile 1973 lehrt einmal mehr, daß eine wirkliche Revolution weit weniger Blut vergießt als der gewaltsame konterrevolutionäre Gegenschlag nach einem halbherzig, nicht mit letzter Konsequenz durchgeführten Versuch gesellschaftlicher Umgestaltung.

Rolf Vellay, z. Z. Valparaiso

Ein Antikommunist an der Spitze der Sowjetunion (1)

Gorbatschow – das Idol

Es ist still geworden um ihn. Seine Frau, einst „First Lady“ der Sowjetunion, ist verstorben und nach den Riten der Russisch-Orthodoxen Kirche beigesetzt worden. Doch man sollte ihn nicht bemitleiden. Es geht ihm nicht schlecht, sondern viel besser als den meisten seiner Landsleute. Ein Wiedereinstieg in die große Politik ist dem einstigen Idol versperrt geblieben. Bei Präsidentschaftswahlen kam der „große Visionär“ noch nicht einmal auf 1 Prozent. So beschränkt sich seine gesellschaftliche Rolle auf den Vorsitz einer sozialdemokratischen Kleinstpartei und hochdotierte, aber substanzlose Vorträge im Ausland. Von Zeit zu Zeit äußert er sich im Fernsehen, was daheim zumeist mit Gelächter und Hohn quittiert wird. Denn zu Hause gilt er (nicht Jelzin) als der Zerstörer der Sowjetunion. Die meisten halten ihn für einen Schwätzer. Rußlands neue Bourgeoisie empfindet keine Achtung für den „genialen Reformier“. Auch im Westen ist das Interesse an ihm fast erloschen. Man feiert eben den Verrat, nicht den Verräter. Gorbatschow hat durch seine Politik die Millionäre reicher und die Millionen arm gemacht, somit seine Rolle gespielt und dadurch als Politiker ausgespielt.

Man sollte meinen, daß nach einem Jahrzehnt europäischer Konterrevolution Linke und andere frühere DDR-Bürger über „Gorbi“ desillusioniert wären. Stimmt das? Gregor Gysi schrieb noch 1995 über ihn: „Gorbatschow hat ... die gesellschaftliche Blockade in der Sowjetunion zerbrochen, die zu einer Gefahr für die moderne Zivilisationsentwicklung geworden war ... Die Sowjetunion und die DDR wären auf jeden Fall zusammengebrochen ... Er aber hat das notwendige Ende auf friedliche Weise ermöglicht. Das ist eine historische Leistung, die geschichtlich Bestand haben wird ...“ (G. Gysi. Das war's noch lange nicht. Düsseldorf 1995, S. 132 f.) Mit dieser Wertung befindet sich der „sozialistische“ Politiker in voller Übereinstimmung mit der bürgerlichen Historiographie.

Gysi steht mit seiner Meinung keinesfalls allein da. Sicher würden es nicht wenige anders formulieren, vor allem, was die UdSSR betrifft, doch die Aussage bliebe ähnlich. Viele verurteilen Gorbatschow nicht, die meisten bedauern ihn: Gorbi habe zwar das Gute gewollt, aber zu spät damit begonnen und Pech gehabt; die Ereignisse hätten ihn überrollt; er selbst sei ein Mensch mit Charisma und Visionen gewesen, wird erzählt. Der am nächsten liegende Schluß, er sei als Politiker und Staatsmann an seiner Unfähigkeit gescheitert, wird kaum gezogen. Bis heute weicht man einer tieferen Analyse des „Umbaus“, der schließlich zum Abbau führte, meist aus. Eine von mir sehr geachtete Historikerkollegin – Professorin und PDS-Mitglied –, der ich als Wissenschaftler einiges zu verdanken habe, sagte mir unlängst, zu einer Gorbatschow-Einschätzung sei es noch zu früh.

In der Tat bleiben politische Analysen vorerst – von wenigen Ausnahmen abgesehen – Stückwerk, auch wenn sie bereits treffsichere und beständige Urteile enthalten, die später vertieft werden können.

Natürlich kommt es auch hier auf den Klassenstandpunkt des Betrachters, seine Methoden und die Quellenlage an. Bewertet man den bereits überschaubaren Schaden, den dieser Mann angerichtet hat, scheint eine marxistisch-leninistische Analyse der Prozesse und Personen dringend geboten. Das nicht nur, um die siegreiche Konterrevolution auszuwerten, sondern auch, um politische Gestalten und Erscheinungen wie Gorbatschow für die Zukunft auszuschließen. Sicher ist er in den Auswirkungen seines Handelns absolut einmalig, doch die kleinen Gorbis vergiften weiterhin die linkssozialistische Bewegung: junge, dynamische, umgängliche und elegant gekleidete Modegestalten, brillante und schlagfertige Redner, die sich als „Erneuerer“ und „Reformer“ ins Bild drängen.

Der Hauptgrund undifferenzierter Gorbatschowverehrung ist der fast beispiellose Personenkult und die damit verbundene politische Verstrickung nicht weniger Genossen auch in der DDR. Dazu konnte es kommen, weil sich die SED-Führung – trotz Honeckers Widerstand gegen Gorbatschows Kurs – vom Westen nicht zu einer Polemik gegen die KPdSU provozieren lassen wollte (konnte). Informationen über die schlechende Konterrevolution in der SU waren daher trotz „Sputnik“ auch den meisten SED-Mitgliedern kaum zugänglich. Kommunisten mußten sich bei dem, was sie über die Ereignisse in der UdSSR zu hören bekamen, allein auf ihren Klasseninstinkt verlassen. So kam es, daß eine kampferfahrene Partei wie die SED in einem der kritischsten Momente der DDR-Geschichte im Grunde genommen ideologisch gelähmt war und nur defensiv – wie mit dem administrativen „Sputnik“-Verbot – handeln konnte. Das Ganze gipfelte schließlich im ruhmlosen Untergang von SED und DDR. Die „Schande“ von 1989 kann nur durch eine marxistisch-leninistisch exakte Analyse und Bewältigung der konterrevolutionären Abläufe und die Schaffung einer neuen großen kommunistischen Partei in Deutschland getilgt werden.

Der Personenkult um Gorbatschow wurde historisch einmalig aus dem Westen in die DDR hineingetragen und konnte daher durch Menschen unterschiedlichster Weltanschauungen angenommen werden. Da man von den konkreten und gefährlichen Vorgängen in der UdSSR kaum etwas wußte, war der Imperialismus imstande, seine Version ohne Gegensteuerung durch die Partei unserer Bevölkerung einzureden. Dem Sozialismus verbundene Menschen, die aufgrund der immer auffälligeren westlichen Gorbi-Manie berechnete Zweifel an dieser „sowjetischen“ Politik äußerten, wurden auf die „unverbrüchliche Freundschaft mit dem Land Lenins und seiner Partei“ verwiesen. Als ich

1988 auf einer SED-Mitgliederversammlung Sorgen um die Macht in der UdSSR andeutete, erklärten mir selbst erfahrene Genossen recht kategorisch, die Perestroika sei schließlich beschlossene Politik des ZK der KPdSU. Uns stehe da nicht das Recht der Kritik zu. Basta!

Von Gorbi waren sie alle begeistert: zu kurz gekommene und sich aufspielende „Bürgerrechtler“, geltungssüchtige kleinbürgerliche Intellektuelle, alle Spielarten der DDR-Gegner, umschwenkende Verräter, aber leider auch Millionen ehrliche Menschen, denen die DDR am Herzen lag. Kommunisten unter den SED-Mitgliedern besaßen zu jener Zeit schlechte Karten. Nicht wenige von ihnen wurden beschimpft, beleidigt und politisch in die Ecke gestellt – und das in einem Lande, wo die Staatssicherheit angeblich hinter jeder Ecke lauerte. Viele von denen, die damals Kommunisten als „stalinistische Betonköpfe“ und „Bremser“ bezeichneten, sind später offen zum Klassenfeind übergelaufen. Andere wiederum kamen in BRD-Deutschland an und machten ihren Frieden mit dem Gegner. Die meisten linken Gorbatschow-Bewunderer von einst sind heute desorientiert und verwirrt. Würdensie nur, was ihr früheres Idol bei seinem letzten Fernsehauftritt als sowjetischer Präsident am 25. Dezember 1991 zynisch von sich gegeben hat!

Das Land, das den Bauernsohn Gorbatschow zu einem der mächtigsten Männer der Welt aufsteigen ließ, sei „zum Frondienst an der Ideologie verurteilt“ gewesen, sagte er. Aber nun habe es „die Freiheit erhalten, sich politisch und geistig aus der Knechtschaft befreit ... Es ist eine Arbeit von historischer Bedeutung vollbracht worden. Das totalitäre Regime, das unserem Land über lange Zeit die Möglichkeit geraubt hat, aufzublühen und zu gedeihen, ist vernichtet worden.“ So verhöhrte Gorbatschow die epochenmachenden Anstrengungen von Millionen und Abermillionen Sowjetbürgern, einschließlich der Opfer des Kampfes gegen Faschismus und Krieg, begrüßte er in bürgerlich-konterrevolutionärem Jargon den Untergang seines sozialistischen Vaterlandes. Schließlich hieß es in dieser Laudatio auf den Kapitalismus: „Die wirtschaftliche Freiheit der Produzenten wurde durch Gesetz gesichert, Unternehmertum, Aktiengesellschaften und Privatisierung gewinnen an Stärke. Bei der Umstellung auf die Marktwirtschaft dürfen wir nicht vergessen, daß das alles zum Wohl des Menschen geschieht.“

Welchen Charakter muß dieser Ehr- und Würdelose besitzen, der innerhalb von nur 6 Jahren diametral entgegengesetzte politische Erklärungen in prinzipiell gleichen Funktionen abgegeben hat! Was für ein Staatsmann, einst Führer des Weltsozialismus, nun Apologet des Kapitalismus! Was für ein Politiker, der mit seinem Kurs eine Weltmacht zu einem Entwicklungsland degradierte! War das Idol ein Scharlatan, ein Versager oder ein Verräter? Wir kommen auf diese Frage noch zurück.

Bernhard Majorow

Wie der NATO-Überfall den Marionetten zur Macht verhalf

Der scheue Kostunica und der schöne Djindjic

Vor der Präsidentenwahl im vergangenen Jahr sah der Westen schon vor der Stimm- auszählung „Kostunica vorn“, und um Probleme in einer Stichwahl zu vermeiden, wurde die Demokratie von einem Mob gekaufter Schläger, Lumpen und Faschisten, angeführt von z. T. in jugoslawische Milizuniformen gesteckten Spezialagenten westlicher Dienste, dadurch befördert, daß man das Parlament in Brand steckte, die Wahlunterlagen vernichtete und die Zählcomputer zerstörte. Der scheue und seriös wirkende Prof. Kostunica war der vorgeschobene „Frontmann“, auf den die NATO den als „Opposition“ bezeichneten Haufen miteinander in Fehde liegender Karrieristen und Landesverräter vorübergehend „einigen“ konnte. Während der neue Präsident mit nationalistischen Phrasen, satten EU-Geldern und dem Versprechen, bald „blühende Landschaften“ hinzustellen, das unter Kriegszerstörungen und jahrelangem Embargo leidende Volk täuschte, konnten die Tore zur konterrevolutionären Zerschlagung sozialistischer Reste und zur Brechung des antiimperialistischen Widerstandes aufgestoßen werden.

Nun aber war die „Stunde der Bewährung“ für den bis dahin aus guten Gründen im Schatten Kostunicas gebliebenen Zoran Djindjic gekommen. Unterstützt aus Berlin und Brüssel forderte dieser politische Achtgroschenjunge nicht weniger als das Amt des serbischen Ministerpräsidenten. Gleichzeitig begannen guttrainierte und von erfahrenen Kräften geführte Terrortruppen der Rechten im ganzen Land einen Einschüchterungs- und Unterdrückungsfeldzug gegen Milosevics Sozialistische Partei Serbiens (SPS), die Kommunisten und andere fortschrittliche Kräfte. Einer der Anführer dieser sich „Krisenkomitees“ nennenden Schlägergarden gab in einer Belgrader Zeitung offen zu, daß vor allem die Operation gegen die bisher von der SPS kontrollierten Medien lange und sorgfältig geplant war. Mit Gewalt oder deren Androhung wurden linke Journalisten und Direktoren von Fernsehen, Radio, Zeitungen und Agenturen fortgejagt. Beim Sender RTS in Belgrad waren die Verwüstungen durch das „Krisenkomitee“ kaum von jenen durch die NATO-Bomben im Frühjahr 1999 zu unterscheiden. Ganz ähnlich ging man in Fabriken, Versorgungsunternehmen und Verwaltungen vor. „Unliebsame Elemente“ wurden angegriffen und aus Leitungspositionen entfernt. Gewerkschaftsfunktionäre und Betriebsräte erklärte man für abgesetzt. Beschäftigte wurden unter Androhung der Entlassung dazu gezwungen, der neuen „Gewerkschaft“ des antikommunistischen Brüsseler EBG beizutreten.

Widerstand der Arbeiter gab es kaum.

Gegen ihre politische Führung – die SPS und die Vereinigte Linke (JUL), der auch die Kommunisten angehören – richtete sich der Hauptschlag. Parteihäuser und -büros wurden gestürmt und angezündet, Computer, Akten, Dokumente vernichtet oder gestohlen, Genossen mißhandelt. Unter diesem Druck wich die SPS zurück, zusätzlich geschwächt durch Kapitulanten und Überläufer aus den eigenen Reihen. Die auch hierzulande gutbekannten Wendehälse aller Ebenen.

Nach über zwei Monaten des „weißen Feldzugs“ war der Boden bereitet, um den hollywoodgerechten Herrn Djindjic von einer Zweidrittelmehrheit des Parlaments wählen zu lassen. Nun erst konnte es zur Bildung einer von ihm geführten Regierung kommen.

So aber hatten sich das viele, die den als NATO-Kritiker verkleideten Kostunica wählten, nun doch nicht vorgestellt. Djindjic, Jahrgang 52, ist den Jugoslawen als Bejubler des imperialistischen Überfalls noch gut im Gedächtnis. Einst Vorsitzender des Kommunistischen Studentenverbandes einer großen jugoslawischen Hochschule – diese Etappe seines Lebens deutete er selbst als gefährlichen „Oppositionsdienst“ –, ging er Mitte der 70er Jahre mit einem Sonderstipendium zu postgradualen Studien in die BRD. An den Universitäten Frankfurt/Main und Konstanz erwarb er philosophische Kenntnisse, trieb sich in pseudomarxistischen Kreisen herum, schrieb eine Dissertation, lernte fließend deutsch und schuf so das Fundament für seine Arbeit im Dienst des BRD-Imperialismus – ob direkt für den BND oder das mit ihm verflochtene Auswärtige Amt, mag dahingestellt bleiben. 1979 kehrte er pünktlich zu den für Titos Tod erwarteten Unruhen nach Belgrad zurück und begann, sich politisch zu betätigen. Seine Positionen waren durchschimmernd opportunistisch, teils – vor allem in Bezug auf Bosnien und Kosovo – aber auch ultranationalistisch. Seine Karriere in verschiedenen Parteien und Wahlbündnissen blieb indes ziemlich erfolglos, bis den NATO-Aggressoren schließlich der Sturz des ihnen und Djindjic „verhaßten Milosevic-Regimes“ gelang: Ihr unterwürfiger Gehilfe, der sich nebenbei als Kommentator des BRD-Fernsehens andiente, war nun der Favorit für den Posten des serbischen Regierungschefs. Die aus Washington, Brüssel und Berlin finanzierten DOS-Parteien segneten diese Entscheidung natürlich ab.

Ignorant gegenüber den wirklichen Problemen des Landes – der Fortsetzung des Wiederaufbaus, der Sicherung der Energieversorgung und der Produktion – erfüllt dieses Marionettenregime nur die Forderungen seiner ausländischen Schöpfer und

Hintermänner: totale Öffnung Serbiens für den Imperialismus sowie Auslieferung von Slobodan Milosevic und anderen Patrioten an die Rachejustiz der internationalen Menschenrechtsheuchler, vor deren Tribunale im Zusammenhang mit Jugoslawien ganz andere Leute gehörten. Eilig hat man es auch – wie aus der Abrechnung mit der DDR bekannt –, die antifaschistische Namen von Straßen, Schulen und Institutionen zu tilgen. Der Reaktion geht es um die Schleifung von Denkmälern des Volksbefreiungskrieges und der Zeit nach 1945. Ein solches „Programm“ aber schafft – bis in die brüchige 18-Parteien-Koalition hinein – Widersprüche, die keineswegs „demokratisch“ gelöst werden können. Die bevorstehende Vernichtung von 200 000 Industriearbeitsplätzen wird das Land nicht ruhiger machen. Ein gerichtliches Vorgehen gegen Milosevic aber könnte zu einer offenen Konfrontation mit jenem Teil des Volkes führen, der nicht bereit ist, Freiheit und Unabhängigkeit weiterhin kampflös der NATO abzutreten. Die großen Demonstrationen Tausender Belgrader gegen die provokante Visite des Kriegsverbrechers Solana Mitte Februar zeigten, daß nichts vergeben und vergessen ist. Für Djindjic, Kostunica und deren Chefs scheint das Kräfteverhältnis – trotz des für sie günstigen Wahlausgangs – bisher unkalkulierbar. Setzen sie auf ideale und materielle Korruption, auf eine Bearbeitung der Massen durch ihre nun fast uneingeschränkte Medienmacht? Oder sind sie nur noch nicht hinreichend vorbereitet und organisiert, um mit einem Schlag gegen Slobodan Milosevic und dessen Mitstreiter eine Situation zu schaffen, die ihnen den Weg zur Ausschaltung der gesamten Linken öffnen soll?

Zwei Jahre nach Beginn der NATO-Aggression, die am 24. März 1999 von der imperialistischen Luftwaffe eingeleitet wurde, bleiben in Serbien noch manche Fragen offen.

Werner Hoppe

Veranstaltungen des Marx-Engels-Clubs der Berliner DKP

4. April 2001, 19.00 Uhr: Am Geburtstag Thälmanns geht es um die Aktion „Das Ernst-Thälmann-Denkmal soll wieder glänzen“

18. April 2001, 19.00 Uhr: „55 Jahre nach der Vereinigung von KPD und SPD“ – Diskussionsrunde mit Vertretern der AG „DDR“ bei der Geschichtskommission der DKP
Beide Veranstaltungen finden im Haus Franz-Mehring-Platz 1 statt.

Welchen Kurs steuert Japans KP-Führung?

Fuwa im Interview

Am 23. Februar hat die UZ – auf der Titelseite unter der Überschrift „Was wollen Japans Kommunisten?“ angekündigt – ein ganzseitiges Interview mit dem Vorsitzenden des Zentralkomitees der Japanischen Kommunistischen Partei – veröffentlicht. Das ausführliche Material gibt dem Leser wichtige Aufschlüsse zu einigen Aspekten der Ideologie und Politik dieser bedeutenden KP Asiens, die 380 000 Mitglieder in 26 000 Grundorganisationen zählt, bei Wahlen zwischen 11 und 15 % der Stimmen erhält und eine Tageszeitung herausgibt, die in 350 000 Exemplaren (am Sonntag sogar 1,97 Millionen) gedruckt wird. Es handelt sich dabei um eine straff organisierte, militante und schlagkräftige Organisation, die Gäste aus Westeuropa, wo es wenig Vergleichbares gibt, sieht man von der KKE, der PCP und einigen anderen Parteien ab, zunächst verblüffen muß. So nimmt es nicht Wunder, daß auch Vertreter der DKP, die an einem japanischen Parteitag teilnehmen, durch das äußere Bild sehr beeindruckt werden, zumal sie zu Hause – ebenfalls in einem der höchstentwickelten kapitalistischen Staaten mit über 80 Millionen Landesbürgern – derzeit nur über eine sehr kleine Partei ohne Masseneinfluß verfügen.

Dennoch darf man sich nicht täuschen lassen. Führende Funktionäre der Japanischen KP verfolgen einen Kurs, der in Europa als reformistisch bezeichnet würde. Der vor kurzem abgehaltene 22. Parteitag der JKP bedeutete einen unverkennbaren Ruck nach rechts im Sinne der berühmten „Öffnung in die Gesellschaft“ und mit dem Blick auf Regierungsfähigkeit; beides kennen wir bereits hinlänglich aus PDS-Führungsetagen. Propagiert werden Reformen innerhalb des kapitalistischen Systems. Die JKP hat ideologische Eckpfeiler wie Marxismus-Leninismus und Avantgardepartei abgeräumt, um – wie es bei Fuwa heißt – in einer Sprache zu formulieren, „die die Menschen ohne Vorkenntnisse über den Charakter und die Politik der JKP verstehen können“.

Als Kern der Neuorientierung der JKP gilt eine „flexiblere“ Definition des Verhältnisses zu den sogenannten Selbstverteidigungsstreitkräften. Mit anderen Worten: zur imperialistischen japanischen Armee. Hatte sich die JKP in dieser Frage stets sauber distanziert, so führt das Schielen auf künftige Koalitionen unter möglichem Einschluß der Partei jetzt zu einer neuen Optik. In seinem Interview mit der UZ wiederholte Tetsuzo Fuwa den Beschluß des 22. Parteitags, in dem es heißt: „Falls eine Situation entstehen würde, in der Aktivitäten der Selbstverteidigungsstreitkräfte zum Schutz der Sicherheit der Bevölkerung notwendig sein sollten“, sei es denkbar, daß sie dafür „gebraucht“ werden könnten. Fuwa nennt dieses weltweit registrierte Einknicken in einer

Schlüsselfrage „ein neues Herangehen an die Problematik“, das die Presse „aufmerksam bewertet“ habe.

Den Gipfel des Fuwa-Interviews mit der UZ bildet zweifellos die Bekräftigung der langjährigen antisowjetischen und antichinesischen Politik der JKP, die ihr einst die Bezeichnung „Eurokommunisten Asiens“ eingebracht hatte. Wörtlich heißt es bei Fuwa: „Außerdem bewahrte die JKP nach dem 2. Weltkrieg, als die Führungskräfte der Sowjetunion und die Maoisten der Volksrepublik China willkürliche Einmischungsmanöver in großem Stil starteten, um ihre eigennützige Politik der JKP und der demokratischen Bewegung Japans aufzuzwingen, konsequent ihre selbständige, unabhängige Haltung und schlug jegliche Angriffe der Intervention zurück. Das ist eine gut bekannte historische Tatsache. Es gibt keine andere Partei, die eine solche Selbständigkeit gegenüber fremder Einmischung bewiesen hat.“

In der Tat ist das die seit Jahren von Fuwa und der japanischen Parteiführung vertretene Position. Aus ihrer Perspektive liegt also keinerlei Geschichtsrevisionismus vor, sondern lediglich die Bekräftigung eines jahrzehntelang verfolgten nationalistischen Kurses. Er baute sich vor allem auf antisowjetischen Ressentiments auf. Was die UZ-Redaktion betrifft, so verhält sich die Sache anders. Warum druckt sie eine solche Äußerung, die in krassem Widerspruch zu den Beschlüssen unserer Partei steht?

Was ist über Fuwas gedankliches Gebäude sonst noch bekannt? Am 30. Juni 1998 resümierte das Selbstverständigungsorgan der deutschen Bourgeoisie – die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ – ein Gespräch mit Fuwa folgendermaßen: „Mit Angriffen auf das ‚Großkapital‘ und Forderungen nach einer ‚sozial gerechteren Politik‘ verbindet der Kommunistenchef Japans aber sogleich den Hinweis, daß seine Partei nicht auf Enteignung oder Volkseigentum poche. ‚Wir sagen schon seit mehr als 30 Jahren, daß wir nicht an eine sozialistische Reform glauben, sondern an eine demokratische Reform im Rahmen des Kapitalismus‘.“

1989, als Fuwa Vorsitzender des Präsidiums des ZK wurde, erfuhr der „Erneuerungsprozeß“ einen starken Impuls. „Er wandelte (die JKP – d. R.) schrittweise in eine Partei mit sozialdemokratischen Zügen um“, schrieb „die tageszeitung“ – ein antikomunistisches Berliner Blatt – am 17. Juli 1998 unter der Überschrift „Der kluge Parteireformer“. Im Mai 1998 hatte Tadatoshi Tashiro als Vertreter der JKP auf einem vom Umfeld der FKP organisierten internationalen Kongreß in Paris erklärt: „Die JKP begrüßte freudig die Auflösung der KPdSU als einer Partei kolossalen historischen Übels.“ So stand es auch in einer Erklärung des Präsidiums des

ZK der JKP vom September 1991.

In einer Gesprächsrunde mit dem Parteivorstand, über die in „Akahata“ berichtet wurde, äußerte Fuwa (zitiert nach Hans Modrow/Manfred Sohn: „Vor dem großen Sprung? Überblick über die Politik der Japanischen Kommunistischen Partei“, GNN-Verlag 2000, S. 125 ff.) folgendes: „Der 13. Außerordentliche Kongreß der JKP im Jahre 1976 entschied sich, den Gebrauch der Bezeichnung ‚Marxismus-Leninismus‘ zu beenden. Er führte aus, daß die JKP eine Position zurückweist, die absoluten Glauben in irgendeine Person setzt, egal, welches diese Person ist ... Während das Programm der JKP darlegte, daß die Sicherung einer stabilen Mehrheit im japanischen Parlament eine wichtige Bedingung für den Sieg unserer Revolution darstellen würde, wendet sich Lenins ‚Staat und Revolution‘ eindeutig gegen den Kurs der Sicherung der Mehrheit im Parlament und dagegen, sie zur Ausgangsbasis einer Revolution zu machen.“

In einem Bericht des ND vom 28. 11. 2000 heißt es über den jüngsten Parteitag der JKP und dessen Regierungsvision: „Eine solche Regierung, für die manche Voraussetzung sicher noch reifen muß, soll Japan auf den Weg tiefgreifender Reformen führen, ohne das politische und wirtschaftliche System grundlegend infrage zu stellen. Langfristiges Ziel der KPJ bleibt der Sozialismus als emanzipatorische Gesellschaft, die die profitbestimmte Ordnung überwindet, deren wertvolle Errungenschaften aber bewahrt.“ Anders ausgedrückt: Es geht um die uns nicht unbekannt Formel von der „Bewahrung des Besten aus beiden Systemen“.

„Was wollen Japans Kommunisten?“ fragte die UZ auf ihrer Titelseite. Uns scheint, daß es weiterer Antworten darauf kaum bedarf. Unsere zentrale Zeitung hat am 1. 12. 2000 unter der Überschrift „Neue Chancen nutzen!“ davon berichtet, in der großbürgerlichen und liberalen Presse der BRD sei der 22. Parteitag als „überfälliges Abgehen“ vom kommunistischen Charakter der JKP gewertet worden. Demgegenüber nahm der Vertreter der DKP auf diesem Kongreß den dort offenkundigen Rechtsruck „viel eher als eine politische Antwort auf neue Herausforderungen“ wahr. Die Konzeptionen der japanischen Kommunisten seien „anregend“ – auch für die weitere Erarbeitung programmatischer und politischer Positionen der DKP. Man sollte unsere marxistische Kritik an solcher Sicht nicht als „Herabsetzung“ führender Funktionäre, sondern als kameradschaftlichen Rat und Ausdruck der Sorge auch um unseren eigenen Kurs betrachten. Ein Verhalten, das vom Statut eingefordert wird.

S. R.

Die Mir – das erste Opfer der Sternenkriege

Mit Schmerz und Wut

Seit Monaten wird in der russischen Öffentlichkeit der Beschluß zur Vernichtung der Orbitalstation Mir kritisiert. Es ist weniger ein ökonomisches Problem, mehr eine Frage der nationalen Sicherheit. Also: Es liegt in der Kompetenz des Präsidenten. Wie immer in ernstesten Fällen, vermittelt Herr Putin den Eindruck, daß ihn die Sache überhaupt nichts angeht. Aus dem Kreml verlautete lediglich: „Es ist bereits beschlossen!“

Argumente gibt es nicht. Im Sicherheitsrat der Russischen Föderation wurde Ende Januar über den Kosmos beraten, zur Mir schwieg man sich aus. Dieses Objekt ist immerhin ein Äquivalent zu 200 Tonnen Gold. Zu „totalitären“ Zeiten wurden so schwerwiegende Beschlüsse erst nach vielen harten Diskussionen unter Einbeziehung bedeutender Wissenschaftler gefaßt; heute, unter Bedingungen einer „vollkommenen Demokratie“, wird dieses strategisch wichtige Programm von einigen Beamten wie eine lästige Stechmücke totgeklatscht.

Daß der Präsident nicht informiert sei, stimmt nicht. Viele Schreiben von namhaften Gelehrten, einschließlich Nobelpreisträgern, gegen diese Vernichtung wurden an ihn gerichtet, auch veröffentlicht. Es ist also ein bewußter politischer Beschluß zur Liquidierung der russischen bemannten Kosmonautik. Und das zu einer Zeit, in der die USA ihr Programm der Sternenkriege forcieren. Er betrifft nicht nur die Orbitalstation, sondern primär die Stellung Rußlands in der heutigen Welt. Bleibt das Land in dem schändlichen Stand eines bloßen Rohstofflieferanten für den Westen oder behauptet es seinen Platz auf dem Weltmarkt von Hightech, der Produktion des 21. Jahrhunderts?

Die Orbitalstation ist keine Symbolik. Sie ist eine Lok, die eine kolossale Menge fundamentaler und anwendbarer Forschungen, Massen von wissenschaftsintensiven Technologien bewegt. Die Kosmonautik, als Ziel der ganzen Sowjetunion, gestattete dem Land in den 50er Jahren, einen mächtigen Fortschritt in Wissenschaft und Technik zu erringen. Die UdSSR war dabei, sich mit großer Mühe von dem schlimmsten Krieg aller Zeiten zu erholen. Es gab bestimmt keine überflüssigen Mittel. Und trotzdem wurde im April 1961 der erste Kosmonaut der Weltgeschichte auf eine Erdumlaufbahn geschickt. Das war kein „Imponierprogramm“! Noch heute, nach 10 Jahren einer bewußten Zerstörung der Volkswirtschaft, gestattet es Rußland, eine strategische Parität mit den USA aufrechtzuerhalten.

Übrigens reichte erstaunlicherweise in der „uneffektiven“ sowjetischen Wirtschaft das Geld für alles, für Raketen wie für Butter ... Jetzt, in der „supereffektiven Marktwirtschaft“, hat Rußland erstaunlicherweise überhaupt kein Geld mehr, für nichts ... Die bemannte Kosmonautik soll als nationa-

les Ziel verschwinden. Dann sind wissenschaftliche Institutionen und Großbetriebe zu schließen, die besten Gehirne und Arbeitskräfte landen auf der Straße. Einen weiteren schrecklichen Schlag erwartet das Bildungssystem. Auch die USA haben zugeben müssen: Der Flug Gagarins war ein Triumph der sowjetischen Schule.

Vor 1917 war Rußland in der Masse alphabetisch, bäuerlich; unser sowjetisches System brachte die UdSSR in die vordersten Reihen von Wissenschaft und Technik. Es ging um das Überleben des Landes, um die Schaffung einer Technik zur Zerschlagung der mächtigsten Kriegsmacht der Welt. Die Bewegungsrichtung Rußlands ist heute umgekehrt – Entindustrialisierung und Entintellektualisierung. Als Meilenstein auf diesem Weg erweist sich die Vernichtung der Mir. Lehrstühle und komplette Hochschulen werden überflüssig. Auch Mathematikunterricht in den Schulen. Vor kurzem hat der Präsident der Russischen Föderation Sieger im Internationalen Matheschülerwettbewerb ausgezeichnet. Wozu aber braucht Rußland noch Mathematik? Nur noch, um in Banken Gewinne der Oligarchen zu erfassen? Der Lehrer des Wettbewerbssiegers sagte nach dem Präsidentenempfang, er sehe für seinen Schüler keine Zukunft. Allerdings, fügte er hinzu, könne man über Internet Stellen an amerikanischen Universitäten finden. Richtig. Für ihren nationalen Antiraketenschirm brauchen die USA dringend hochqualifizierte Mathematiker.

Schon heute arbeiten Hunderte russischer Wissenschaftler und Fachleute für die USA-Kriegsprogramme. Vor zwei Jahren wurde in Alaska ein Versuch zur Ortung von Sprengköpfen ballistischer Raketen beim Durchdringen der Erdatmosphäre durchgeführt. Abzufangen waren russische Raketen. Das Experiment war russisch-amerikanisch, unter Teilnahme von Akademieinstituten der RF. Praktisch halfen russische Wissenschaftler den Vereinigten Staaten beim Aufbau eines Schutzschildes gegen ihre russischen Raketen. Phantastisch!

Warum beteiligen sich unsere Kapazitäten an der Schaffung des Schildes für die USA? Sind es offene Verräter? Das nicht. Die Mitwirkung erfolgt vielmehr aus vollkommener Ausweglosigkeit für die Betroffenen! Diese Situation wurde bewußt geschaffen. Die Liquidierung des Mir-Programms verstärkt diese Ausweglosigkeit weiter. Weder den Präsidenten noch den Sicherheitsrat stört die Übergabe russischer Talente an die USA. Sie läuft nicht unter der Rubrik „Sicherheit des Staates“, sondern unter dem Motto „allgemeinmenschliche Werte“.

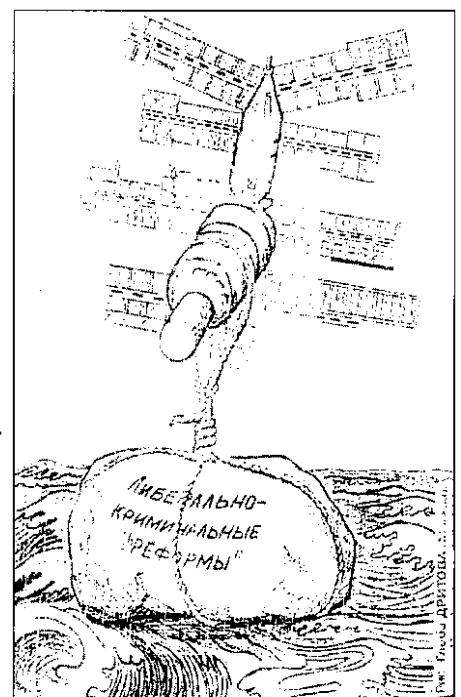
Nutzen von der Vernichtung der Mir haben vorrangig die USA. Die Station ist ein Hin-

dernis für die amerikanische Vorherrschaft im All. Die Attacken auf die Mir laufen schon seit mehreren Jahren.

Auch der Mythos vom fehlenden Geld stimmt nicht. Seriöse und kommerziell interessante Vorschläge (es ging dabei um einige Milliarden Dollar), die z. B. Indien unterbreitete, wurden von Jelzin unter dem Druck der US-Lobby abgelehnt. Vorschläge zur Nutzung der Mir für die Telekommunikation kamen von einem großen internationalen Konsortium. Auch für die russische Industrie hätten milliardenschwere Aufträge dabei abfallen können. Präsident Putin kennt das. Dessen ungeachtet ließ er die Vorbereitungen zur Vernichtung der Mir weiterführen ...

Der Schlußsatz dieses Artikels ist ein Zitat: „Präsident Putin liebt die Diskussion über die Wiederherstellung der Größe Rußlands. Es ist festzustellen, daß der Status einer Supermacht nicht von der Goldmenge im Kremlpalast abhängt, sondern wesentlich von einer eigenen kosmischen Orbitalstation mit einer Konzentration der enormen Errungenschaften von Wissenschaft und Technik bestimmt wird. Und noch ein Element der Großmacht: das Vorhandensein einer schöpferischen nationalen Zielstellung. So einer Zielstellung, wie sie die Kosmonautik für die Sowjetunion war. Dem entgegen bemühen sich die Führer des heutigen ‚demokratischen‘ Rußlands darum, alles zu zerstören, im Meer zu versenken, einzufrieren. Der zum Kriechen Geborene kann nicht fliegen!“ **Wjatscheslaw Tetekin** in „Sowjetskaja Rossija“, 20. 02. 2001

Übersetzung: **Dr. Peter Tichauer**



Liberal-kriminelle Reformen
aus „Sowjetskaja Rössija“

Goethe würde sich im Grabe umdrehen ...

Über coole Kids und Teens mit Peachskin

Die meisten im Ausland Geborenen, aber auch schreib- und leseunkundige Deutsche, deren Zahl ständig wächst, werden die Frage „Deutsche Sprache – schwere Sprache?“ sicher mit Ja beantworten. Andere konnten deutsch schon mit der Muttermilch einsaugen. Wie Chinesen chinesisch und kleine Araber arabisch. Deshalb heißt es wohl auch Muttersprache.

Ich bin inzwischen 74 Jahre alt. In meinem Leben kam ich mit der Sprache Luthers, Schillers und Goethes ganz gut zurecht. Goethe verfügte immerhin über einen Wortschatz von mehr als achthunderttausend lexikalischen Einheiten.

Deutsche Sprachgewalt in solchen Größenordnungen gehört unwiderruflich der Vergangenheit an und besitzt auch keine Zukunft. Doch wenn es Sprachwissenschaftlern hierzulande mit der Bewahrung des Kulturerbes verfloßener Epochen ernst ist, dann sollten sie sich schleunigst daran machen, einen möglichst großen Vorrat akustischer Konserven anzulegen. Das wird notwendig sein, um die Vielfalt der Ausdrucksweisen, Dialekte, Tonfälle und Mundarten für

spätere Linguisten aufzubewahren.

Warum denn solches? Weil „Neudeutsch“, das mit Goethes Sprache nur noch sehr entfernt verwandt ist, nicht nur eine schwindelerregende Kenntnis von Anglizismen und Amerikanismen voraussetzt, sondern auch auf dem Prinzip beruht: Gebrauche nie ein Wort, das von vornherein klar ist! Wie ich darauf komme? Lest bitte die folgende Nachricht aus dem „Schweriner Express“ vom 17. November 1999. Es geht dabei um Kinder- und Jugendkleidung.

„Cooles Understatement“ wie bei den Großen ist auch das modische Motto für Kids und Teens. Auf die Details kommt es an ... Girlies lieben es feminin figurbetont ... Casual Chic beweisen Marlene-Hosen, Hipsters, Cargos und Bootcuts. Wichtig im Modewinter ist der knöchellange Rock aus Jersey, Samt, Tüll oder Peachskin ... Eyecatcher sind Kapuzenshirts, Blusen und Tüll-Shirts. Sportlich mögen es die Boys im Winter ... Cargo-Hosen mit aufwendigen Taschenlösungen stehen ihren Mann. Fivepockets kommen mäßig weit und lieber in Cord als in Jeans ... Trendy sind die Girlies in Grau und Schwarz, Cargopant

und schmalem Rock mit Blumenprint, dazu Kapuzenshirt und -pulli Changeant-Strick.“

Offensichtlich benötige ich ein englisch-deutsches Wörterbuch, um meine hiesige Zeitung noch lesen zu können. Liegt die Sprachschranke allein an meiner Unbildung? Ich frage mich auch: Hatten wir zu DDR-Zeiten jemals eine „Russifizierung“ der deutschen Sprache? Das kann wohl niemand ernsthaft behaupten. Heutzutage aber üben die Diener der amerikanischen „Freiheitsbringer“ offensichtlich auch sprachlich die wörtliche Betäubung.

Doch vielleicht liege ich da falsch und diese Sprachverstümmler haben einfach nur begriffen: Je übertriebener das „neudeutsche“ Vokabular strapaziert wird, desto größer sind die Möglichkeiten, die Kunden mit Anglizismen-Schaum gewinnbringend einzuseifen. Würde nämlich Klartext gesprochen, ließen sich die meisten nicht so leicht über den Löffel balbieren.

Günter Buschow

Krankenhaus Moabit in akuter Gefahr!

Wie wir aus Gewerkschaftskreisen des Krankenhauses Moabit erfahren, sind die Löhne und Gehälter der 1 450 Beschäftigten für den nächsten Monat sowie die Arbeitsplätze insgesamt in unmittelbarer Gefahr. Da die Kassen ausstehende Zahlungen von fast 25 Mio DM nicht überweisen, droht dem traditionsreichen Haus, an dem einst berühmte Mediziner und so herausragende Antifaschisten wie der von den Nazis hingerichtete Arzt Dr. Georg Groscurth tätig waren, das finanzielle Aus.

Auf den neuerlichen Versuch, die in eine GmbH umgewandelte Gesundheitseinrichtung, von deren Schließung zwei konfessionelle Krankenhäuser profitieren möchten, endgültig zu liquidieren, reagieren die Mitarbeiter mit Protest- und Kampfkaktionen.

Der „RotFuchs“ versichert die oft ohne ihr Wissen und Zutun in den Klassenkampf hineingerissenen Ärzte, Schwestern, Pfleger, Angestellten und Arbeiter des Krankenhauses Moabit seiner Solidarität im Widerstand gegen die menschenfeindlichen Schließungspraktiken des Senats.



Am Rande bemerkt

□ „Die Voraussetzung zum Sieg der sozialistischen Bewegung ist nicht die Zahl der Fäuste, sondern die Zahl der klaren Köpfe, der starke Wille.“ **August Bebel**

□ Am 23. März 1906 (vor 95 Jahren) wurde in Dresden die Grafikerin und Zeichnerin **Lea Grundig** geboren. Sie trat zusammen mit ihrem Mann Hans Grundig 1926 in die KPD ein, war Mitgründerin der Dresdener ASSO, hatte seit 1933 Berufsverbot und war von 1939 bis 1949 im Exil in Palästina. Seit 1949 Professorin an der HdK Dresden, 1964–70 Präsidentin des Verbands bildender Künstler der DDR, seit 1967 Mitglied des ZK der SED.



Illustration aus L. Fürnberg, *El Shatt*

Mit ausdrucksstarken Anklagen gegen die Reaktion, der Darstellung des neuen Menschen und der künstlerischen Vertiefung des Geschichtsbewußtseins trug sie entscheidend zur Profilierung der DDR-Kunst bei. In ihrem bewegenden Lebensbericht „Gesichte und Geschichte“, Dietz-Verlag, Berlin 1960, der zugleich ein Erkenntnis- und Bekenntnisbuch ist, läßt sie den Leser teilhaben an ihrem Leben und am Leben all derer, mit denen sie verbunden war. Lea Grundig starb am 10. Oktober 1977.

□ „Im Leben Lenins verbindet sich Treue zu einem ungeheuren Werke notwendigerweise mit Unerbittlichkeit gegen alle, die es stören wollten. Um der Treue willen muß ich die Unerbittlichkeit gelten lassen. Dies ward mir leichter, seitdem ich gesehen habe, daß er fähig war, sein Werk umzugestalten nach den jeweiligen Bedürfnissen lebender Menschen. Er liebte also die Men-

schen wie das Werk und handelte daher groß. ...

Auch in Deutschland kennen wir Ent-eignung, samt Massenhungern und dem Sterben ganzer Klassen. Dazu kommt aber noch die Entsittlichung der Geister, die keine die Zukunft erbauende Idee vor sich und ihrem Leiden sehen. Lenin, es sei in Rußland geschehen was immer, hat sein Volk jedenfalls glücklicher gemacht; und er selbst war glücklicher, als irgendein in Deutschland Schaffender es sein kann.

Auf den ersten Blick könnte es scheinen, als habe die proletarische Revolution Rußlands in Westeuropa nur verstärkten bürgerlichen Widerstand bewirkt. Sehen wir aber die eigenen Schutztruppen der Reichen an! Die Faschisten aller Länder sind weit zügelloser, als gehorsame Angestellte des Kapitals es sein dürften, ihre Empfindungswelt ist Aufruhr, nicht Frömmigkeit. Dies kommt unter anderem, wenn nicht hauptsächlich, vom Beispiel Rußlands. Es ist seelische Auswirkung der russischen Revolution, daß hier im Westen nichts mehr selbstverständlich und gesichert fortlebt, und daß es keine geduldigen Gemüter, auch auf der Seite der Verteidiger keine mehr gibt. Das Bürgertum selbst weiß sich gezeichnet von der russischen Revolution. Er hat eine mehr oder weniger lange Gnadenfrist, erhält sich, wenn es sich anpaßt, ist schon nicht mehr das gleiche wie vorher und wird es täglich weniger. Sein Ideal der ‚bürgerlichen Freiheit‘ ist längst aufgegeben. Sein Ideal von ‚Bildung‘ war einmal. Der Fehler hierzuland ist freilich, daß die bürgerliche Welt früher abstirbt, als ihre Nachfolgerin heranwächst.“

Dies schrieb **Heinrich Mann** (der vor 130 Jahren, am 27. 3. 1871, in Lübeck geboren wurde und am 12. 3. 1950 in Santa Monica [Kalifornien] starb) 1929 in seinen „Antworten an Rußland“. Nach dem 2. Weltkrieg stieß Mann vom bürgerlichen Antifaschismus zur Erkenntnis und Bejahung der historischen Rolle des Proletariats und des Sozialismus vor.

□ Vor 40 Jahren erlitten die USA eine ihrer peinlichsten Niederlagen – in Kuba. Wie kam es dazu?

Nachdem intensive ideologische, ökonomische und politische Versuche der USA gescheitert waren, die kubanische Revolution zu vernichten, nahmen die reaktionären Kreise der USA offen Kurs auf eine bewaffnete Intervention. Am 3. Januar 1961 brachen die USA die diplomatischen Beziehungen mit Kuba ab. Auch der Regierungswechsel in Washington brachte keine Änderung des außenpolitischen Kurses gegenüber Lateinamerika. Bereits die ersten Erklärungen des neuen amerikanischen Präsidenten – J. F. Kennedy – zeigten, daß er bemüht war, Mittel zu finden, um den Prozeß der nationalen Befreiungsbewegung zu bremsen und die

kubanische Revolution abzuwürgen. Zu den Methoden der USA gehörten Bombardements auf friedliche kubanische Städte und Dörfer, Brandstiftung mittels Phosphorbomben in den Zuckerrohrplantagen, Einschleusung von Spionen und Diversanten in das erste freie Territorium Amerikas u. a.



Schließlich kam es am 17. April 1961 zur bewaffneten Aggression in Playa Girón. Diese bewaffnete Aggression war vorbereitet, ausgearbeitet, finanziert und geleitet von den USA. Präsident Kennedy mußte zugeben, daß die Landung der konterrevolutionären Einheiten unter dem Schutz der Marine und der Luftstreitkräfte der USA vonstatten ging. Die ganze Welt war von der Ungeheuerlichkeit dieser Intervention erschüttert.

Innerhalb von 72 Stunden waren die konterrevolutionären Elemente durch die Rebellenarmee und die Nationale Miliz Kubas aufgerieben. Der Feind erlitt eine entscheidende Niederlage. Die revolutionären Kräfte unter Führung Fidel Castros hatten gesiegt. Die Aggression scheiterte dank der Standhaftigkeit der revolutionären Regierung Kubas, der Einheit und Wachsamkeit des kubanischen Volkes und seiner revolutionären Streitkräfte. Eine große Rolle spielte hierbei die Solidarität der Völker Lateinamerikas und der ganzen Welt.

□ „Darum sollte die Lust, die wir empfinden und wecken wollen – an der wahren und offenen Markierung unserer Ziele und Wege und aller Probleme, die sich während und wegen unseres Vormarsches ergeben –, immer kombiniert sein mit der Lust am Dechiffrieren, am Demaskieren der Maskerade der Machiavelisten von heute. Lenin spricht von der ‚Leidenschaft des Enthüllens‘, von der die Streiter für die Wahrheit beseelt sein müssen. Diese Freude am Enthüllen, an der Polemik hält uns jung und bewahrt uns vor jeder Routine.“ Soweit **Hans-Peter Minetti** in „Sonntag“, Nr. 37/1973.

Wir gratulieren dem Zeit-Genossen und großen Theater- und Filmschauspieler („Stolz auf 18 Stunden“, „Sommergäste“, „Salut an alle. Marx“, „Thälmann“, „Lissy“, „Dr. Schlüter“, „Spur der Steine“, „Ich - Axel Caesar Springer“, „Martin Luther“, „Johann Sebastian Bach“ u. v. a.) herzlich zu seinem 75. Geburtstag am 21. April.

W. M.

Briefe an „RotFuchs“



Über die Januar-Ausgabe des „RotFuchs“ habe ich mich sehr gefreut: Erstens, daß es Euch allen gut geht; zweitens, weil sich Eure Zeitung auf den Marxismus-Leninismus stützt und drittens, weil Ihr eine ganze Seite für die KP Griechenlands (KKE) zur Verfügung gestellt habt. Eine ganze Seite von Eurem begrenzten und dadurch kostbaren Platz! Alle Achtung und vielen Dank dafür. Ich stehe im ständigen Kontakt mit Genossen aus der früheren DDR, die noch in Haft oder schon wieder auf freiem Fuß sind. Heinz Handke, damals in der JVA Hakenfelde, ist mein erster Brieffreund geworden. Er berichtete mir, daß Ihr ihn während seiner Gefangenschaft betreut habt. Auch mit Heinz Gschke in der JVA Brandenburg bin ich befreundet. Zur Zeit halte ich Verbindung mit über 25 Genossen „Ossis“. Durch sie bekomme ich viel Material. Auch der „RotFuchs“ war manchmal dabei, meist allerdings nur einzelne Seiten. Manches wurde inzwischen übersetzt und in unserer Tageszeitung „Rizospastis“ veröffentlicht. (...) Jetzt ist bei uns in Thessaloniki sehr viel los. Fast jeden Tag findet eine Kundgebung, eine Demonstration oder ein Marsch gegen die NATO-Besatzer statt, die ihre Kriegsmaschinerie über den Hafen unserer Stadt und griechischen Boden weiter nach Kosovo vorschleichen. Anlässlich des Jahrestages der Bombardierung Jugoslawiens ist eine panbalkanische Kundgebung in Thessaloniki geplant, an der Antimperialisten aus allen Balkanländern und der Türkei teilnehmen. Ich werde Euch genau berichten.

Sokrates Papadopoulos, Thessaloniki

Wir gratulieren Euch zum dreijährigen erfolgreichen Erscheinen des „RotFuchs“, der dazu beiträgt, viele fruchtbare Diskussionen zu initiieren und zu führen. Die zahlreichen Autoren und Zuschriften sowie die gewachsene Zahl der ständigen Leser (und Spender!) – auch aus dem Ausland – sind ein schöner Erfolg für Euch. Wir wünschen Euch und dem „RotFuchs“, der Zeitung der Gruppe Berlin Nordost der DKP, weiterhin viel Erfolg.

Erika Beltz, DKP-Kreisvorstand Gießen

Herzlichen Glückwunsch zum 3. Geburtstag Eurer vielseitigen und qualitativ hochwertigen marxistisch-leninistischen Zeitung. Nach meinen Wahrnehmungen ist der „RotFuchs“ in interessierten Kreisen fester Bestandteil der politischen Arbeit. Das zeugt von Aktualität und Überzeugungskraft. Vielen Dank für die schöpferische Arbeit. Interessiert bin ich an der CD-ROM „Drei Jahrgänge „RotFuchs““. Ich übermittle Euch einen Beitrag zur materiellen Sicherung Eurer Arbeit.

Dr. Hermann Leihkauf, Berlin

Herzlichen Dank für die „RotFuchs“ 36 und 37. Ich hatte Euren Stand bei der LL-Demonstration am 14. Januar gesucht und gefunden, weil der „RotFuchs“ mir ja schon ein Begriff war. Für eine kleine Spende nahm ich die Ausgaben September, November und Dezember mit und hinterließ meine Adresse. Meine Nähe zu Euch ergibt sich aus der Tatsache, daß ich einer der Sprecher der KPf Thüringen bin, seit Jahren UZ-Leser, Pressefestteilnehmer in Dortmund, Organisator von zwei Begegnungen mit Heinz Stehr hier in Suhl usw. Am 24. Februar hatten wir ein von der DKP angeregtes Treffen mit KPf-Vertretern und KPD-Genossen. Wir haben dort eine gemeinsame Erklärung besprochen und Vorhaben vereinbart, die

helfen werden, sehr notwendiges kritisches Denken und Handeln zu unterstützen, bzw. anzuregen.

(...) Ich verfasse immer mal einen MULTIPLIKATOR – er erscheint seit Februar 1991 als sozialistisches Flugblatt. Ich lege ein Exemplar bei.

Jochen Peters, PDS-Stadtrat, Suhl

Die Vielseitigkeit des „RotFuchs“ macht ihn so unverzichtbar. Mit den 11 Forderungen behandelt er ganz wesentliche Grundfragen und vermittelt zugleich mit vielgestaltigen Beiträgen wichtige Erfahrungen für den gemeinsamen, notwendigen und unbedingt zu verstärkenden Kampf, auch für die Solidarität mit allen politisch verfolgten aufrechten Menschen in Deutschland und im internationalen Maßstab.

Herbert Kelle Berlin

Ich möchte mich zu Punkt 7 der 11 Forderungen äußern. Es gab in Deutschland im 20. Jahrhundert keine unentgeltliche medizinische Betreuung, sondern für Arbeiter und Angestellte eine vom Beschäftigten selbst und seiner Firma (Betrieb usw.) zu gleichen Teilen mit Beiträgen finanzierte Sozialversicherung oder Kranken-Versicherung. Außerdem existierte eine Privatversicherung, auch in der DDR z. B. für Freiberufler, freischaffende Künstler und Bauern.

Ob eine für den Patienten kostenlos Abgabe von Medikamenten generell sinnvoll ist, muß bezweifelt werden. Richtig ist sicher, daß es skandalös ist, wenn der Patient für rezeptpflichtige Medikamente, die in der Regel heute maßlos überteuert sind, neben seinem hohen Krankenversicherungsbeitrag auch noch zahlen muß. Der Satz „Schluß mit der kommerziell bedingten Limitierung der Leistungen des Gesundheitswesens“ greift m. E. zu kurz. In das Gesundheitswesen, in die Medizin gehören Humanität, Rationalität, auch Wirtschaftlichkeit bzw. Effektivität, aber generell kein Kommerz. Leider ist der „Gesundheitsmarkt“ in der BRD mit einem Jahresumsatz von 520 Mrd. DM sehr profitabel (490 Mrd. DM beträgt der Bundeshaushalt des Herrn Eichel!). Das Gesundheitswesen der Bundesrepublik liegt jedoch nach dem Bericht der Weltgesundheitsorganisation (WHO) vom Vorjahr nach Qualität und Effektivität an 24. Stelle in der Welt. Also ein offensichtlicher Widerspruch zwischen Kommerz einerseits und Humanität/Rationalität/Effektivität andererseits.

Da gegenwärtig marxistische Alternativen zur Privatwirtschaft und somit auch zum nahezu kompletten Privat-Gesundheitswesen nur denkbar sind, sollten sich nach meiner Kenntnis und Erfahrung als Hausarzt die „Linken“ aktuell auf folgende Forderungen zentrieren:

1. Zur finanziellen Absicherung des Gesundheitswesens, zur Stärkung des Solidarprinzips und zum Abbau der hohen Beitragssätze ist eine Pflichtversicherung für alle Bürger einzuführen. (auch Millionäre, Beamte, Soldaten, Freiberufler, Nichtberufstätige Ehepartner, Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger, Asylanten) (...)

2. Schaffung einer einzigen nach Ländern und Kommunen bzw. Landkreisen gegliederten bürgernahen Krankenversicherung wie in Österreich. Das wäre weniger Verwaltungsaufwand, weniger Bürokratie für Versicherte und Ärzte, mehr soziale Gerechtigkeit zwischen Ost und West, Nord und Süd. Auch ohne den Risiko-Strukturausgleich, der ohnehin nicht funktioniert.

3. Gleicher Tarif für alle Beschäftigten sowohl im stationären wie im ambulanten Gesundheitswesen, im Kur- und Bäderwesen sowie in Reha-Einrichtungen, unabhängig von der Eigentumsform und der Himmelsrichtung.

4. Zur höheren Qualität medizinischer Arbeit und

höherer Wirtschaftlichkeit ist eine strukturelle Planung der stationären medizinischen Versorgung durch die Länderegierungen und der ambulanten Versorgung durch die kreisfreien Städte und Landkreise zu fordern. An allen Krankenhäusern sollten Ärztehäuser mit Fachärzten geschaffen und funktionell mit den Krankenhäusern verzahnt werden. In städtischen Ballungsgebieten sollten Gesundheitszentren nach dem Beispiel der Polikliniken der DDR gefördert werden.

5. Die Prävention von Erkrankungen ist durch konkrete Programme und finanzielle Anreize der Bildung an Schulen und Hochschulen, der Verbesserung der Arbeits- und Umweltbedingungen sowie des individuellen Ernährungs- und Sportverhaltens und der Drogenabstinenz nachhaltig zu verbessern.

Prof. Dr. sc. med. H. Kreibitz, Schulzendorf

Ich bin wieder sehr beeindruckt vom „RotFuchs“. Die 11 Forderungen finden meine volle Zustimmung. Aber es fehlt die zwölfte: Erhaltung und Wiederherstellung des ursprünglichen Zustandes aller antifaschistischen Mahn- und Gedenkstätten. Wir müssen ja leider erleben, wie diese entweder – angeblich aus Geldmangel – geschlossen oder in revisionistischer Weise umgestaltet bzw. dem Verfall preisgegeben werden, von faschistischen Anschlägen ganz zu schweigen. Wir dürfen außerdem nicht dulden, daß sogenannte Speziallager für die Täter in unmittelbarer Nähe oder gar auf dem Gelände selbst eingerichtet werden, die man den vorwiegend jugendlichen Besuchern als gleichwertig präsentiert.

Im übrigen stimme ich Heinz Kessler zu, daß wir eine DKP für das ganze Land brauchen. Daß besondere Forderungen für die annektierten Länder aufgestellt werden müssen, steht außer Frage. Man sollte aber vielleicht später einheitliche sozialistische Forderungen für die ganze BRD formulieren.

Dr. Eva Ruppert, Bad Homburg

Seit zweieinhalb Jahren bin ich Leserin des „RotFuchs“. Keine linke Zeitung wird von mir so genau studiert wie Eure. Mit vielen Artikeln arbeite ich politisch. Von Beginn an überrascht mich immer wieder Euer scharfsinniges und schlagfertiges Autorenkollektiv. Etliche dieser fähigen Autoren sind Mitglieder der DKP Berlin Nordost, also aus der DDR. Dies sieht man auch an den von Euch erarbeiteten 11 Forderungen. Trotzdem ist Euch etwas entgangen. Unter Punkt 10 wurden die Kundschafter des Friedens vergessen. Sie waren zwar keine DDR-Bürger, aber der DDR aufrichtiger Verbunden als manche SED-Mitglieder und sie stehen bis heute noch mit allen Konsequenzen zur DDR. (...)

Ich schlage deshalb folgende Ergänzung für den Punkt 10 vor: Rehabilitierung und Entschädigung von Alt-Bundesbürgern, die aufgrund ihrer friedenspolitischen Überzeugung Mitarbeiter der DDR-Nachrichtendienste waren und durch die Klassenjustiz des vereinten Deutschlands verfolgt, kriminalisiert, zu langen Haftstrafen verurteilt und anschließend sozial abgestraft wurden. Ich bin mir sicher, daß ich vielen Menschen im Osten mit dieser Ergänzung aus dem Herzen spreche.

Monika Windhorn, Hannover

Ich hatte Gelegenheit zum 3. Geburtstag des RF an dessen Leserkonferenz teilzunehmen. Für mich war es erhellend zu hören, wie viel Zustimmung der „RotFuchs“ landesweit und sogar im Ausland findet. Unsere politischen Ziehväter hätten ihre wahre Freude daran. Meine Diagnose aus der Sicht eines marxistisch denkenden Arztes: Der RF ist politisch gesund, mit unserer Hilfe wird er weiter wachsen, gedeihen und politischen Einfluß

gewinnen. Ich will daran mitwirken, solange mich die Natur mit den notwendigen Kräften ausstattet. Das wohl größte und schönste Bekenntnis, von den Teilnehmern der Leserkonferenz auf den Punkt gebracht, lautete: Der RF ist, auch bei vielen Parteilosern, zu einem festen Literaturfundus geworden.

MR Doz. Dr. sc. med. Erhard Thomas, Berlin

Der RF 37 wird besonders viel gelesen. Und über unsere Forderungen wird mehr diskutiert, als wir vielleicht wissen. Vor einigen Tagen haben mir PDS-Genossen aus dem Vogtland mitgeteilt, daß sie in ihrer Mitgliederversammlung über unsere 11 Forderungen diskutiert haben, und daß sie sie unterstützen. Wie schön wäre es doch, wenn der PV diesem Beispiel folgen würde.

Was die Stellungnahme der UZ-Delegation auf der RF-Leserkonferenz betrifft, so empfinde ich sie als Beleidigung der Kommunisten in der DDR, nicht nur der „RotFuchs“-Leser. (...) Wir, die wir seit über 50 Jahren für die Interessen der Arbeiterklasse und aller Ausgebeuteten kämpfen, die wir den ersten sozialistischen Staat auf deutschem Boden geschaffen haben, die wir durch eigene Fehler, vor allem aber auch durch den Verrat der Gorbatschow-Clique in der SU und ihrer Handlanger in anderen sozialistischen Ländern eine historische Niederlage erlitten haben, geben das Einstehen für eine andere, eine sozialistische Welt nicht auf, auch wenn wir sie selbst nicht mehr erleben werden. Deshalb sind wir aktive Mitglieder der DKP und arbeiten dafür, daß unsere Partei gestärkt wird und eine gute, richtige, eine marxistisch-leninistische Politik macht.

Gerhard Müller, Neubrandenburg

Über die Leserkonferenz des RF ist ausführlich berichtet worden. Wenn ich trotzdem noch einmal darauf zurückkomme, dann wegen der Bedeutung der 11 Forderungen. (...) Bundestagspräsident Thiersch erklärt, die wirtschaftliche und soziale Lage zwischen Elbe und Oder steht auf der Kippe. Christa Luft (PDS-Bundestagsfraktion) sieht Ostdeutschland am Scheideweg. Die PDS-Vorsitzende Gabi Zimmer stellt Versuche fest, Ostdeutschland zu einer „normalen“ deutschen Krisenregion herabzusenken. Sogar ein Lothar Späth warnt davor, Ostdeutschland als „Testgebiet neoliberaler Rigorosität“, als „Minenhund des Westens“ zu betrachten. In einer Zeit also, in der sich die Probleme der Entwicklung in Ostdeutschland enorm zuspitzen, soll es – wie einige meinen – nicht legitim sein, für diese Region, sprich: für das Gebiet der früheren Deutschen Demokratischen Republik einen Katalog spezifischer Forderungen der Kommunisten zu definieren?

Selbst der reformistische Sozialwissenschaftler Rolf Reißig, seit 1990 mit der „Transformation“ Ostdeutschlands aus einer „arbeiterlichen Gesellschaft in der DDR“ in die „bürgerliche“ Gesellschaft der BRD befaßt, konstatiert in seiner kürzlich veröffentlichten Schrift „Die gespaltene Vereinigungsgesellschaft“, die Herstellung der Einheit der Deutschen sei nicht gelungen. Er spricht von einer „dramatischen sozialen Unsicherheit“ der Ostdeutschen und resümiert: „Das von der politischen Klasse lange favorisierte Konzept, Transformation und Einheit durch einseitige Anpassung Ost an West zu erreichen, ist als gescheitert anzusehen.“ (...) Sind das nicht alles Signale, die es geradezu unabdingbar machen, ein eigenständiges kommunistisches Forderungsprogramm für den Osten aufzustellen?

Ernst Heinz, Berlin

Mit dem „RotFuchs“ verbinde ich zum ersten Mal seit meinem Austritt aus der DKP vor zwei Jahren wieder Freude und Hoffnung in der politi-

schen Arbeit. Eure Standpunkte und Aktivitäten zur Entwicklung einer gemeinsamen kommunistischen Partei in Deutschland halte ich für konstruktiv und nützlich. Seit ich in der kommunistischen Bewegung aktiv bin, erlebe ich erstmals, daß um die Einheit der Kommunisten wirklich gerungen wird. Ihr geht offen auf mich und anders organisierte Kommunisten zu, ohne Euch anzupassen, aber auch ohne Alleinvertretungsanspruch. Ich teile die gegen Euch gerichteten Vorwürfe nicht und möchte Euch meine Solidarität aussprechen. Für das Abonnement will ich Euch 100 DM jährlich zukommen lassen.

Daniel Hohnerlein, Saarbrücken

An der 1. zentralen Leserkonferenz des RF nahmen laut UZ-Kurzmeldung vom 23. 2. zwei Redaktionsmitglieder der zentralen DKP-Zeitung teil, deren Sprecher eine Stellungnahme verlas. In Punkt 6 dieser nur in Essen beim PV erhältlichen „Stellungnahme“ werden die Genossinnen und Genossen der DKP Nordost in die Tradition von „Ultralinken wie Euroreformisten...“, diversen K-Gruppen – finanziert aus Peking, Tirana oder vom Verfassungsschutz ... des „Leverkusener Kreises“, der „Düsseldorfer Debatte“, der „Erneuerer-Strömung“ oder des „Nordbayrischen Landboten“ gestellt, die allesamt „Angriffe auf die organisatorische und ideologische Einheit der Partei“ unternahmen. Abgesehen von dem Umstand, daß ich in dieser Aufzählung ausdrücklich die Diskussion um manche Positionen des „Nordbayrischen Landboten“ unangebracht finde, seien hier ein paar ganz persönliche Anmerkungen gestattet: In meiner nahezu 30jährigen Mitgliedschaft in der DKP war ich an den genannten Auseinandersetzungen aktiv beteiligt. In den 70er Jahren habe ich (...) zahlreiche zentrale und regionale Veranstaltungen unserer Partei gegen Angriffe von Maoisten und Troztkisten schützen helfen. (...) Auch gegen die in den 80er Jahren erfolgten, von außen gesteuerten innerparteilichen Zersetzungsversuche haben wir uns erfolgreich gewehrt. In der sogenannten Erneuerungsdebatte (ab 1985/87) habe ich mich gemeinsam mit anderen Genossinnen und Genossen vor Ort und mittels zentraler Diskussionsbeiträge bis zur Erschöpfung eingebracht.

Heute allerdings frage ich: Wie, um alles in der Welt, kommt meine Parteiführung dazu, die Bekämpfung dieser Leute, zu der ich im übrigen nach wie vor stehe, mit den Genossinnen und Genossen der DKP Berlin Nordost, also Menschen mit einer politischen Reputation, wie sie auf deutschem Boden wohl außerordentlich selten ist, gleichzusetzen? (...) Ich fordere den PV meiner Partei und die Redaktion meiner Zeitung, der UZ, hiermit aus- und nachdrücklich auf, sich nicht länger in – wirklich völlig unrealistische – Grabenkämpfe zu vertiefen! (...) Es geht darum, die von mir massiv unterstützte Einheit der Partei zu bewahren und mittels Beförderung einer offenen ideologischen Debatte zu stärken und voranzutreiben.

Heinz W. Hammer, Essen

Als derzeit unorganisierte Feministin aus dem Westen nahm ich an der 1. Konferenz von Leserinnen und Lesern des „RotFuchs“ teil. Ich habe mich gefreut, Menschen zu treffen, die ihren Kampfgeist nicht verloren haben, und gespürt, daß uns trotz unterschiedlicher politischer Erfahrungen und ideologischer Schwerpunkte der Wille verbindet, diesem mörderischen imperialistischen System Widerstand entgegenzusetzen und für ein Zusammenkommen unterschiedlicher revolutionärer Strömungen auf der Grundlage klarer Kriterien zu kämpfen. Eines dieser Kriterien ist ohne Frage die Verteidigung der Errungenschaften der DDR gegen die umfassende Hetze der imperia-

listischen Medien. Diese Lügen haben auch Eingang in die Köpfe der meisten (ehemaligen) Linken gefunden, und das nicht erst seit der Annexion. Es war eben schon immer einfacher, vom wahren, guten Sozialismus zu träumen, als Solidarität mit denen zu üben, die den Mut hatten und die Anstrengung auf sich genommen haben, einen sozialistischen Staat aufzubauen, und zwar unter den Bedingungen eines Imperialismus, dessen ganzes Sinnen und Trachten danach steht, seine Feinde mit allen Mitteln zu zerstören. Wir brauchen, um weiterzugehen, unbedingt diese Erfahrungen!

Als Internationalistin teile ich voll und ganz die Analyse über den halbkolonialen Status der annektierten DDR. Keine Frage deshalb auch, daß die „am meisten Unterdrückten selbständig ihre Forderungen aufstellen und verbreiten“. (Brief aus Kiel) (...)

Um so enttäuschender war für mich die Stellungnahme der UZ-Redaktion auf der Konferenz. Aus ihrem Statement hörte ich einerseits Verweise auf Parteibeschlüsse und Verfahrensweisen der DKP und andererseits unbewiesene Spaltungsvorwürfe und den Vorwurf, eine eigenständige Linie zu vertreten. Auf die konkrete inhaltliche Kritik an dieser Linie des „RotFuchs“ habe ich mit Interesse gewartet – allerdings vergeblich. Es wurde nur die Behauptung aufgestellt, die „RotFuchs“-Autoren verklärten die Geschichte der DDR und der Kommunisten, statt sie „aufzuarbeiten“. Belege für diese Behauptung fehlten.

Ein Genosse fragte tiefbetäubt zurecht: „Woher kommt diese Eifersucht?“ Warum freuen sich die Genossen nicht darüber, daß es dem „RotFuchs“ gelungen ist, eine beachtliche Zahl von Leserinnen und Lesern zu gewinnen und mit den 11 Forderungen viele nach Orientierung suchende Menschen aus der DDR anzusprechen und wieder zu mobilisieren? Als Feministin kenne ich diese Art der „politischen Auseinandersetzung“ nur zu gut. Statt stichhaltiger Argumente das Pochen auf Autorität und Formalien, statt Solidarität Konkurrenz und Ausgrenzung, statt Respekt vor anderen Erfahrungen Ignoranz und Überheblichkeit.

So kann ich nur Klaus Steiniger recht geben, der in seinem Schlußwort sagte: „Eine Werbung für die DKP war das nicht.“ Da kann ich nur hoffen und dazu beitragen, daß sich die Vorstellungen des „RotFuchs“ auch in den Reihen der DKP verbreiten und die Mitglieder der ... Haltung einiger UZ-Redakteure eine klare Absage erteilen.

K. R., Hamburg

Ich bitte um Veröffentlichung eines Auszuges meines am 1. 3. 2001 an den Vorsitzenden der DKP, Genossen Heinz Stehr, gerichteten Schreibens. „Ich stelle mir in Kenntnis einer Reihe von „Wertungen“ zum „RotFuchs“ und nach dem Auftreten des Genossen Teuber, Mitglied des Sekretariats des PV, auf der RF-Leserversammlung die Frage: Was braut sich da zusammen? Will man etwa den fest auf dem Boden des Marxismus-Leninismus stehenden und ihn verteidigenden „RotFuchs“ zerschlagen? Will man eine Bestrafungsaktion gegen die den „RotFuchs“ tragenden Kommunisten durchführen? Ich kann angesichts der Lage nur raten: Haltet ein, Genossinnen und Genossen des Sekretariats, spitzt die Lage nicht durch unbedachte Handlungen weiter zu, spaltet die DKP nicht in eine Sektion West und eine Sektion Ost und darüberhinaus. (...) Das bittet Euch ein Kommunist, der nach 1945 Mitglied der KPD wurde, jahrzehntelange Partei- und Kampferfahrungen besitzt, ja, der auch gerade die Politik der KPD und der DKP genauestens kennt, da er sie jederzeit begleitet und unterstützt

hat.“ Der beiliegende Verrechnungsscheck ist von meinem Kampfgefährten Bernd Kinzler und mir.

Prof. Dr. sc. Willi Opitz, Potsdam

Mit Spannung habe ich auf Euren „RotFuchs“ gewartet. Er kam heute bei mir an und dafür bedanke ich mich. Ich hatte erwartet, daß Ihr die von Wolfgang Teuber auf Eurer Leserversammlung für die UZ und den Parteivorstand abgegebene Erklärung im Wortlaut veröffentlicht. Ich finde es unfair, wenn man die Leser des RF nicht darüber informiert, was Genosse Teuber wirklich gesagt hat. Wie soll man sich da ein eigenes Bild machen? Holt das bitte nach, wenn Ihr – wie ich – die Einheit und Geschlossenheit unserer

DKP wollt. (...) Für mich war und ist die DDR die größte Errungenschaft der deutschen Arbeiterbewegung. Für meine DDR bin ich hier 33 Monate ins Gefängnis gegangen. (...) Bereits 1990 habe ich zusammen mit Werner Cieslak und Heinz



Junge das Solidaritätskomitee für Erich Honecker gegründet und ihn in Beelitz wie Moabit besucht. Wir standen und stehen als Kommunisten zu unserer Vergangenheit und dazu gehört die DDR. Diese DDR hat 40 Jahre mit uns Solidarität geübt. Jetzt üben wir mit Euch Solidarität. (...)

Nicht verstehen kann ich Eure Überschrift im „RotFuchs“ (Nr. 37) „11 Forderungen der DKP für Ostdeutschland“. Es müßte meiner Ansicht nach richtig heißen „11 Forderungen der DKP Berlin Nordost für Ostdeutschland“. Oder? Den „RotFuchs“ lese ich immer gern und aufmerksam. Hier finde ich Berichte, die nicht in der UZ oder im ND stehen. Das ist gut so.

Für mich ist jede kritische Auseinandersetzung über die Politik der Partei wichtig. Nur sollte diese (...) solidarisch geführt und niemand diffamiert werden. Wovon uns hat schon die „reine“ Wahrheit gepachtet. Ich wünsche Euch den Mut, diese Zeilen zu veröffentlichen.

Erich Schreier, DKP-Kreisvorsitzender Nürnberg Land

(...) Es ist ganz offensichtlich, daß sich der Erfolg des „RotFuchs“ daraus herleitet, daß er eine Lücke schließt, die viele Genossen in der Auseinandersetzung mit dem Klassenfeind, besonders im Kampf gegen seine ideologische Offensive, verspürten. (...) Das Profil der Zeitschrift wird vor allem durch kurze Beiträge bestimmt, die schlaglichtartig unsere Position zu praktischen und theoretischen Fragen erheben. (...) Freund und Feind müssen die Tatsache zur Kenntnis nehmen, daß der RF für immer mehr Kommunisten, Sympathisanten und Interessenten zum unverzichtbaren politischen Kampf- und Weggefährten geworden ist. (...) Wer einige der Hunderte von Leserbriefen liest, die ständig den „RotFuchs“ erreichen, der wird erstens verstehen, daß es richtig ist, sie alle zu veröffentlichen, weil sie ein unlösbarer Bestandteil dieses Propagandisten sind; und zweitens, warum der „RotFuchs“ eine so große Resonanz und Beliebtheit erfährt. (...) Deshalb stießen Vorschläge, den „RotFuchs“ außerhalb der DKP herauszugeben, in unserer Parteigruppe auf völliges Unverständnis und Ablehnung. Weshalb soll eine Zeitung, die unserer Partei so viel Nutzen und anerkennende Zustimmung brachte, ihre politische Zugehörigkeit verleugnen? (...) Als alter Kommunist, der im faschistischen Zuchthaus und im Lager war, in den Internationalen Brigaden in Spanien kämpfte und an verantwortlicher Stelle beim Aufbau des Sozialismus in der DDR mitwirkte, warne ich davor, den „RotFuchs“ zu diskriminieren und auszugrenzen. Ich sage dem RF meine volle Unterstützung zu.

Prof. Dr. Dr. Fred Müller, Berlin

Am 23. 2. berichtete die UZ in wenigen Zeilen darüber, daß Vertreter der zentralen DKP-Zeitung auf der Leserkonferenz des „RotFuchs“ „ihre Sorgen“ über bestimmte Inhalte dieses Blattes geäußert hätten. Deutlich wird leider Uneingeweihten nicht, welche Inhalte man seitens der UZ als störend empfindet. Ganz nebenbei: Ich halte den „RotFuchs“ für eine Zeitung von ausgezeichneter inhaltlicher und journalistischer Qualität. (...) Mir ist bekannt, daß gerade wegen des hervorragenden Rufes, den diese Zeitung besitzt, eine Reihe von Menschen den Weg in unsere Partei gefunden hat. Mit anderen Worten: Stärkung der DKP. (...) In der UZ-Ausgabe vom 2. 3. wird mitgeteilt, daß „die Grundeinheit der DKP Osnabrück-Stadt in einem Brief an den PV ihr Unverständnis über die bundesweite Herausgabe des „RotFuchs“ geäußert hat und darin einen Verstoß gegen das Statut der DKP sieht“. Als Mitglied eben dieser Grundeinheit erkläre ich, daß mir ein solcher Brief unbekannt ist. (Das mag vielleicht mit krankheitsbedingtem Fehlen zusammenhängen.) Zumindest ist auch im Kreisvorstand ein solcher Brief nicht diskutiert worden und auch in der Kammann-Betriebsgruppe der DKP Osnabrück ist er unbekannt. (...) Apropos „bundesweite Herausgabe“: Der „RotFuchs“ wird an alle, die ihn lesen wollen verschickt. Genauso wird die Betriebszeitung „KARLOS“ interessierten Gewerkschaftern, Linken, Parteilosern im gesamten Bundesgebiet auf Wunsch zugesandt, ohne daß das bisher jemandem gestört hat.

Katja Holst, Osnabrück

Könnt Ihr uns – der DKP Münster – mal einen oder mehrere „RotFüchse“ schicken? Tausend Dank im voraus.

Peter Wolter, Münster

Gestern erhielt ich den „Offenen Brief“ Eurer Parteigruppe und finde, daß er eine richtige, aber auch notwendige Antwort auf die gegen Euch erhobenen Vorwürfe ist. Ebenso wie ich erleben viele Genossinnen und Genossen, mit denen ich engeren Kontakt habe, die Lektüre des „RotFuchs“ als eine Bereicherung ihres Selbstverständnisses als Kommunisten und zugleich als eine Anregung für ihr politisches Handeln als Mitglieder der DKP. Durch unsere enge Verbindung mit dem „RotFuchs“ sind natürlich auch viele Brandenburger DKP-Genossen mit den Angriffen auf Eure Parteigruppe nicht einverstanden. Ich möchte meine Verbundenheit mit einem Vorschlag zum Ausdruck bringen, der bei eventuellen Vorbereitungen auf eine Veranstaltung zum 130. Jahrestag der Pariser Kommune bedacht werden könnte: Solltet Ihr einen Referenten suchen, würde ich Euch gerne zur Verfügung stehen.

Prof. Dr. Erich Kundel, Petershagen

Wenn so eine Stellungnahme wie die der UZ zum „RotFuchs“ in alle Gruppen zumindest der westdeutschen Länder geht, dann ist klar, daß da Leute aus dem PV dahinterstehen. Nüchtern und sachlich beurteilt ist das Ding keinen Pfifferling wert, weil der RF und sein Redaktionskollektiv, die die Leser hinter sich haben, auf Unwahrheiten und Unterstellungen entsprechend reagieren werden. Laßt Euch nichts vormachen! Mit dem „RotFuchs“ trefft Ihr genau den Nerv der Leser, vor allem aber auch unserer Gegner. Wir dürfen keinen Keil in unsere Partei treiben lassen. Wer spielt hier eigentlich wem in die Hände?

Michael Räthel, Nersingen

(...) Da schafftes eine Gruppe aufrechter und gestandener Kommunisten innerhalb weniger Jahre ohne Werbung und nur mit Spenden, 5 000 begeisterte Stammleser in der gesamten BRD auf sich aufmerksam zu machen – und dann solche Dolchstoße! Der „RotFuchs“ wurde durch Mund-zu-Mund-Propaganda bekannt, weil die Qualität und Vielfalt der präzisen, verständlichen und inhaltsreichen Artikel in ihrer Kürze journalistische Meisterwerke sind. (...) **Rosa und Dieter Hesse, Recklinghausen**

Warum so viel Aufregung bei der UZ-Redaktion übereine so kleine Zeitung wie den „RotFuchs“? Hat die UZ denn kein Selbstbewußtsein? Hat sie Furcht

vor Kritik oder Sorge, daß ihr die Leser weglaufen? Dagegen gibt es ein einfaches Rezept: Mehr Qualität und klare kommunistische Positionen. Dann braucht man nicht zur Disziplinkeule gegen andere zu greifen. Die „Stellungnahme“ treibt mit Sicherheit keinen Keil in die „RotFuchs“-Leserschaft. Es wird genau das Gegenteil erreicht. Hat die UZ-Redaktion das nicht vorher überlegt? Sie hat nur die DKP beschädigt. Ist sie sich darüber nicht im Klaren? Was soll daran schlecht sein, daß der „RotFuchs“ versucht, die marxistisch-leninistische Theorie zu verteidigen? Will die UZ das etwa nicht? Wenn der „RotFuchs“ angeblich für eine „andere“ Partei eintritt, für welche ist dann die UZ-Redaktion? Der „RotFuchs“ verkläre die DDR, statt sie „aufzuarbeiten“, sagt die UZ-Redaktion. Nein, wir fallen nicht über die DDR her, wir verteidigen sie, so wie wir unser Leben verteidigen. Wir geben unser Leben nicht auf. 45 Jahre Kampf gegen die ununterbrochenen Angriffe des Imperialismus lassen wir uns nicht weglegen!

Es gibt einen Satz der Stellungnahme, der stimmt: Nicht akzeptabel ist eine Diskussionskultur, in der nicht mit Fakten sachlich gestritten wird. Der „RotFuchs“ verdient wahrlich einen sachlichen Umgang.

Norbert Pauligk, Schwerin

Herzlichen Dank für den „RotFuchs“ und Schnitzers „Filmkritiken“. Bitte schickt mir die CD-ROM mit den ersten drei Jahrgängen. (...) Anbei einige kleine Mäuse für den „RotFuchs“. Im Laufe des März kommen noch ein paar nach Berlin. Hummel, Hummel!

Dr. Barbara Meyer, Hamburg

Mit Befremden habe ich auf der RF-Leserversammlung den Beitrag des Genossen Teuber zur Kenntnis genommen. Washier „abgeliefert“ wurde, ist Ignoranz pur! Ich benutze diese Charakterisierung deshalb, weil weniger die Ablehnung der 11 Forderungen selbst, sondern vielmehr die Art und Weise des Alleinvertretungsanspruches jedem unsere Sache befördernden Meinungsstreit entgegensteht. Wahrscheinlich hat Genosse Teuber nicht gehört, wie im Auditorium darauf reagiert wurde. Empört äußerte eine ältere Genossin, die hinter mir saß, dieser Beitrag wäre ein Grund, nicht Mitglied der DKP zu werden. Wengleich ich das für mich persönlich so nicht bestätigen wollte, drückt es aber doch die berechtigte Befürchtung aus, daß Sympathisanten aus dem linken Spektrum, deren Weltbild vielleicht noch etwas diffus ist, der Schritt in eine marxistische Partei unnötigerweise erschwert wird. (...) Der Parteivorstand sollte die spezifischen Fähigkeiten und Kenntnisse der Genossen aus der früheren DDR und der BRD bündeln und zielgerichtet einsetzen, nicht aber Diskussionen anheizen, die nur ein Ergebnis haben: auszugrenzen und auseinanderzudividieren.

Harald Puff, Dessau

Anbei zum weiteren Gedeihen des „RotFuchs“ mein Beitrag in Briefmarken.

Prof. Dr. Ekkehard Lieberam, Leipzig

Der „RotFuchs“ ist uns eine wertvolle Hilfe. Er soll sich von niemandem von seiner klaren Spur abbringen lassen.

Andreas Krämer, Gersdorf, Mitglied des Sprecherrates der KPF

Gestern hatte ich endlich wieder einen Grund zur Freude: Der Februar-RF war da und damit die Tagesplanung klar. Die überarbeiteten Thesen haben meine volle Zustimmung. Besonders gut finde ich es, daß sich nun auch der Parteivorstand damit befassen will (muß). Aber was zu sagen ist, hat Genosse Heinz Keßler besser formuliert als ich das ausdrücken könnte. Als Teilnehmer an der Leserkonferenz finde ich den Bericht der Genossin Annemarie Mühlefeldt sehr objektiv. (...) Der Artikel über Jakoblew ist äußerst interessant und bestätigt meine Ansichten über die Hintermänner Gorbatschows sowie über die Richtigkeit des damaligen „Sputnik“-Verbots. Alles in allem kann ich nur wiederholen: Der „RotFuchs“ wirkt auf

mich wie Traubenzucker auf die Nerven. Und wieder ein wenig Nachschub ...

Günter Buschow, Schwerin

Die Mitglieder der DKP-Gruppe Leipzig unterstützen vollinhaltlich die von der DKP-Gruppe Berlin Nordost am 23. 1. 2001 beschlossenen 11 Forderungen. Sie sorgen für eine Weiterverbreitung, weil sie den engen Zusammenhang zwischen dem Eintreten für diese 11 Forderungen und dem Kampf um die eigenen Lebensbedingungen erkennen.

DKP-Gruppe Leipzig

Schickt mir bitte den „RotFuchs“, wenn möglich rückwirkend ab 1. 1. 2001. Eure Spendenadresse ist ja in den Ausgaben veröffentlicht.

Anton Holweck, Neunkirchen

Fragt man nach dem Wert des „RotFuchs“, so muß man nach dem Wert der Mitglieder der SED fragen, die nach 1989 nicht den Weg der PDS gegangen sind. Durch sie entsteht das Bild einer doppelten SED bzw. einer zweifachen Reaktion von Mitgliedern der SED auf die gesellschaftlichen Wechsel von 1989/90. Es hatte sich ja der Eindruck hergestellt – und das gilt weit über die PDS hinaus –, kommunistische Parteien im Sozialismus würden sich den Formen der bürgerlichen Restauration ihrer Länder unterwerfen. Sie würden also einheitlich reformistisch werden, es ergäbe sich ein logischer Gang von der Revolution zur Reform resp. parteilich gesehen zum Reformismus, der letztlich für alle kommunistischen Parteien der Welt Gültigkeit erlangte. (Es geht hier immer um das sogenannte Scheitern des Sozialismus als jede Bewegung mit sich reißender Grund.) Dieses Bild quasi einer Aufhebung der Revolution wird aber korrigiert durch neue Formen der Trennung der Revolution von der Reform und für die deutsche Arbeiterbewegung maßgeblich durch jene Mitglieder der SED, die – statt in der PDS zu bleiben – zur DKP als ihrer revolutionären Heimat übergewechselt sind. (...) So ergibt sich letztlich doch kein absoluter Triumph des Reformismus (weshalb der „RotFuchs“ auch kein normales Regionalorgan der DKP sein darf).

Hermann Jacobs, Berlin

Seit einiger Zeit lese ich den „RotFuchs“ im Internet. Während der LL-Demonstration im Januar kaufte ich am „RotFuchs“-Infostand zwei Papierexemplare, die natürlich viel augenfreundlicher sind als die Bildschirmversion. Deshalb bitte ich Sie um ein Abonnement.

Dieter Kuhn, Esslingen

In Gedanken werten wir immer noch die Leserkonferenz aus. Nachdem wir den Ärger „abgeschüttelt“ und „runtergespült“ haben – den sachlichen Übergang Ihrerseits macht Euch kaum jemand nach, das ist Eure Stärke –, gehen wir etwas kritischer heran und stellen fest, daß eigentlich zu wenig Zeit für konstruktive Vorschläge blieb; wobei durch das Auftreten der UZ-Redaktion gar keine Stimmung dazu aufkommen konnte! Unsere Meinung wäre – falls platzmäßig möglich – sollte man jeweils eine halbe Seite unter der Rubrik „Kleine Alltagsgeschichten“ aus der DDR einrichten, die natürlich einen gewissen Bezug zum „Hier und Heute“ haben müßten.

Rosi und Wolfgang Nicolas, Brandshagen

Anbei der bescheidene Beitrag eines Straftentners mit Dank für die vielen nützlichen Anregungen, die der RF gibt.

Gerd Hommel, Dresden

„Sozialismus statt Barbarei“ war das Thema einer Veranstaltung, zu der die DKP-Gruppe Frankfurt/Oder–Eisenhüttenstadt eingeladen hatte. Zugegen waren über 30 Personen, die entweder der DKP, der KPD und der PDS oder keiner Partei angehörten. Es referierte Prof. Hans Heinz Holz (DKP). Er wies mit großer Anschaulichkeit nach, daß das Barbarentum

immer größere Teile des Erdballs erfaßt. (...) Der Referent hob die aktuelle Bedeutung der Leninschen Imperialismus-Theorie hervor und zog Schlußfolgerungen für die weitere Entwicklung seiner Partei.

In der anschließenden Diskussion spielten die 11 Forderungen der DKP-Gruppe Berlin Nordost eine insgesamt sehr konstruktive Rolle. So stellte z. B. Hans Kopistecki (DKP) fest, daß durch sie erstmals aus seiner Partei eine Äußerung zu den ernststen Problemen der ostdeutschen Landwirtschaft vorliege. Andere Teilnehmer, darunter Werner Schleese (Vorsitzender der KPD), unterstrichen, daß die wissenschaftlich-technische Revolution die ungleichmäßige ökonomische und politische Entwicklung der einzelnen kapitalistischen Länder verstärkte, wodurch sich die zwischenimperialistischen Widersprüche verschärften und die Kriegsgefahr wachse. (...)

Keine Zustimmung fand die auf der Veranstaltung geäußerte Meinung, die „Linken“ sollten „ihre Auseinandersetzungen untereinander einstellen“, da dies ihrem gemeinsamen Kampf nur schade. Der Meinungsstreit – so war die überwiegende Ansicht – sei notwendig für die weitere Ausarbeitung des Weges von Kommunisten und Sozialisten. Ermüsse jedoch sachlich und kameradschaftlich geführt werden.

Prof. Kurt Tiedke, Frankfurt/Oder

Vielen Dank für die Februar-Ausgabe des „RotFuchs“, die ich gestern erhielt. Sie enthält wieder einige sehr interessante Beiträge. Vielleicht könnten Ihr in Eurer nächsten Ausgabe folgende Mitteilung veröffentlichen:

Die Initiativgruppe „Kundschafter des Friedens fordern Recht“ ist nun auch Online.

Man erreicht unsere Homepage im Internet unter: www.kundschafter-frieden.de und www.kundschafter.net.

Dr. Gabriele Gast, Neuried

Besten Dank für die laufende Zustellung des „RotFuchs“. Falls uns in Freiburg jemand von der Redaktion besuchen will, unsere Tür ist offen. Herzlichst

Ise und Erwin Riekert, Denzlingen

Zunächst möchte ich mich bei Euch für die vielen guten Beiträge bedanken; bezogen auf den Inhalt wie auf die Recherche. Ich wünsche Euch weiterhin eine gute Spülmase und immer genug Futter auf der „roten Fährt“.

Die 11 Forderungen umfassen das gesamte Spektrum der Folgen der durch das Absorbieren der DDR durch die BRD aufgezwungenen „Freiheit“; es lohnt sich, für sie zu kämpfen. Spät, aber nicht zu spät zeugen sie auch von einem wiedererstarteten Selbstbewußtsein, das ich in den letzten Jahren oft vermißte. (...)

Die 10. Forderung nach Rehabilitierung und Entschädigung müßte sich auch auf die Kundschafter des Friedens der DDR beziehen. Sie fühlen und fühlen sich nicht nur als ein Bestandteil der DDR, sie sind es meiner Meinung nach auch. Außerdem statt „Rachejustiz“ besser „Klassenjustiz“?!

Der Beschluß zu den Forderungen ist inzwischen gefaßt und dem PV zugeleitet, aber die Diskussion wird sicher weitergehen. (...)

Dieter Popp, Bonn

Der „RotFuchs“ gibt Kraft und Zuversicht. Danke dafür. Rot Front! Ein junger KPD-Genosse

Carsten Messerschmidt, Hannover

Eine kleine Unterstützung für Eure Arbeit mit dem „RotFuchs“, den wir seit rund einem Jahr erhalten und mit viel Gewinn lesen; vor allem auch die Berichte über die Situation ausländischer kommunistischer Parteien. Mit vielen Kampfgrüßen

Dr. J. Eichler und U. Kolbe, Berlin

Entrüstung und „Verwunderung“ bei dem Staatsminister im Auswärtigen Amt Ludger Volmer (Bündnis 90/Grüne), weil die cubanische Regierung eine

Einladung an ihn zurückzog. Warum? Volmer hatte im Vorfeld seines geplanten Cuba-Besuches das Ziel bundesdeutscher Politik verkündet, beim Gastgeber einen „Wandel durch Annäherung“ zu erreichen. Vor allem gehe es bei der Intensivierung des deutsch-cubanischen Dialogs um eine „Verbesserung“ der „Menschenrechtssituation“ auf der sozialistischen Insel.

Das Strickmuster ist bekannt: Otto Winzer, einst Außenminister der DDR, bezeichnete solches Gebaren als „Konterrevolution auf Filzlatzchen“. (...)

Karl-Heinz Reinhardt, Leipzig

Ich möchte mich herzlich bei Euch dafür bedanken, daß ich die Zeitschrift regelmäßig bekomme, und mich mit ein paar Briefmarken revanchieren.

Joachim Rehberg, Crivitz

Herzliche Grüße von den Genossen aus Dessau, die trotz Alters und Krankheit nicht aufgesteckt haben. Unsere Gruppe soll nach dem Tod ihres früheren Vorsitzenden Karl Hertel wieder arbeitsfähig werden. Der „RotFuchs“ wird uns dabei helfen. (Anbei 10 Briefmarken zu je 5 Mark)

Die 11 Punkte werden bei uns zustimmend diskutiert und akzeptiert. Die Aktionseinheit der kommunistischen Parteien und Gruppen im Osten halten wir für dringend notwendig.

Alfred Lehmann, Dessau

(...) Ein Wort zu dem Beitrag „Über Hymnen“ (Nr. 36). So gut ich Karl-Eduard von Schnitzler verstehe – wem geht nicht das Herz auf bei der über Jahrzehnte so vertrauten Melodie der Sowjethymne? –, rate ich doch zur Zurückhaltung. Es ist ein alter Trick der Reaktion, sich Symbole der Arbeiterbewegung anzueignen und diese zu mißbrauchen. Ich erinnere nur an die Umwandlung von „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit“ in das Nazi-Lied „Brüder in Zechen und Gruben ...“ – gesungen zur gleichen Melodie. Die Nazis hatten ja auch keine Probleme mit der roten Fahne, die sie mit dem Hakenkreuz schändeten. Besteht nicht die Gefahr, daß die neuerdings wieder rote Fahne der russischen Armee mißbraucht wird, um das zu schützen, was sich hinter dem finster reaktionären Staatssymbol des Zarenadlers verbirgt? Im gleichen Heft des „RotFuchs“ belegt doch gerade Iris Rudolph erneut am Beispiel der „Skins“, wie die Faschos sich eine vom Ursprung her linke Symbolik zueignen machen. Nach all dem schandbaren Betrug, den wir erlebt haben, halte ich Vorsicht für angesagt. (...)

Noch einmal Skepsis bei der Überschrift „Chinas Kommunisten verteidigen den Leninismus“. Liest man natürlich gern – nur, was wird heute unter „Leninismus“ in China verstanden? Was mich wirklich interessiert, sind nicht wohlklingende, allgemeine Aussagen über die Bedeutung Lenins – die konnte man selbst von Gorbatschow hören –, sondern, was konkret am „Aufbau des Sozialismus mit chinesischen Eigenheiten“ leninistisch ist.

Rolf Vellay, z. Z. Valparaiso (Chile)

Es freut mich, daß auch Margot Honecker ab und zu mal in den Leserbriefen des „RotFuchs“ erscheint. Besonders gefallen hat mir ihre letzte Zuschrift in Nr. 36, wo sie u. a. feststellt: „Aber wir können zuversichtlich sein: Jene, die sich als Sieger der Weltgeschichte wähen, werden es mit dem sich wiederbelebenden ‚Gespenst‘ des Kommunismus noch zu tun haben.“

Ganz gewiß, auch ich glaube nicht, daß diese „gelungene“ Konterrevolution den zeitweiligen Siegern der Geschichte – dem Imperialismus – auf Dauer Nutzen bringen wird. Sieger werden letztlich die Nachkommen jener sein, die schon einmal jahrzehntlang ein anderes System als den Imperialismus real verwirklichte und jetzt als „Gespenster“ erscheinen, weil sie noch nicht imstande waren, die sozialistischen Errungenschaften zu verteidigen. Die Zukunft wird nicht den Ausbeutern gehören!

Joachim Kaschig, Berlin-Reinickendorf

Am 10. März 2001 verstarb unser Freund und Genosse, der treue Kommunist und ehemalige politische Gefangene der Adenauer-Justiz

Walter Wiggers

an einem schweren Leiden. Dennoch kam die schmerzliche Nachricht überraschend. Wir trauern um einen integren Menschen, guten Kameraden und langjährigen Mitstreiter unserer Gruppe, dem die Sympathie aller Genossinnen und Genossen gehörte. Seiner Frau und den weiteren Angehörigen sprechen wir unser wärmstes Mitgefühl aus.



Wir spielen auf für unsere Jubilare. Diesmal gilt der Tusch unseren Genossinnen und Genossen **Jochen, Ruth, Rosi und Rizard**. Ihr Älterwerden ehrt das Kollektiv.



Redaktionsschluß dieser Ausgabe:
08. März 2001
Und der folgenden: 08. April 2001

TERMINE & VERANSTALTUNGEN

Die DKP-Gruppe Berlin Nordost lädt Mitglieder, Sympathisanten und Interessenten zu einer Veranstaltung am **24. April 2001 um 18.00 Uhr** in den Blauen Salon des Hauses an der Straße der Pariser Commune (Franz-Mehring-Platz 1) ein. Es spricht der Marx-Engels-Forscher und Commune-Spezialist **Prof. Dr. Erich Kundel** über das Thema: **Die Himmelstürmer von Paris**
Die Zusammenkunft ist dem 130. Jahrestag der Pariser Commune gewidmet.



Zeichnung: „Die Commune ist nicht tot“, Steinlen 1915



OK. Ich habe alle kleinen Fische gefressen. Und was jetzt? (aus People's Voice, Kanada)

Vous avez de la chance d'être expulsé
par un gouvernement DÉMOCRATIQUE !



Sie haben die Chance, durch eine demokratische Regierung rausgeworfen zu werden! (aus Solidarité)

IMPRESSUM

HERAUSGEBER: DKP Berlin-Nordost
REDAKTEUR (ViSDP):
Dr. Klaus Steiniger
Teterower Ring 37
12619 Berlin
Tel. (030) 56 13 404
LAYOUT: K. Uwe Langer

STÄNDIGE MITARBEITER:
Lena und Kurt Andrä,
Eberhard Bock
Matthias Bublitz
Wolfgang Clausner
Dr. sc. Gerhard Feldbauer
Arno Fleischer
Walter Florath
Ernst Heinz
Heinz Herresbach

Werner Hoppe
Prof. Dr. Ulrich Huar
Dieter Itzerott
Monika Kauf,
Gerda Klabuhn
Prof. Dr. Eike Kopf
Wolfgang Metzger
Dr. Annemarie Mühlefeldt
Frank Mühlefeldt

Armin Neumann
Dr. Norbert Pauligk
Rainer Rupp
SHAHAR
Karl-Eduard v. Schnitzler
Dr. Hartwig Strohschein
Herbert Thomas
Dr. Ing. Peter Tichauer
Rolf Vellay

Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen und Wertungen müssen nicht immer mit denen der Redaktion übereinstimmen.